P 21903 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

2. Oktober 1974 Jg.2 Nr. 20 Preis 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint ab November wöchentlich, Auflage: 54 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 2.10.1974 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am 29.9.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Verfassungsänderung der DDR
Die DDR ist kein sozialistischer Staat

Die Volkskammer der DDR hat die Spaltung der deutschen Nation für ewig erklärt und beschlossen, daß es die deutsche Nation in Zukunft nicht mehr zu geben hat. Gleichzeitig hat sie die DDR durch Verfassungsänderung zum "untrennbaren Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft" gemacht. Was bedeutet diese Verfassungsänderung? Sie bedeutet in ihrem Kern, daß entgegengesetzt zu aller Beschwörung der DDR als sozialistischem Staat öffentlich eingestanden wird, daß die DDR kein sozialistischer Staat ist und daß sie als Halbkolonie des sowjetischen Sozialimperialismus zu betrachten ist.

Warum bedeutet die Verfassungsänderung gerade dies? Ein sozialistischer Staat würde niemals per Federstrich die Einheit der Nation aus der Geschichte streichen, sondern würde die Einheit der Nation in einem einheitlichen sozialistischen Staat anstreben.

Die Ausstrahlungskraft der sozialistischen Macht auf die ausgebeutete und unterdrückte Arbeiterklasse und die Volksmassen im anderen Teil des Landes ist ein gewaltiger Motor für die Befreiung des ganzen Landes von der Herrschaft des Imperialismus und der Bourgeoisie. So ist es in Korea und so ist es in Vietnam. Kann man sich vorstellen, daß Nordkorea, daß Nordvietnam oder daß irgendeine sozialistische Macht das Ziel der Wiedervereinigung aufgeben würde? Nein, das kann man sich nicht vorstellen. Das wäre der direkte Verrat an der Arbeiterklasse und am Volk des anderen Teils des Landes in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Wenn die DDR auf dieses Ziel verzichtet, dann heißt das nur, daß in diesem Land nicht die Arbeiterklasse an der Herrschaft ist, sondern eine neue Bourgeoisie. Diese weiß: Ihre Herrschaft in der DDR hat auf die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland überhaupt keine Ausstrahlungskraft. Sie will auch gar keine Ausstrahlungskraft haben, sondern sie will ihren "Besitzstand" und ihre Herrschaft juristisch und verfassungsmäßig garantieren. So hat es noch jede zur Herrschaft gelangte Bourgeoisie gemacht, und so macht es auch die neue Bourgeoisie in der DDR.

Dies ist die eine Seite der Verfassungsänderung. Die andere Seite der Verfassungsänderung ist die, daß die neue Bourgeoisie in der DDR sich mit Haut und Haar an die Sowjetunion verkauft hat. Die Sowjetunion ist der Oberherr jener in der Verfassung beschworenen "sozialistischen Staatengemeinschaft", deren "untrennbarer Bestandteil" die DDR bleiben soll. Dies ist einfach die verfassungsmäßige Verankerung des Rechts der Sowjetunion, in der DDR zu intervenieren, wie sie es seinerzeit in der CSSR gemacht hat und wie sie es gegenwärtig für Jugoslawien und Rumänien vorbereitet.

Gegenüber der realen Entwicklung in der Welt und in den beiden deutschen Staaten wird sich die neue Verfassung der DDR allerdings als bloßes Stück Papier erweisen. In keinem der beiden deutschen Staaten wird die Herrschaft der Bourgeoisie ewig dauern, und der Einfluß der USA auf Westdeutschland wird schließlich genau so gebrochen werden wie der Einfluß der imperialistisch gewordenen Sowjetunion auf die DDR. Sobald die Arbeiterklasse in einem der beiden deutschen Staaten die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt haben wird, wird sie auch die Frage der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzen: Sie wird die nationale Frage als einen Hebel für die soziale Revolution benutzen.

Damit die Arbeiterklasse diesen Hebel in Westdeutschland benutzen kann, muß sie also die politische Macht erobern. Gegenwärtig hat die Bourgeoisie die Macht und benutzt die nationale Frage als Hebel für ihre Eroberungspläne.

Die westdeutsche Arbeiterklasse hat keinerlei Grund, gemeinsam mit der westdeutschen Bourgeoisie Krokodilstränen über die Spaltung der Nation zu vergießen und ihre Einheit heraufzubeschwören. Die wesentliche Frage ist: Welche Klasse hat die soziale und politische Macht inne? Obwohl die deutsche Nation in zwei Staaten gespalten ist, eines haben beide Staaten gemeinsam: Es sind Staaten einer bürgerlichen Ausbeuterklasse. Von dieser Tatsache muß die Arbeiterklasse ausgehen. Diese Tatsache muß sie ändern, hier wie in der DDR.

–J.S.–

Die CDU will nicht CIA-Gelder sondern CDU-Geld in Chile eingesetzt haben

Das amerikanische Nachrichtenmagazin Time hat nachgeforscht, über welche Kanäle der CIA in Chile seine Gelder verteilt hat. Das Nachrichtenmagazin ist dabei darauf gestoßen, daß der CIA die guten Beziehungen ausgenutzt hat, die westeuropäische christdemokratische Parteien zu den Christdemokraten Chiles unter Frei hatten und noch haben. So behauptete das Nachrichtenmagazin, die CDU habe als Übermittler fungiert zur Übermittlung von Unterstützungsgeldern für den Fuhrunternehmerstreik. Die Form, in die das Nachrichtenmagazin diese Behauptung kleidete, ist allerdings betont vage. Präzise Angaben fehlen. Doch wie reagierte die CDU? Sie ließ öffentlich erklären, daß jeder, der diese Behauptung aufstelle, mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen habe. Die CDU sei nicht das Verteilungsorgan des CIA gewesen. Allerdings, so räumten die CDU-Sprecher ein, sei bekannt, daß die von der CDU geführte "Konrad-Adenauer-Stiftung" in Chile seit langem arbeite! Das geschehe und sei immer geschehen mit ausdrücklicher Billigung der chilenischen Regierungen! So weit die Stellungnahme. Die CDU will nicht die Fußtruppe des CIA gewesen sein, das ist der kurze Sinn der langen Rede. Keineswegs bestreitet sie, Gelder verteilt zu haben. Im Gegenteil: Sie will vielmehr selbständig tätig gewesen sein in Chile, auf eigene Rechnung, mit eigenem Geld! Das ist der Sinn der Erklärung!

Agrarpreiserhöhung:
Warum Kanzler Schmidt den harten Mann spielt.

Nachdem in Brüssel beschlossen worden war, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 5 % angehoben werden sollen, hat Bundeskanzler Schmidt den Kabinettsbeschluß herbeigeführt, daß die schon erfolgte Zustimmung durch Minister Ertl wieder aufzuheben sei. Warum mußte Kanzler Schmidt Öl ins Feuer gießen, wo der Vorstand des Bauernverbandes gerade alle weiteren Protestaktionen der Bauern abgesagt hatte? Schmidt braucht die Pose des harten und unbestechlichen Stabilitätspolitikers, der scheinbar über allen Parteien steht, nicht um die Preiserhöhungen tatsächlich zu verhindern, sondern um den Lohnabhängigen besser entgegentreten zu können. Er will als harter Kanzler erscheinen, der allen Opfer für die Stabilität abzwingt. Selbst wenn am Ende die Bauern ihre Preiserhöhung erhalten, darf es auf keinen Fall so aussehen, als hätte der berechtigte Protest der Bauern, die für ihre Forderungen auf die Straße gegangen waren, Erfolg gehabt. Die Bauern hatten sich in ihren Aktionen auf die Lohnabhängigen berufen, zum Beispiel mit Parolen wie: "Machen wir's wie Kluncker, dann wird der Ertl munter". Daß nun wiederum die Lohnabhängigen aus den Aktionen der Bauern neuen Kampfmut schöpfen, will die Bundesregierung dagegen mit allen Mitteln der Härte und Demagogie verhindern. Daß die werktätigen Massen lernen, gemeinsam gegen den kapitalistischen Staat zu kämpfen, das muß diese Regierung wie jede kapitalistische Regierung verhindern. Sie muß die werktätigen Klassen gegeneinander ausspielen und den harten neutralen Mann spielen, dem es nur um die Stabilität geht. Leicht durchschaubar ist, daß diese Neutralität immer auf Seiten des großen Kapitals die Stabilität der Profite verteidigt und gegen die werktätigen Klassen steht. Schmidt sagte es selbst, jetzt käme es darauf an, die Gewinne zu steigern, um Investitionen der Unternehmer zu fördern. (siehe auch Artikel Seite 2) –bb–

Grundwasserverbrennung



Am "Tag der offenen Tür" (15.9.) machten wir einen KBW-Stand auf dem Römerberg, um allen Leuten das Ausmaß der Ölverseuchung im Fechenheimer Oberhafen klar zu machen. Wir hatten über 10 verschiedene Proben aus den öffentlich zugänglichen Grundwasserbohrlöchern dabei.

In kurzen Ansprachen erklärten wir den in großen Trauben stehenden Menschen vor unserem Stand die Tatsachen des Ölskandals,

Wie gefährlich das Grundwasser jedoch verseucht ist, konnten die Menschen selbst staunend sehen, als wir dieses Grundwasser anzündeten und es lichterloh brannte. Einer meinte dann auch ganz empört: "Man müßte den Rudi Arndt rausziehen und ihm das unter die Nase halten!" Eigentlich fast alle Leute fanden unsere Forderung nach sofortiger Schließung der 'Oiltanking', Beseitigung der Verseuchung und Bezahlung der Sicherheitsmaßnahmen durch die betreffenden Kapitalisten richtig. Lebhafte Diskussionen entzündeten sich jedoch an unserer Erklärung, daß erst durch die Beseitigung der Ursachen der Umweltverschmutzung, nämlich der kapitalistischen Produktionweise, und den Aufbau des Sozialismus es dem Volk grundlegend besser gehen wird. Einer meinte in einer Diskussion: "Ich bin zwar kein Kommunist, finde aber gut, was Ihr hier macht . . . und diesmal werde ich KBW wählen, um den Leuten von der SPD und CDU Feuer unterm Arsch zu machen."

–D.L., Frankfurt-Fechenheim–

Zwei Staaten, eine Nation
Kohl, CDU, kommt mit der Wirklichkeit nicht zurecht.

Kaum war Kohl aus der Volksrepublik China in Hongkong angelangt, da hat er auch schon über Fernsehen verbreiten lassen: Die Volksrepublik China teile seinen, Kohls, Standpunkt. Es gäbe keine zwei deutschen Staaten und keine zwei deutschen Nationen. Später, als er dann wieder in der Bundesrepublik gelandet war, sagte er zwar immer noch, die Volksrepublik China teile seinen, Kohls, Standpunkt. Doch war dann nicht mehr davon die Rede, daß es für die Volksrepublik China zwei deutsche Staaten gebe, sondern nur noch davon, daß die Volksrepublik China nicht von der Existenz zweier deutscher Nationen ausgehe. Leute wie Kohl haben eine ziemlich verschrobene Sichtweise und verstehen deshalb vieles falsch. Es ist verschroben, zu behaupten, die Regierung der Volksrepublik China teile seinen Standpunkt, wenn sie sagt, es gäbe keine zwei deutschen Nationen, sondern nur eine. Wenn der Himmel blau ist, und ich stelle das fest und andere tun das ebenfalls, dann werde ich nicht sagen, die anderen "teilten" meinen Standpunkt. Der Himmel ist dann halt blau und jeder, der Augen im Kopf hat und nicht farbenblind ist, sieht das, ganz egal, welchen Standpunkt er einnimmt.

Genauso ist es mit der deutschen Nation. Es gibt nun einmal nur eine deutsche Nation, sowohl in der Realität als auch dem Begriff nach. Wenn die Regierung der Volksrepublik China dies feststellt und Kohl dies auch feststellt, heißt das dann, daß die Volksrepublik China Kohls Standpunkt teilt? Natürlich nicht. Der Standpunkt der Regierung der Volksrepublik China ist der Standpunkt der Regierung eines sozialistischen Landes und der Standpunkt Kohls ist der eines bürgerlichen Politikers, der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, eines bürgerlichen Staates, werden will. Aber von wo aus man die Sache auch anschaut, Tatsache bleibt, daß es nur eine deutsche Nation gibt und nicht zwei, drei oder viere. Wenn die Regierung der Volksrepublik China diese Tatsache feststellt, dann tut sie das nicht, weil sie Kohls Standpunkt teilt, sondern weil sie stets von Tatsachen ausgeht. Anders kann man nämlich keine revolutionäre Politik machen.

Daß bürgerliche Politiker im allgemeinen nicht von Tatsachen ausgehen, sondern diese lieber verdrehen, zeigt sich, wenn Kohl zunächst behauptete, die Regierung der Volksrepublik China "teile" auch seinen Standpunkt, daß es keine zwei deutschen Staaten gebe. Weder "teilt" jedoch die Regierung der Volksrepublik China überhaupt den Standpunkt Kohls, noch stimmt es, daß es keine zwei deutschen Staaten gibt. Es gibt zwei deutsche Staaten, und weil das so ist, geht die Volksrepublik China von der Existenz zweier deutscher Staaten aus. Bekanntlich unterhält die Volksrepublik China zu diesen beiden deutschen Staaten diplomatische Beziehungen. Ewigkeitscharakter hat freilich keiner dieser beiden Staaten, weder der eine noch der andere. Auch das weiß die Volksrepublik China.

Übrig bleibt also von Kohls Verkündungen: Die Volksrepublik China geht von der Existenz einer deutschen Nation aus. Um das zu erfahren, brauchte man Kohls Verkündungen nicht. Was man aus diesen Verkündungen allerdings entnehmen kann ist, daß Kohl entweder ein verwirrter Mensch ist oder daß er bewußt Verwirrung stiften will. Wahrscheinlich ist beides der Fall. –G.S.–

Aus dem Inhalt:

Konzertierte Aktion

Regierung und Kapital verstärken den politischen Druck auf die Arbeiterklasse

Die bürgerliche Gewerkschaftsführung hilft ihnen dabei

Im Anschluß an die Sitzung der Konzertierten Aktion wurden in der Tagesschau der DGB-Vorsitzende Vetter und der Kapitalistenvertreter Schleyer nebeneinander interviewt. Mürrisch, um den Ernst der Lage auch nach außen zu zeigen, erklärte der DGB-Vorsitzende, daß man darin einig sei, daß es jetzt vor allem auf die Investitionen ankäme, während Schleyer fett und zufrieden daneben stand. Bundeswirtschaftsminister Friderichs hatte in der Konzertierten Aktion einen "Orientierungsrahmen" vorgelegt, der die Steigerung des Bruttoeinkommens für 1975 auf 9,5 % festlegt. Mit Nachdruck wies er darauf hin, daß diese Zahl aber nicht die Tariferhöhung meine, sondern sämtliche Sozialabgaben der Arbeitgeber mit einschließe, daß Tarifabschlüsse also noch niedriger zu sein hätten.

In diesem Orientierungsrahmen sind 2,5 % Arbeitslosigkeit eingeplant. Bei Lohnabschlüssen von 10 % würde die Arbeitslosigkeit zwangsläufig auf 3 % ansteigen. Mit diesem scheinbar wissenschaftlichen Zahlenzauber versucht die Bundesregierung nachzuweisen, was falsch ist: die Löhne würden die Arbeitslosigkeit verursachen. Und für die Inflation sollen natürlich auch die Löhne verantwortlich sein. Jedes Prozent mehr Lohn ergibt nach dem Orientierungsrahmen ein Prozent mehr Preissteigerung.

Mit diesen Argumenten, die ja nicht neu sind, wird versucht, die Lohnabhängigen von vornherein zu entwaffnen. Die Gewerkschaftsführung, die dem nicht widerspricht, tut das Ihre dazu.

Schauen wir uns dagegen die Industriezweige an, wo die Arbeitsplätze derzeit am meisten gefährdet sind. In der Textilindustrie ist ein Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Man müßte nach dieser Rechnung annehmen, daß hier die Löhne am höchsten sind. Sie sind aber am untersten Ende der Lohnskala immer gewesen. Die Effektivlöhne sind dort im letzten Jahr noch um 4,5 % weniger als die Tariflöhne gestiegen. Ähnlich bei der Automobilindustrie: Soeben hat der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, von Brunn, erklärt, daß im anstehenden Vierteljahr "verstärkt Arbeitnehmer entlassen werden müßten" (FAZ, 28.9.1974). Zugleich sind die Effektivlöhne nur noch um 6,5 % höher als vor einem Jahr, also real abgebaut worden, berücksichtigt man die Preissteigerungen.

Es ist also gerade umgekehrt. Mit der Drohung der Arbeitslosigkeit und der schon bestehenden Arbeitslosigkeit gelingt es den Kapitalisten, die Löhne zu drücken. Es gelingt ihnen umso besser, je geringer die Absicherung der Effektivlöhne durch die Tarifabschlüsse gewährleistet ist. Denn die 12 % Tariferhöhung in der Automobilindustrie zum Beispiel hat bei weitem die Effektivlöhne nicht abgesichert. Zugleich wird heute spürbar, daß das Lohnniveau bisher nur durch Überstunden erreicht wurde. Fallen die Überstunden weg, wird erst deutlich, wie billig der Arbeiter seine Arbeitskraft verkaufen muß. Gleichzeitig wird die Arbeitsleistung innerhalb der Arbeitszeit immer größer, die Akkorde werden hochgeschraubt.

Je unerträglicher die wirtschaftliche Lage der Lohnabhängigen wird, desto massiver wird der politische Druck auf die Lohnabhängigen von allen Seiten ausgeübt. Die Bundesregierung erklärt immer wieder, daß es "uns" noch am besten gehe; damit es so bleibe, müssen alle sich einschränken. Aber alle sind nicht ganz alle, nicht die Kapitalisten, sondern die werktätigen Massen, die Lohnabhängigen und die Bauern. Den Bauern werden ihre Forderungen verweigert, um nachher den Lohnabhängigen erzählen zu können, daß auch diese ihr "Stabilitätsopfer" hätten bringen müssen. Das sei ja auch im Interesse der Lohnabhängigen, die dafür billigere Lebensmittel bekommen. In Wahrheit aber kriegen die Bauern zu wenig, und die Lohnabhängigen müssen dennoch höhere Lebensmittelpreise zahlen, weil nicht die Bauern, sondern die Konzerne die Preise machen. So werden die Werktätigen gegeneinander ausgespielt im Interesse des Großkapitals.

Die meisten Lohnabhängigen durchschauen dieses Spiel. Warum kann es dennoch funktionieren? Zum ersten, weil die Gewerkschaftsführung dieses Spiel mitmacht. Da wird der IG Metall-Vorsitzende Loderer zum Beispiel von Vertretern des Großkapitals in der Fernsehsendung Bilanz bedrängt, angesichts der krisenhaften Entwicklung weniger Lohn zu fordern. Seine Antwort darauf ist, daß ja nur in der Stahlindustrie 14 % gefordert würden, weil es der so gut gehe, im übrigen sei das doch alles Schwarzmalerei. Stillschweigend hat er damit zugegeben, daß die Metallforderungen noch weit unter der schwachen 14 %-Forderung liegen werden. Zweitens hat er damit gesagt, daß, wenn die Krise nicht nur Schwarzmalerei ist, daß dann natürlich auch nicht mehr gefordert werden könne. Die tatsächlich schlechte Lage der Lohnabhängigen ist für diese Gewerkschaftsführer also von vorneherein kein Grund zum Kampf für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, sondern zum Stillhalten.

Dabei gibt es doch keinen zwingenderen Grund für Forderungen, als daß die Löhne zu einem anständigen Leben nicht reichen. Umgekehrt für die Gewerkschaftsführer: Je schlechter es den Lohnabhängigen geht, desto weniger sind Forderungen geboten. So kann Loderer bescheidene Lohnforderungen von 14 % überhaupt nur mit der guten Lage in der Stahlindustrie begründen und verdammt damit zugleich alle die, denen es schlechter geht, zur Ohnmacht. Richtig dagegen ist es für eine Gewerkschaftspolitik im Klasseninteresse der Arbeiter, die guten Kampfbedingungen in einer Branche auszunutzen zur Stärkung der Kampfkraft aller Branchen. So aber kann man den Kampf nur führen, wenn man die Kapitalisten schlagen will, ein Gedanke, der unseren Gewerkschaftsfürsten fremd ist. Sie sind fester Bestandteil der Sozialdemokratie, die angetreten ist, den Kapitalismus zu erhalten.

Auf der Ebene, wer es am besten versteht, den Kapitalismus zu erhalten, findet auch die Auseinandersetzung zwischen den Regierungsparteien und der CDU/CSU statt. Während SPD und FDP immer wieder betonen, daß es bei "uns" dank ihrer Politik immer noch besser gehe als in anderen Ländern, hetzt die CDU/CSU dagegen, daß wegen der Regierungspolitik die Krise immer mehr zunähme. Dabei scheut sich die CDU derzeit nicht, gegen die Regierung aufzutreten mit dem Argument, die "Roßkur bezahlt der Arbeitnehmer". So recht Strauß mit dieser Äußerung hat, kann er sie doch nur vorbringen, weil er nicht in der Regierung hockt. Und er muß solche Töne anschlagen, weil er in die Regierung nur kommen kann, wenn er auch von Lohnabhängigen gewählt wird, die die große Mehrheit der Bevölkerung sind. Was der SPD genutzt hat, als sie an die Regierung kam, nutzt nun der CDU/CSU in der Opposition gegen die Regierung: daß jede bürgerliche Regierung zwangsläufig verschleißen muß, wenn die Krise der kapitalistischen Wirtschaft zunimmt.

Keine bürgerliche Regierung kann die Krise des Kapitalismus abwenden, weil die Krise ihre innere Ursache nicht in der Politik, sondern in der Profitwirtschaft selbst hat. Diese will der Strauß natürlich auch nicht abschaffen.

Die Arbeiterklasse braucht eine eigene politische Partei, um auf allen Ebenen die Kapitalistenklasse angreifen zu können, um schließlich den kapitalistischen Staat zu stürzen und die Ausbeuterwirtschaft abzuschaffen. Ohne ihre eigene, die kommunistische Partei, bleibt die Arbeiterklasse ein Spielball der bürgerlichen Parteien. Ohne eigene politische Führung kann sie ihre gesellschaftliche Kraft, der die Zukunft gehört, nicht entfalten. Diese Lektion wird der Arbeiterklasse schon auf der Ebene des gewerkschaftlichen Kampfes beigebracht. Die Gewerkschaftsführung in Händen der bürgerlichen SPD schwächt die Arbeiterklasse schon entscheidend in der Verteidigung ihrer unzureichenden Lebensverhältnisse. Eine Verteidigungsstellung aber läßt sich nur halten, wenn sie der Vorbereitung des Angriffs dient. Die Parole muß also heißen: Vorwärts in der politischen Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten und ihren Staat! Vorwärts im Aufbau der **Kommunistischen Partei!** –bb–

Um das Bündnis der Arbeiter und Bauern muss eine breite Debatte geführt werden!

Der wichtigste Verbündete der Arbeiterklasse sind die kleinen Bauern, die von ihrer Hände Arbeit leben und im Kapitalismus systematisch durch die kapitalistisch betriebene Großlandwirtschaft ruiniert werden. Die Arbeiterklasse muß lernen, die Bauern für dies Bündnis, für den gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Staat zu gewinnen. Die Kleinbauern müssen lernen, daß sie nur an der Seite der Arbeiterklasse im Sozialismus eine Perspektive haben. Dabei geht es um zwei elementare Einsichten, ohne die das Bündnis nicht zustandekommen kann.

Erstens: Die Kleinbauern haben keine Perspektive auf der Grundlage ihres kleinen, zerstückelten Privateigentums an Grund und Boden, sondern nur in der kollektiven Bewirtschaftung.

Zweitens: Solange das Kapital die politische Macht innehat und die Wirtschaft nach den Gesetzen des Kapitalismus funktioniert, wird jeder Versuch der Bauern, sich durch Produktionskollektive, Genossenschaften etc. über Wasser zu halten, den Prozeß der Konzentration in der Landwirtschaft und der Ruinierung der kleinen Bauern nur beschleunigen, wie auch die folgende Antwort auf das in der letzten KVZ abgedruckte Gespräch zeigt. Erst wenn die Werktätigen selbst Herr über die gesamte gesellschaftliche Produktion und Verteilung sind, kann die landwirtschaftliche Produktion und der Austausch zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Nutzen der Produzenten selbst und zum Nutzen des ganzen Volkes entwickelt werden. Unabdingbar aber dafür ist der Sturz der politischen Herrschaft der Kapitalistenklasse, der Sturz der kapitalistischen Staatsmacht, mit der die herrschende Klasse ihr Profit- und Ausbeutersystem aufrechterhält. Die Aussage von Friedrich Engels, die wir in der letzten KVZ abdruckten, sprach von den Vorteilen der kollektiven Produktion in der Landwirtschaft im Sozialismus. Wir haben viele Leserbriefe bekommen, die uns darauf hingewiesen haben, daß gerade diese entscheidende Bedingung aus dem kurzen Zitat nicht eindeutig hervorging.

Um das Bündnis zwischen den Kleinbauern und der Arbeiterklasse herzustellen, muß die Debatte zwischen Arbeitern und Bauern über die verschiedenen und gemeinsamen Probleme des Kampfes geführt werden. Dem dient auch der folgende Beitrag.

Die Redaktion hält es in dieser Debatte nicht für richtig, sofort zu jeder geäußerten Meinung Stellung zu nehmen, weil wir darauf rechnen, daß die richtigen Auffassungen nach und nach in der Debatte herausgearbeitet werden, und auch nicht der Meinung sind, daß wir schon jede aufkommende Frage von vorneherein richtig beantworten könnten.

Red.

Antwort an den Bauern aus Celle

von E.N., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Göttingen

Du sagst richtig, daß Großgrundbesitzer, Handel und EG (sowie der westdeutsche Staat) schuld sind an der Verschlechterung der Lage der Kleinbauern:

Nahrungsmittelkonzerne und Produktionsmittellieferanten nehmen die Bauern in die Preis-Kosten-Schere.

Die großen Höfe produzieren kostengünstiger als die Masse der kleinen Höfe. Sie konkurrieren diese nieder und übernehmen deren Marktanteile und Flächen. Das bleibt notwendig so, solange es Privateigentum und Konkurrenz gibt.

Der kapitalistische Staat fördert diesen Konzentrationsprozeß beispielsweise dadurch, daß laut Ertl-Plan nur noch eine Minderheit von 250 000 Höfen Investitionsbeihilfen erhält. Die restlichen 750 000 Kleinbauern und Arbeiterbauern sollen als billige Arbeitskräfte in die Fabriken der Kapitalisten wandern.

Können höhere Erzeugerpreise die Kleinbauern retten?

Zunächst einmal lassen sich höhere Erzeugerpreise für die vielen zersplittert und isoliert voneinander wirtschaftenden und in Konkurrenz stehenden Bauern nur schwer durchsetzen, wie sich gerade in den letzten Tagen zeigt. Die Nahrungskonzerne wollen die bäuerlichen Agrargüter billig einkaufen; der Staat garantiert nur so niedrige Mindestpreise, daß er beim Aufkaufen der Fleisch- und Butterberge nicht zu viel ausgeben muß.

Aber selbst wenn die von dir geforderten 10 % durchgesetzt wären: Davon profitieren der Gutsbetrieb in deinem Nachbarort und die großen Höfe viel mehr als du mit deinen 25 Hektar und kleinen Viehbeständen (wofür du unter Umständen sogar Futtergetreide zukaufen mußt). Der Großbauer kann die Mehreinnahmen nutzen, um seinen Hof zu verbessern und zu vergrößern. Selbst die enormen Preissteigerungen für Betriebsmittel (wie Maschinen, Gebäude, Dünger) kann der Großbetrieb durch die rentable Ausnutzung der gekauften Betriebsmittel überkompensieren. Zudem bekommt er als Großabnehmer und -lieferant auch leichter Rabatte. Das alles aber kann der Kleinbauer mit seinen wenigen und zersplitterten Flächen und kleinen Ställen nicht, die Kosten fressen den ohnehin geringen Einnahmezuwachs fast auf. Was noch von der Erhöhung der Erzeugerpreise für ihn übrigbleibt, wird durch Steuern und Inflation der Lebenshaltungkosten aufgefressen.

Der größere Hof bekommt so im Konkurrenzkampf einen weiteren Vorsprung vor dem Kleinbetrieb, er kann diesen umso schneller niederkonkurrieren und die Marktanteile und Flächen übernehmen.

Für das Wachstum der großen Höfe reichen aber auch schon die 5 %, die die EG-Landwirtschaftsminister kürzlich beschlossen haben. Deshalb haben die Bauernverbandsführer auch alle Demonstrationen abgeblasen. Selbst mit den von der Bundesregierung zugestandenen höchstens 4 % können sie sich zufriedengeben. Hinsichtlich der Getreidepreise haben die Kleinbauern ohnehin nichts von der Preiserhöhung, denn sie mußten wegen ihrer Schulden und wegen fehlenden Lagerraums ihr Korn schon in der Ernte zu den alten Preisen verkaufen. Es profitieren umso mehr die Großbauern mit ihren Getreidespeichern.

Ist der Bauernverband eine Art Gewerkschaft für Bauern?

Schon aus obigen Beispielen wird deutlich, daß der Bauernverband keine Art Gewerkschaft ist, wie du meinst. Die Lage der Arbeiter in der Fabrik gleicht sich immer mehr an, sie können deshalb gemeinsam in den Gewerkschaften kämpfen. Die Lage der Bauern wird dagegen im Kapitalismus immer unterschiedlicher: Ein kleiner Teil wächst auf Kosten der Masse der Bauern, die untergehen. Gleiche Forderungen für verschiedene Bauern aber erhöhen nur die Ungleichheit zwischen ihnen.

Das gilt neben den Preisforderungen auch für die weiteren Forderungen der großbäuerlichen Bauernverbandsführer: Erhöhte Mehrwertsteuern auf landwirtschaftliche Erzeugnisse (Vorsteuerpauschale) bringen denen viel, die große Mengen verkaufen. Auch von der Abschaffung der je Hektar berechneten Grundsteuern profitieren die flächengroßen Betriebe mehr. Diese kaufen auch mehr Betriebsmittel und erhalten aufgrund höherer Sicherheiten mehr Kredite – die Beihilfen und Zinsverbilligungen nützen also vor allem den Großbauern. Diese kümmern sich einen Dreck um deine Anliegen als Kleinbauer, du dienst ihnen nur als Herzeige-Objekt für die schlechte Lage "der" Bauern, um so noch mehr Subventionen rauszuschlagen!

Die Bauernverbandsführer schlagen sich auch offen auf die Seite deiner Feinde. Nach Heereman gefährdet die Bundesregierung mit ihrer Ablehnung der 5-prozentigen Preiserhöhung "leichtfertig das westeuropäische Einigungswerk". Er ist also für die EG, obwohl er in Zeitungsinterviews selbst zugab, die Mehrheit der Bauern sei für den Austritt aus der EG! Ebenso weigert er sich auch, sich "gegen andere Wirtschaftsbereiche" zu wenden (wie Landmaschinenhersteller, Nahrungskonzerne und Landhändler), weil er diese Kapitalisten zu seinen "gesellschaftspolitischen Verbündeten" zählt. Er nennt die 5 % ein "Stabilitätsopfer" – für die Stabilität des Kapitalismus bringt aber doch nur der Opfer, dem der Kapitalismus nützt!

Heereman und Co. schimpfen dauernd über zu hohe Löhne ihrer Landarbeiter und in der Industrie, wodurch angeblich die Betriebsmittel so teuer würden. Es beschäftigen aber nur wenige Prozent der westdeutschen Bauern Landarbeiter, gerade du als Nebenerwerbslandwirt hast doch sicher nichts gegen höhere Löhne! Und wie hoch die Löhne der Arbeiter sind, zeigt der sinkende Fleischverbrauch, weil die Arbeiter mit ihren sinkenden Reallöhnen die hohen Preise nicht mehr zahlen können.

Laufen die Kollektivwirtschaften im Kapitalismus gut?

Deiner Meinung nach laufen Kolchosen gut. Ich frage: "Laufen gut für wen?" Doch nur für die größeren Bauern! Du nennst das Beispiel Beckdorf: Gerade der Vorsitzende dieser Kooperative erklärte, daß von den 14 Gründern bald nur noch die 6 Betriebe existieren, die große Investitionen vornehmen können (top agrar Nr. 9/72). Die Kooperation ist für dich als Kleinbauer kein Mittel zum Überleben!

Selbst wenn ihr Kleinbetriebe eures Dorfes euch zusammentut, so könnt ihr doch große Maschinen auf den zerstückelten Schlägen nur schlechter nutzen als der Großbetrieb. Denke nur an die ganze Wenderei und die Rüst- und Transportumstellungszeiten beim Wechsel von einem Feld zum anderen!

Aber selbst wenn ihr eure Flächen zusammenlegt (falls sie gerade günstig aneinanderliegen) und so große Schläge bildet: Die Kapitalkraft des Großbetriebes ist größer als eure zusammengelegte Kapitalkraft. Summierte Armut gibt nun mal keinen Reichtum für alle! Sehr bald ergeben sich deshalb Probleme innerhalb der Produktionsgenossenschaft: Statt 10 Kleinschleppern nebst Maschinen auf den 10 Einzelhöfen eures Dorfes braucht ihr für die zusammengelegten Großflächen nur noch 2 oder 3 Großschlepper, die wesentlich mehr schaffen. Es werden also mit einem Mal 7 Bauern überflüssig, denn daß ihr die gesteigerte Arbeitsproduktivität in mehr Freizeit umsetzt, das verhindert die Konkurrenz mit dem Gut im Nachbardorf oder mit konkurrierenden Kooperativen. Diese kommen nämlich mit weniger Arbeitskräften auf 100 Hektar aus, wenn ihr da nicht mitzieht, geht ihr bankrott wie auf den Einzelhöfen auch, weil das erwirtschaftete Einkommen durch zehn geteilt für den einzelnen nicht reicht.

Einige Kooperativen nutzen nun die freigewordenen Arbeitskräfte durch Zupacht weiteren Bodens oder durch Errichtung von Ställen für Milcherzeugung oder Mast und schaffen so zusätzlichen Gewinn. Dann muß zwar kein Mitglied der Produktionsgenossenschaft abwandern, dafür aber jene benachbarten Einzelbauern, deren Fläche die Kooperative pachtet oder deren Marktanteile sie übernimmt.

Aber das ist für euch Kleinbauern eine müßige Spekulation, denn auch nach der Zusammenlegung eurer schwachen Kleinbetriebe fehlt euch das Kapital für Zupacht oder Bauten. Es stellt sich also unbarmherzig die Frage: Wer muß aus der Landwirtschaft raus, damit die verbleibenden Kooperierenden in der Konkurrenz überleben können? Raus müssen natürlich die schwächsten unter den zusammengeschlossenen Kleinbauernbetrieben. Dieser Verdrängungsprozeß innerhalb der Produktionsgenossenschaft ist umso zwingender, je ungleicher die zusammengeschlossenen Betriebe sind.

Wie sagte der Vorsitzende von Hessens Kooperationsvorbild Grebenau so schön: "Wer gehen wollte, ist bereits gegangen. Von ihnen haben wir ja das Land bekommen. Von ihnen werden wir auch noch mehr bekommen. Eine gewisse Selektion hat also bereits stattgefunden." (top agrar Nr. 12/73) Und diese Selektion dient dem Wachstum der Großbauern und der beschleunigten Verdrängung der Kleinbauern. Es sollte dir zu denken geben, daß gerade Bundesregierung und EG das Modell Beckdorf miterdacht und kräftig finanziert haben!

Der Bundeshaushalt 1975

Der neue Staatshaushalt ist teuer und lastet auf den Volksmassen

Volle zwei Tage, am 19. und 20. September, konnte man im Fernsehen die Bundestagsabgeordneten und die Regierung bei einer ihrer wichtigsten Tätigkeiten sehen: bei der Beratung des Bundeshaushaltes 1975. Und tatsächlich ist dies auch eine für die Volksmassen wichtige Frage, denn niemand anders als sie finanzieren diesen Bundeshaushalt.
Allerdings konnte man am Fernsehschirm auch sehen, wie wichtig die Parlamentarier diese Tätigkeit nehmen. 54 waren erst gar nicht erschienen und hatten sich entschuldigen lassen. Der Leere des Bundestags nach zu schließen, trieb sich mindestens die gleiche Zahl wohl ständig in irgendwelchen Gängen oder Cafes herum, während von den Anwesenden ein Teil die Zeit zur Zeitungslektüre nutzte.
Beraten wurde darüber, wie die rund 154 Milliarden Mark auszugeben seien, die für den Haushalt 1975 vorgesehen sind.

Rund 87 % dieser Ausgaben werden über Steuern oder steuerähnliche Aufkommen finanziert, die vor allem den Lohnabhängigen aus der Tasche gezogen werden. Sei es in Gestalt der Lohnsteuer oder der indirekten Steuern, die 38 % am gesamten Steueraufkommen darstellen.
Nimmt man noch die unteren Etagen dieses Staatsapparates, die Länder- und Gemeindebehörden hinzu, so ist es so, daß rund 25 % aller erzeugten Güter in die Erhaltung und Finanzierung dieses Staatsapparates eingehen.

Der kapitalistische Staat ist also ungeheuer teuer und lastet schwer auf den Volksmassen, die dies alles bezahlen. Zuerst finanzieren die Abgeordneten damit ihre eigene Tätigkeit, wofür 88,5 Millionen Mark vorgesehen sind. Macht pro Abgeordneten rund 170 000 Mark im Jahr oder rund 14 000 Mark im Monat. Man sieht, daß der Unterhalt der Volksvertreter ein teures Ding ist.
Am teuersten aber sind die Ausgaben für den staatlichen Unterdrückungsapparat. 29,9 Milliarden sind vorgesehen für den Verteidigungsetat, hinzu kommen noch die Kosten für Polizei, Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz, zivile Verteidigung, für den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD und für die Justiz, so daß man gut auf 35 Milliarden kommt.
Hieran sieht man, welche wichtige politische Frage die Steuern für die Bourgeoisie darstellen. Denn nur mit ihnen kann sie ihren Gewaltapparat gegen das Volk und gegen die Völker der Welt ausbauen.

Viel aber bilden sich die bürgerlichen Politiker darauf ein, daß doch so viel Geld für die soziale Sicherung des Volkes ausgegeben würde. 28,8 Milliarden beträgt der Etat des Arbeits- und Sozialministeriums, und nimmt man noch die anderen Ministerien wie das Familien- und Gesundheitsministerium hinzu, so werden für diesen Zweck 51,5 Milliarden ausgegeben.
Aber was heißt hier soziale Sicherung? Knapp 17 Milliarden Mark davon sind Zuschüsse für die Rentenversicherung. Also Zuschüsse für Renten, die heute nur zum elendesten Leben reichen, weil sie im Schnitt 400 bis 500 Mark betragen. Dieses Elend, unter dem hierzulande 10 Millionen Rentner leben, verkaufen uns die bürgerlichen Politiker als soziale Sicherung. Freilich sind diese 20 Milliarden besser als nichts. Noch besser wäre aber, die Lohnabhängigen würden dieses Geld selbst verwalten. Dann würden zu der elenden Lage nicht noch all die bürokratischen Schikanen hinzukommen, denen jeder ausgesetzt ist, der eine Rente beantragt und oft jahrelang dafür kämpfen muß. Notwendig wird beides sein, eine Rente, die ein menschenwürdiges Dasein garantiert, und eine Rentenkasse, die die Lohnabhängigen selbst verwalten.

Ganz genauso ist die Lage bei den Zuschüssen für die Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Aber von all dem war in der Hauhaltsdebatte nichts zu finden, viel aber davon, was zum Beispiel Carstens von Schmidt und Schmidt von Strauß hält.
Überhaupt besteht die "soziale Sicherheit" der bürgerlichen Politiker in nichts anderem als darin, daß sie allerdings die übelsten Auswirkungen dieses Wirtschaftssystems verpflastern müssen. Den nächsten großen Block unter der Rubrik soziale Sicherung stellen über 12 Milliarden für Kriegsopferversorgung und andere Kriegsfolgelasten dar. Zweifellos ist es für die Teile der Arbeiterklasse, die die Folgen des zweiten Weltkrieges mit Verkrüppelung und Elend bezahlten und für die Witwen dieses Krieges gut, wenn sie nicht ganz verhungern müssen. Noch besser aber wird es sein, solche Folgelasten imperialistischer Kriege erst gar nicht mehr entstehen zu lassen.
Gerne brüsten sich die bürgerlichen Politiker gegenwärtig auch damit, daß sich insgesamt der Sozialetat 1975 enorm vergrößert habe gegenüber dem Vorjahr. Das ist auch zweifellos richtig, denn während er 1974 51,5 Milliarden beträgt, betrug er 1974 nur 39 Milliarden Mark. Allerdings steckt dahinter nichts anderes als die Steuerreform. Denn während man 1974 das Kindergeld in Form von Steuerfreibeträgen erhielt, erhält man es jetzt direkt ausbezahlt. Deswegen schwoll der Haushaltsbetrag für das Kindergeld von 3,2 Milliarden 1974 auf 12,9 Milliarden 1975 an.
Knapp 8,5 Milliarden sollen ausgegeben werden für das Bildungswesen und die Forschung. Aber was ist das für eine Forschung, die die Arbeiterklasse hier mit ihren Steuern finanziert? Schaut man genauer nach, so sieht man, daß den größten Brocken der Betrag für die Kernforschung darstellt, für die rund 827 Millionen ausgegeben werden, während zum Beispiel für die Forschung im Bereich des Gesundheitswesens keine 10 % dieses Betrages aufgebracht werden. Daß die Kernforschung vor allem billigen Atomstrom für die Kapitalisten, Kernkraftwerke bringen soll, die für die Volksmassen die Zerstörung ihrer Lebensbedingungen bedeuten, dies ist inzwischen unübersehbar. Auch darüber verlor keiner der bürgerlichen Politiker ein Wort im Bundestag.
An diesem Haushalt sieht man deutlich, daß die Tätigkeit dieses Staatsapparates nicht den Interessen der Volksmassen nützt. An dieser Parlamentsdebatte, in der von der sozialen Lage der Arbeiter, Angestellten, Bauern und Rentner fast nichts zu erfahren, obwohl es doch angeblich um sie und tatsächlich um die Verwendung ihrer Gelder ging, zeigte sich, daß nicht das Volk diesen Staat und seine politische Macht in Händen hat. Sie werden daher auch nicht mit, sondern nur gegen diesen Staat ihr Interesse zur Geltung bringen können.–e.r.

Portugal:

Die Reaktion versucht das Rad zurückzudrehen

Seit mehreren Wochen schon rief Staatspräsident Spinola in Portugal die "schweigende Mehrheit" auf, die "Extremisten in die Schranken" zu weisen. Wo die Massen auf die Herstellung der Demokratie des Volkes drängen, spricht Spinola von Anarchie und Extremismus. Das Volk ist nicht bereit hinzunehmen, daß die Ablösung des Caetano-Regimes nur die Kleider und Figuren wechselt, in denen die Bourgeoisie ihre Herrschaft ausübt. Mit Spinola will die Bourgeoisie ihrerseits verhindern, daß die werktätigen Volksmassen die neuen Freiheiten nutzen, um die Ausbeuterklasse zu entmachten und die sozialen Verhältnisse umzuwälzen.

Auf Spinolas Appelle an die "schweigende Mehrheit" hin hat die Bourgeoisie versucht, die Reaktion aus ihren Löchern zu rufen und eine Demonstration zu organisieren unter der Losung, Spinola zu unterstützen. Organisiert wurde dies vom ehemaligen Vorsitzenden der faschistischen Jugendorganisation des Caetano-Regimes. Das Plakat, das den Aufruf verbreitete, wurde in der Druckerei gedruckt, die früher die Zeitung der PIDE (Geheimpolizei) hergestellt hatte. Die Bauern versuchte man mit falschen Versprechungen für eine Beteiligung an dem Aufmarsch der Reaktion zu gewinnen ("Da könnt ihr mit Spinola über die Probleme der Landwirtschaft reden"). Doch der Aufmarsch kam nicht zustande. In den Städten errichteten die Volksmassen Barrikaden. Spinola selbst mußte die Kundgebung der Reaktion "zur Unterstützung Spinolas" verbieten, "um Zusammenstöße zu vermeiden."
Ausschlaggebend war dafür, daß die Bewegung der Streitkräfte sich nicht hinter Spinola stellte. Vertreter der Bewegung der Streitkräfte, die sich aus dem unteren Offizierscorps zusammensetzt, erklärten: Es war ein Fehler, daß wir nicht selbst die Macht übernommen haben und stattdessen die Generäle rangelassen haben.

Spinola und die Reaktion haben eine Niederlage erlitten. 102 Personen, darunter Minister der Caetano-Regierung, wurden festgenommen. Aber die politische Lage in Portugal kann nach wie vor nicht so bleiben, wie sie ist. Die Bourgeoisie ist nicht geschlagen. Die Volksmassen, allen voran die Arbeiterklasse, wollen Demokratie, um die Ausbeuterklasse zu entmachten. Entscheidend wird der Kampf um die Armee. In dieser ersten größeren Kraftprobe mit der Reaktion der Bourgeoisie hat die Bewegung der Streitkräfte die Volksmassen unterstützt. –bb–

te. Die Bauern versuchte man mit falschen Versprechungen für eine Beteiligung an dem Aufmarsch der Reak-
Bourgeoisie hat die Bewegung der Streitkräfte die Volksmassen unterstützt. –bb–

Beide Supermächte treten die

Beide Supermächte treten die Unabhängigkeit der Staaten mit Füssen

Die letzten Wochen haben erneut gute Beispiele für die Tatsache gebracht: Die beiden imperialistischen Supermächte gleichen sich in ihrem Wesen wie zwei feindliche Brüder.

Ford und Kissinger rechtfertigen öffentlichen die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten

Daß die USA direkt an dem Militärputsch gegen die Allende-Regierung beteiligt gewesen sind, ist schon mehrfach nachgewiesen worden. Jetzt mußte die US-Regierung selbst eingestehen, daß sie zwischen 1969 und 1970 drei Millionen Dollar eingesetzt hat, um Allendes Präsidentschaft zu verhindern, und zwischen 1970 und 1973 acht weitere Millionen, um diese Präsidentschaft zu beenden. Werkzeug der USA bei solch schmutzigen Geschäften ist der CIA. Die US-Regierung und der CIA haben schon viele fortschrittliche Regierungen gestürzt und über Leichen hinweg blutige Unterdrückerregimes eingesetzt. Aber bisher haben sie dies noch niemals offiziell gerechtfertigt. Jetzt aber, auf frischer Tat ertappt, entwickelte US-Präsident Ford folgende Theorie: Es sei die Aufgabe des CIA, "zur Durchsetzung der Außenpolitik beizutragen und die nationale Sicherheit zu schützen". Er behauptete schamlos: "Es ist eine anerkannte Tatsache, daß in der Geschichte und in der Gegenwart solche Aktionen im besten Interesse der betroffenen Länder unternommen wurden und werden." Kann man klarer zum Ausdruck bringen, daß den USA die Unabhängigkeit der Staaten völlig gleichgültig ist? Außenpolitik bedeutet für die USA grundsätzlich Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten. Das, was im besten Interesse der von der Außenpolitik der USA betroffenen Länder ist, entscheiden der US-Präsident und der Außenminister Kissinger. Diese Leute sind nicht nur die verbrecherischen Kreaturen des US-Imperialismus und der amerikanischen Großkapitalisten, sie sind größenwahnsinnig geworden.

Für Verbrecher ist das immer der erste Schritt in den endgültigen Abgrund. Hat sich der US-Imperialismus nicht schon öfter einen blutigen Kopf geholt, wenn er sich "im besten Interesse der betroffenen Länder" in ihre inneren Angelegenheiten einmischte? Doch, er hat sich in Korea, Vietnam, Laos und Kambodscha bereits einen blutigen Kopf geholt. Es scheint so, als ob diese Schläge die Vertreter des US-Imperialismus verrückt gemacht hätten. Für das amerikanische Volk wird es höchste Zeit, diese Verrückten loszuwerden. Die Völker der Welt werden dem amerikanischen Volk dabei behilflich sein, indem sie dem US-Imperialismus Stück für Stück seiner nimmersatten Fangarme abschlagen.

Die andere Supermacht ist nicht besser

Beanspruchen die USA inzwischen aus dem Mund ihres Präsidenten offiziell das Recht auf Einmischung in fremde Länder, so tut dies die Sowjetunion für ihren direkten Machtbereich, die "sozialistischen Länder", ebenfalls. Dafür hat sie die Doktrin der "begrenzten Souveränität" entwickelt, das heißt das Recht der Sowjetunion auf unbegrenzte Einmischung in diese Länder. Diese Doktrin heißt auch Breschnew-Doktrin und wurde gegenüber der CSSR 1968 praktiziert. Als typische imperialistische Macht gibt sich die Sowjetunion natürlich nicht mit dem zufrieden, was sie hat, sondern will immer mehr Länder unter ihre Knute bringen. Vor allem drängt es sie in das Mittelmeer. Schon heute bezeichnet sich die Sowjetunion jeder Logik widersprechend als "Mittelmeerstaat". Das ist natürlich lächerlich. Der Anspruch auf Herrschaft über das Mittelmeer, der sich dahinter verbirgt, ist aber nicht lächerlich. Er ist sehr ernst zu nehmen. Um an das Mittelmeer heranzukommen, trachtet die Sowjetunion gegenwärtig danach, Jugoslawien unter die Fuchtel zu bekommen. Das fing damit an, daß die Sowjetunion Ende der fünfziger Jahre damit begann, Jugoslawien wieder als "sozialistisches Land" zu bezeichnen, was sie bis dahin zu Recht abgelehnt hatte. Das verspricht für Jugoslawien nichts Gutes. Von der Sowjetunion heute als sozialistisches Land bezeichnet zu werden, heißt von der Sowjetunion als Beutestück betrachtet zu werden. Deshalb bedeutet die heutige "Annäherung" zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion keineswegs die Wiederherstellung von Beziehungen entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Das Ganze läuft darauf hinaus, daß sich die Sowjetunion einen unabhängigen Staat mundgerecht zubereiten will.

Das hat sich jetzt wieder gezeigt, als die Sowjetunion mit Hilfe von Intrigen und ihrer Botschaft in Jugoslawien eine neue "kommunistische" Partei ins Leben rufen wollte. Um was handelte es sich bei diesem Versuch? Es handelte sich darum, Leute aufzubauen, die eines schönen Tages die Sowjetunion ins Land rufen sollen, wie seinerzeit die Husak-Clique in der CSSR, also die Clique um den heutigen Staats- und Parteichef der CSSR. Diesen Braten hat natürlich die jugoslawische Regierung auch gerochen, denn sie will ihre Macht nicht an die neue Bourgeoisie der Sowjetunion verlieren. So hat sie gegen die neuen Parteigründer "exemplarische Strafen" verhängt. Gleichzeitig hat sie die Angelegenheit äußerst diskret behandelt, um sich nicht offen mit der Sowjetunion anlegen zu müssen. Diese Diskretion ist verständlich. Die Sowjetunion hatte nämlich in Südungarn bereits größere Truppenmassen zusammengezogen, um ein Manöver zu machen und Jugoslawien zu drohen.
Stillschweigend hat Jugoslawien die Intrige jedoch nicht hingenommen. Es hat der Sowjetunion und anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes Protestnoten zugeschickt, wie ein Mitglied der jugoslawischen Regierung der Presseagentur Reuter mitgeteilt hat (Neue Züricher Zeitung vom 18. September). Die jugoslawische Presseagentur Tanjug veröffentlichte folgende Erklärung: "Es handelt sich hier um eine Aktivität, die nicht nur gegen unser Land gerichtet ist, sondern sogar generell gegen Grundvoraussetzungen internationaler Beziehungen, auf denen Zusammenarbeit und freundschaftliche Beziehungen unter Nationen beruhen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. August)
Wie die USA, so hält auch die Sowjetunion es jederzeit für ihr gutes Recht, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Länder einzumischen. Die beiden Supermächte streben nach Vorherrschaft in der Welt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ihnen jedes Mittel billig. Gegen diese Aggressionsbestrebungen der beiden Supermächte müssen sich die Völker zusammenschließen. Niemals dürfen sie sich von dem Friedens- und Entspannungsgesäusel der beiden Supermächte täuschen lassen. Jede Woche bringt neue Beweise, wie verlogen dieses Gerede ist und wie recht die Volksrepublik China hat, wenn sie die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt vor diesen Wölfen warnt.

J.S.

kommunistische volkszeitung ab November Wochenzeitung!

Dies ist das Ergebnis der Beratung des Zentralen Komitees des KBW mit über 100 Sekretären der Ortsgruppen, Ortsaufbaugruppen und Sympathisantengruppen vom 21. September in Mannheim.

Wenn die Organisation die KVZ als Wochenzeitung herausgibt, dann wird sie in erster Linie die Zeitung verbessern müssen, um in zweiter Linie den Verkauf der Zeitung wieder zu heben. Mehr als bisher wird dann der Verkauf direkt zu den ständigen politischen Tätigkeiten der Zellen und Einheiten der Organisation und jedes einzelnen Genossen gehören. Verbesserung der Zeitung und Verbesserung ihres Vertriebs, das ist eine Verpflichtung der Organisation gegenüber der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen. Weil das so ist, kann sich die Organisation bei dieser Aufgabe auch zunehmend auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen stützen. Die Konferenz der Sekretäre hat folgende Resolution einstimmig verabschiedet:

Resolution

"Gegenwärtig verschärfen sich die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und ihren Ausbeutern, den Kapitalisten. Unfähig erweist sich die herrschende Klasse, die Gesellschaft zu leiten, und aus verschiedenen Ritzen wird die Fäulnis der gegenwärtigen Verhältnisse ruchbar. In dieser Klassenkampfsituation müssen Mittel geschaffen werden, die er erlauben, sich gegenüber den offiziellen bürgerlichen Anschauungen einen selbständigen Standpunkt zu bilden und diesen zu äußern.
Als Mittel hierzu trachten wir, die Kommunistische Volkszeitung auszubauen und halten es dehalb jetzt für erforderlich, daß sie wöchentlich erscheint. Die Entwicklung der Kommunistischen Volkszeitung im Verlauf des letzten Jahres hat gezeigt, daß lebhaftes Interesse besteht an einer Zeitung, die berichtet und interpretiert vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus. Die es einem jedem ermöglichen will, Stand und Entwicklung der Klassenkämpfe zu beurteilen und vom Standpunkt der Arbeiterklasse in diese Kämpfe einzugreifen.
Nicht bloßes Interesse, sondern weit über die Reihen unserer Organisation hinaus tatkräftige Unterstützung hat die Zeitung seit ihrem ersten Erscheinen im Sommer vorigen Jahres gefunden. Ein steigender Zufluß von Zuschriften erweist, daß keineswegs eine Schwadron hochbezahlter Spezialisten gebraucht wird, um eine Zeitung zu machen, sondern daß in den arbeitenden Klassen breit die Fähigkeit und das Interesse gefunden wird, das allein eine solche Zeitung tragen kann.
Aus all diesen Gründen befürworten wir ein wöchentliches Erscheinen der KVZ. Die Freunde unserer Organisation und die Leser unserer Zeitung rufen wir auf, dieses Vorhaben tatkräftig zu unterstützen, indem sie neue Leser gewinnen und indem sie neue Schreiber gewinnen.
Mit den Kommunisten verhält es sich ganz anders als mit den deutschen Bischöfen, die grad jetzt aus dem Handgelenk mehrere Millionen DM aufbringen, um sich den Rheinischen Merkur zu kaufen.
Die Konten unserer Zeitung müssen wie alle Kosten unserer Organisation aus freiwilligen Beiträgen und Spenden unserer Freunde und Mitglieder bestritten werden. Bei aller Sparsamkeit und Sorgfalt in der Planung müssen 100 000 DM aufgebracht werden, um das wöchentliche Erscheinen zu ermöglichen.
Wir sind guten Mutes, daß dieser Betrag aufgebracht werden kann von unseren Freunden und Mitgliedern, die zwar allesamt nicht reich sind, aber gerade deswegen eine Zeitung brauchen, die nicht z.B. in ihren ganzen technischen Erfordernissen vom Gutdünken irgendwelcher reicher Kreditgeber abhängt."

Benötigt werden unter anderem ein Lastwagen (45 000 DM) für die Auslieferung, eine Fakturiermaschine für Buchhaltung und Adressierung (gebraucht ca. 40 000 DM), Vorauszahlung für Druck einer Nummer der KVZ (15 000 DM).

IG Metall Gewerkschaftstag

Auf dem Gewerkschaftstag wurde kaum Kritik geäußert, aber Loderer mußte in seinem Grundsatzreferat auf wachsende Kritik aus den Betrieben eingehen

"Ich habe zu keiner Zeit Bedenken gehabt, erhobenen Hauptes in die Aufsichtsratssitzung zu gehen." – Eugen Loderer auf dem 11. Gewerkschaftstag zu seinem Posten als stellvertretender Vorsitzender des VW-Aufsichtsrates. Es gehört schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, eine solche Aussage bei fünfmal 50 000 Kurzarbeitern bei VW zu machen, noch dazu wo VW seine ausländischen Produktionsstätten erweitert. In seinem Grundsatzreferat auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag mußte Loderer auf die wachsende Kritik in den Betrieben eingehen, die an seinen Funktionen in den Aufsichtsräten kapitalistischer Betriebe geführt wird. Doch während auf dem letzten Gewerkschaftstag die Opposition gegen den damaligen Vorstand sich äußerte, wurde sie diesmal von den Delegierten kaum geäußert, obwohl in den Betrieben die Opposition gegen den sozialdemokratischen Gewerkschaftskurs sicher nicht geringer geworden ist.

Verständlich, wenn man weiß, wer die Delegierten zu diesem Gewerkschaftstag sind: 20 % hauptamtliche Funktionäre, ungefähr 80 % aus den Betrieben, in aller Regel Betriebsratsvorsitzende und freigestellte Betriebsräte, alles Positionen, die fest in der Hand der Sozialdemokraten sind. So war die gesamte Stimmung auf diesem Kongreß bestimmt durch einerseits kaum Opposition gegen den Vorstand, andererseits Unsicherheit, wie man mit der sich veränderndern Situation fertigwerden soll. Vereinzeltes Aufbäumen der Delegierten gegen die Vorschläge der Antragsprüfungskommission, wobei die widerstrebenden Delegierten sehr oft das Argument gebrauchten, daß dies die Kollegen aber nicht verstehen würden. Besonders deutlich wurde das bei der Frage der Besetzung der Tarifkommissionen, wo aus Bremen und Bremerhaven Anträge vorlagen auf Wahl der Mitglieder der Tarifkommission in den Vertreterversammlungen, hingegen der Vorstand und die Antragsprüfungskommission für die alte Regelung der Bestellung durch die Ortsverwaltungen bzw. durch die nicht wählbaren Bezirksleitungen eintraten. Arno Weinkauf und Genossen saß natürlich noch der Schreck nach dem Urabstimmungsergebnis des letzten Tarifstreiks in den Knochen; hingegen zeigte der Vorstand gar kein Interesse daran, daß Tarifkommissionsmitglieder rechenschaftspflichtig werden sollten. Mit zahlreichen Gegenstimmen wurde der Antrag schließlich abgelehnt. So erging es allen Anträgen, gegen die sich die Antragskommission aussprach (bis auf eine Ausnahme, die Tarifverträge im KFZ-Handwerk). Bei der Konzertierten Aktion war die Opposition noch am größten. Aber auch ihr gelang es nicht, die Forderung nach dem Austritt aus der Konzertierten Aktion gegen den Vorstand durchzusetzen.

Am Ende standen Entschließungen, die in Zusammenarbeit der Kommission mit dem Vorstand entstanden, die auf der allgemeinsten Ebene blieben. So wird zwar in der Entschließung zur Tarifpolitik festgehalten, daß die Mitglieder aktiv in die Tarifauseinandersetzungen einbezogen werden sollen, aber z.B. die Wahl der Mitglieder der Tarifkommission abgelehnt. Die Anträge, die die Arbeit der IG Metall auf konkrete Maßnahmen festlegen wollten, die die örtliche Filterung überstanden hatten und auf den Gewerkschaftstag gelangten, sind dort in den Entschließungen untergegangen. Es ist immer wieder der alte Trick der sozialdemokratischen Führung: Es wird in den Referaten, Anträgen und Entschließungen anfangs ausgegangen von dem unversöhnlichen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, und enden tut es mit Feststellungen wie: "... die Nachtarbeit allgemein auf ein Minimum zu beschränken und nur dort zuzulassen, wo sie unumgänglich ist." Unumgänglich, das ist sie für eine Fabrik im 3-Schicht-Betrieb immer. Warum nicht gleich: Nur dort Nachtarbeit, wo es aus **technischen** Gründen unumgänglich ist.

In der Mitbestimmungsfrage hat sich der Gewerkschaftstag eindeutig gegen den Regierungsentwurf ausgesprochen. Hier mußte sich der Vorstand gegen eine "rechte" Opposition durchsetzen, die den Regierungsentwurf zumindest als Fortschritt gewürdigt wissen wollte. Warum der Vorstand darauf drang, daß sich der Gewerkschaftstag so eindeutig gegen den Regierungsentwurf aussprechen sollte, erläuterte das Vorstandsmitglied Judith: "Der Gesetzgeber verabschiedet zwar das Gesetz, die Ausführenden jedoch sind wir in der Vorstandsverwaltung. Alles, was da querläuft, wird nicht dem Gesetzgeber angelastet, sondern uns. Daher meine ich: Wir müssen dabei bleiben, daß der Gesetzentwurf nicht akzeptabel ist." Daß diese Stellungnahme des Gewerkschaftstages nichts mehr an der Verabschiedung des Regierungsentwurfes ändern wird, wurde aus allen Diskussionsbeiträgen deutlich. Es ging also darum, nach der Einführung der Mitbestimmung immer noch den Weg offen zu halten, um sagen zu können: Das ist ja auch nicht die Mitbestimmung, die wir wollten.

Die insgesamt 30 Entschließungen, in denen die meisten der rund 900 Anträge aufgegangen sind, zeigen keine neuen Wege der Gewerkschaftspolitik, enthalten keine Forderungen, um die sich die Arbeiter sammeln, die Einheit der Klasse hergestellt werden kann und somit die Grundlage gelegt ist, um einen erfolgreichen Kampf zu führen.

An einem Punkt wird der Vorstand allerdings konkret und sagt, was er will: bei den Ausschlußbestimmungen. Nach einer längeren Debatte über die Entschließung zum politischen Extremismus und bei der Satzungsänderung, in die Loderer und Fuchs persönlich eingegriffen haben, wurden die Anträge des Vorstandes gegen jeweils etwa 20 bis 30 Stimmen verabschiedet (das sind etwa 5 % der Delegierten). Nach der neuen Satzung sind jetzt Ausschlüsse ohne Verfahren möglich, wenn der Verdacht besteht, einer gegnerischen Organisation anzugehören oder sie zu unterstützen. Es reicht, daß der Vorstand diesen Verdacht hat. Prinzipiell ändert sich dadurch an dem bisherigen Zustand nichts, allerdings wird das Verfahren stark verkürzt. Ob die neuen Satzungsvorschriften auch so angewandt werden, das liegt nicht so sehr an dem Beschluß des Gewerkschaftstages, sondern an der Arbeit der kommunistischen und fortschrittlichen Kollegen in den Verwaltungsstellen. Ganz falsch wäre es jetzt, zu versuchen, die Auseinandersetzung auf diese neue Satzung zu konzentrieren; viel wichtiger ist es, die jetzt stattfindenden Vertreterversammlungen und die Wahlen zu den Vertreterversammlungen zu nutzen, um die Diskussion über die gewerkschaftliche Arbeit und über die aufzustellenden gewerkschaftlichen Forderungen zu führen. Dazu bietet sich viel Gelegenheit. So beginnt jetzt die Diskussion um die kommenden Tarifrunden, in vielen Betrieben ist der Manteltarifvertrag gekündigt, gleichzeitig verschlechtern sich in den Betrieben die Arbeitsbedingungen, tausende von Kollegen sind von Kurzarbeit betroffen. In einer solchen Situation die allgemeinen Aussagen des Gewerkschaftstages zu benutzen und dort, wo es möglich ist, unter Berufung auf diese Beschlüsse richtungsweisende Vorschläge zu unterbreiten und Forderungen zu entwickeln, darauf kommt es jetzt an: Nur so kann die gewerkschaftliche Arbeit vorankommen. Möglichkeiten bestehen dazu. Zum Beispiel sagt der vom Gewerkschaftstag angenommene Antrag 169 folgendes: "... Unter Beachtung der Erfahrungen aus der Lohn- und Gehaltsbewegung der letzten Jahre sind die Mitglieder in allen Phasen des Lohnkampfes verstärkt und aktiv mit einzubeziehen, d.h. von der Erstellung der Forderungen bis hin zu deren voller Durchsetzung." Dieser Beschluß ist zwar breit interpretierbar, aber auf seiner Grundlage ist den Argumenten, die Bevollmächtigte so gern benutzen, wie "Die Mitglieder haben zu wenig Kenntnisse, um über Forderungen zu entscheiden", sehr gut entgegenzutreten, sind gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen im Betrieb und in der Abteilung durchsetzbar, um dort Aufträge an die Tarifkommission zu beschließen.

Jetzt den Löffel wegwerfen und die Unmöglichkeit des Kampfes in der IG Metall zu propagieren, wie dies einige Sekten sicherlich tun werden, wäre ganz falsch. Es ist nicht unmöglich, das weiß jeder Kollege, der das Anwachsen der Opposition gegen den sozialdemokratischen Gewerkschaftskurs sieht. Es kommt darauf an, dieser Opposition die klare Richtung zu zeigen:

Für klassenbewußte, kampfstarke Einheitsgewerkschaften! – db –

renden jedoch sind wir in der Vorstandsverwaltung. Alles, was da querläuft, wird nicht dem Gesetzgeber angelastet, sondern uns. Daher meine ich: Wir müssen dabei bleiben, daß der Gesetzentwurf nicht akzeptabel ist." Daß diese Stellungnahme des
chen, die Auseinandersetzung auf diese neue Satzung zu konzentrieren; viel wichtiger ist es, die jetzt stattfindenden Vertreterversammlungen und die Wahlen zu den Vertreterversammlungen zu nutzen, um die Diskussion über die gewerkschaftliche Arbeit
Anwachsen der Opposition gegen den sozialdemokratischen Gewerkschaftskurs sieht. Es kommt darauf an, dieser Opposition die klare Richtung zu zeigen:
Für klassenbewußte, kampfstarke Einheitsgewerkschaften! – db –

Bei Stahl 14% gefordert
Das entspricht nicht dem, was die Kollegen brauchen
Die große Tarifkommission der derung von 14 % eingetreten sind.

Bei Stahl 14% gefordert

Das entspricht nicht dem, was die Kollegen brauchen

Die große Tarifkommission der IG Metall für die Eisen- und Stahlschaffende Industrie in Nordrhein-Westfalen und Klöckner Bremen hat folgende Forderungen für die diesjährige Tarifrunde beschlossen:

1. **14 % mehr Lohn und Gehalt**
2. **4 Tage mehr Urlaub**
3. **Längere Kündigungsfristen und Lohn- und Gehaltsabsicherung für die älteren Kollegen.**

14 % mehr Lohn und Gehalt, das bedeutet für die Löhne der Klöckner Hütte ohne die Schichtzulage und den Geldfaktor für die Erschwerniszulagen, die beide prozentual auf den Ecklohn berechnet werden, für

Lohngruppe 4: 84 Pfennig pro Stunde bzw. 144,32 DM im Monat
Lohngruppe 7: 91 Pfennig pro Stunde bzw. 157,43 DM im Monat
Lohngruppe 10: 1,11 DM pro Stunde bzw. 192,03 DM im Monat.

Auf die Frage, was sie von dieser Forderung halten, schüttelten die meisten Kollegen verbittert den Kopf; einige Kollegen meinten, wenn das rauskommen würde, dann ginge es ja noch, aber bei einer derartigen Forderung würde die schließliche Erhöhung höchstens zwischen 10 und 11 % liegen und das sei zu wenig. Ein Kollege meinte, bei den derzeitigen Preissteigerungen auf allen Gebieten der Lebenshaltung ist das zu wenig; dann müssen die uns später einen Nachschlag oder eine Teuerungszulage bezahlen. Außerdem konnten die Kollegen nicht verstehen, daß man wieder eine prozentuale Forderung aufgestellt hat und nicht eine Mark- und Pfennig-Forderung für alle gleich, daß man noch nicht einmal die Erfahrungen der ÖTV berücksichtigt hat und wenigstens eine Mindestforderung aufgestellt hat.

Eine Forderung nach 14 % mehr Lohn und Gehalt entspricht überhaupt nicht dem, was die Kollegen wirklich brauchen. Aus keinem Betrieb ist eine derart niedrige Forderung vorgebracht worden. Die Vertrauenskörper der verschiedenen Betriebe in Nordrhein-Westfalen und der Hütte Bremen hatten durchweg höhere Forderungen aufgestellt: In Nordrhein-Westfalen waren Forderungen nach einem Sockelbetrag in Höhe von 50 bis 60 Pfennig plus 10 bis 11 % aufgestellt worden, das sind umgerechnet ungefähr 18 bis 19 %; bei Hoesch und in anderen Betrieben waren **200 DM mindestens** gefordert worden; der Vertrauenskörper der Klöckner-Hütte Bremen hatte nach langwierigen Auseinandersetzungen mehrheitlich (nicht einstimmig) 16 % gefordert.

Laut Tagesschau vom 24.9. ist es auch in der großen Tarifkommission zu harten Auseinandersetzungen über die Höhe der Forderungen gekommen, wobei die Vertreter aus den Betrieben alle 16 % und mehr gefordert haben und hauptsächlich die hauptamtlichen Funktionäre für eine Forderung von 14 % eingetreten sind.

Der 14 %-Beschluß liegt ganz auf der Linie der Äußerungen von Loderer ("An den Forderungen der Gewerkschaft ist noch kein Unternehmer zugrunde gegangen") und Vetter ("die Lohnforderungen verantwortungsbewußt bemessen"). Was das bei dem 14 %-Vorschlag bedeutet, kann man sich gut vorstellen, wenn man sich an den Streik der Bremer Metaller im März dieses Jahres erinnert. Damals lag der Vorschlag bei 18 %, rausgekommen sind schließlich 12,25 %. Wenn wir dann noch berücksichtigen, daß die Konzertierte Aktion als Orientierungsdaten, wie sie es nennen, für die Lohnforderungen 9,5 % ins Spiel gebracht hat, können wir absehen, wohin der Hase läuft. Dagegen ist Loderer auch in dem darauffolgenden Interview im Fernsehen nicht Sturm gelaufen, er hat es "zur Kenntnis genommen". Und zu dem Vorwurf von Seiten der Kapitalisten- und Regierungsvertreter, die 14 %-Forderung sei zu hoch, meinte Loderer beschwichtigend, sie sei ja nur ein Vorschlag. Ein Kollege meinte zu der 14%-Forderung: "Die Gewerkschaftsführer tun sowieso nur, was ihren Parteifreunden in Bonn nicht weh tut. Das haben die doch schon lange abgesprochen." Und was tut den Parteifreunden der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in der Bundesregierung nicht weh? Letztlich alles, was den Kapitalisten nicht weh tut! Denn erstes Ziel der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wie jeder Regierung eines kapitalistischen Staates ist die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit des Volkes durch eine Minderheit. Dies ist in den letzten Wochen und Monaten, insbesondere aber in der letzten sogenannten "Konzertierten Aktion" immer deutlicher geworden. Diesem Ziel dient die sogenannte Stabilitätspolitik der Bundesregierung. Diesem Ziel muß sich die Lohnpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung unterordnen.

Eine 14 %-Forderung angesichts einer zunehmenden Verschlechterung der Lage auch der Stahlarbeiter einerseits und eines nie gekannten sagenhaften Stahlbooms andererseits verbreitert und vertieft die Empörung und macht immer mehr Kollegen zu erbitterten Gegnern sozialdemokratischer Politik in den Gewerkschaften.

Nicht, um ihr letztes Scherflein zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Ausbeutung beizutragen, reihen sich fast täglich tausend Kollegen in die organisierten Metallarbeiter ein, sondern weil ihnen die verschärfte Krisenentwicklung auch des westdeutschen Imperialismus immer deutlicher die Notwendigkeit der Einheit und des gemeinsamen Kampfes für ihre Interessen vor Augen führt.

–KBW-Betriebszelle der Klöckner-Hütte Bremen–

Streiks für Effektivlohnabsicherung

Mannheim. "Arbeitnehmer, die im 55. Lebensjahr stehen oder älter sind und dem Betrieb oder Unternehmen wenigstens ein Jahr lang angehören, haben Anspruch auf den Verdienst, der aus dem Durchschnittsverdienst der letzten zwölf voll gearbeiteten Kalendermonate errechnet wird."

Diese unter dem Namen Alterssicherung bekannte Regelung des neuen Manteltarifvertrags für Nordbaden/Nordwürttemberg wollen die Metallkapitalisten nicht anerkennen. Sie wollen nur den Tariflohn abgesichert wissen. Die IG Metall steht dagegen auf dem richtigen Standpunkt, daß sich diese Regelung auf den Effektivlohn bezieht.

Um die Verhandlungsposition der IG Metall zu stärken, fanden in mehreren Betrieben Kurzstreiks statt.

So zum Beispiel bei **BBC Käfertal, Vögele Hockenheim und Bopp & Reuther.** Die Kurzstreiks waren meist direkt nach dem Frühstück. Bei BBC hätte ein Teil der Akkordarbeiter sowieso nach dem Frühstück ihre Akkordpause gemacht. Ganze Abteilungen erfuhren gar erst aus der Presse, daß gestreikt worden war.

Daimler-Benz: Im folgenden drucken wir ein Interview mit einem Kollegen von Daimler-Benz Mannheim ab.

KVZ: Was ist Deine Meinung zu der Provokation der Metallkapitalisten?

Kollege S.: Nun, meine Meinung ist, daß die Metallkapitalisten die wirtschaftliche Lage, die Angst und Unsicherheit, die unter den Kollegen herrscht, auszunutzen versuchen, um den Manteltarif zu unterlaufen. Damit dürfen sie aber nicht durchkommen. Schau mal, zwischen dem Tariflohn und dem Effektivlohn besteht ein zum Teil beträchtlicher Unterschied. Bei mir beträgt der Tariflohn 7,32 DM und der Effektivlohn 9,85 DM. Bei Schichtarbeitern wird der Unterschied noch vergrößert durch Schichtzulage usw. Kommen die Kapitalisten durch, dann müssen wir älteren Arbeiter wieder fragen: Wann stufen die mich herab auf den Tariflohn? Außerdem bemißt sich die Rente auch nach der Höhe des Lohnes. Wird einer herabgestuft auf den Tariflohn, dann bekommt er später auch weniger Rente, als wenn der Effektivlohn weiter bezahlt werden würde.

KVZ: Wie ist der Kurzstreik bei Euch verlaufen?

Kollege S.: Bei uns wurde von 8.30 Uhr bis 9 Uhr gestreikt. Wir sind vors Tor gegangen, wo praktisch eine Art Streikversammlung durchgeführt wurde. Der Betriebsrat Feuerstein hat erklärt, um was es geht und vorgeschlagen, ein Telegramm an die Verhandlungskommission zu schicken mit der Aufforderung: Bleibt hart! Die vor dem Tor versammelten etwa 4 000 stimmten dem Vorschlag zu, indem sie Beifall klatschten.

KVZ: Hat sich die Belegschaft geschlossen am Kurzstreik beteiligt?

Kollege S.: Nein, nicht alle Kollegen sind mit vor das Tor. Die Ursache ist vor allem mangelnde Information. Wir sind erst spät informiert worden und manche Kollegen wußten gar nicht, um was es geht. So kann natürlich keine starke Front aufgebaut werden. Die Kapitalisten müssen wie immer bei solchen Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital die vereinte und geschlossene Front der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften zu verspüren bekommen. Deshalb ist es nach meiner Meinung notwendig, daß die IG Metall die in dem Telegramm an die Verhandlungskommission in Stuttgart geforderte Standfestigkeit an den Tag legt. Sollten sich die Kapitalisten weigern, dann muß die IG Metall ihre Mitglieder und alle Arbeiter zu weitergehenden Aktionen aufrufen, das heißt Vollstreik, Demonstrationen usw., um auch die Öffentlichkeit einzubeziehen.

Wenn man schon immer von einer humanen Arbeitswelt spricht, dann ist es nicht mehr als recht und billig, daß man einem Kollegen, der 20 oder 30 Jahre im Akkord geschafft hat und dabei seine Gesundheit ruiniert hat, daß er seine Arbeit nicht weitermachen kann, daß man diesem Kollegen auch an einem anderen Arbeitsplatz ohne Akkord seinen zuletzt bezahlten Effektivlohn ungekürzt weiter bezahlt.

Mitarbeiter beurlaubt

DGB–Kreisvorsitzender von Göttingen verbreitet Lügen

Göttingen. Am 26.9.1974 ist der Pädagogische Mitarbeiter der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, Diethard Kars, beurlaubt worden. In einer öffentlichen Erklärung schreibt der Kollege Kars:

"... Gleichzeitig mit der Beurlaubung wurde Kars untersagt, seine Diensträume sowie die Büros des DGB zu betreten. Kars ist Betriebsratsvorsitzender beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben. Deshalb bedeutet dieses Verbot eine empfindliche Einschränkung seiner Tätigkeit als Betriebsrat. Für seine Tätigkeit stehen ihm nun keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung.

Warum ist Kars beurlaubt worden? Bisher sind ihm keine Gründe genannt worden, weder vom Vorsitzenden der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, Schultze (stellvertretender DGB-Landesvorsitzender und Mitglied des Landtags, der die Kündigung aussprach), noch von denjenigen, die die Beurlaubung durchsetzten (zum Beispiel G.Altmann, pädagogischer Leiter der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen). In der Wahrnehmung seiner Aufgaben als pädagogischer Mitarbeiter können Kars keine Mängel nachgewiesen werden. Es ist die Rede davon, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kars und dem Vorstand der örtlichen Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Göttingen nicht mehr möglich sei.

Dazu ist folgendes zu sagen:

In der Tat gibt es zwischen Kars und dem örtlichen Vorstand sowie dem Vorstand auf Landesebene seit längerem Meinungsverschiedenheiten und Spannungen. Diese Spannungen haben sich seit dem Zeitpunkt verschärft, seitdem Kars auf Versammlungen für das Recht eintritt, daß Kommunisten in den Gewerkschaften bei Arbeit und Leben tätig sein können. Kars ist für seine Meinungen auch insofern eingetreten, als er die Kommunistische Volkszeitung öffentlich verkauft hat. . .

In der Absicht, Anhaltspunkte für eine Entlassung zu finden, hat der stellvertretende DGB-Kreisvorsitzende und Vorsitzende der örtlichen Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Göttingen Land, Albert Fiege, sämtliche Post von Kars geöffnet, während sich dieser in seinem Erholungsurlaub befand. Darunter fiel sowohl persönliche Post wie auch solche Post, die Kars in seiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender erhielt."

(Der Betriebsrat wehrte sich mit einer Anzeige beim Arbeitsgericht, um Fiege das weitere Öffnen der Post untersagen zu lassen.)

Am 27.9. wurden im Göttinger Tageblatt und im Norddeutschen Rundfunk Altmann und Fiege zitiert: Kars habe angeblich Gelder von Arbeit und Leben an die KVZ überwiesen. Daran ist nichts wahr. Das wissen auch Fiege und andere, die diese Lügen verbreiten. Der Kollege ließ sofort einen Widerruf gegen diese Lügen in der Zeitung veröffentlichen.

750 Arbeiter demonstrierten gegen Werksstillegung



Böblingen, den 12. September 1974. Rund 750 von 900 Arbeitern und Angestellten des "Reparaturwerks Böblingen GmbH", einer hundertprozentigen Tochter der Daimler Benz AG, demonstrierten am Donnerstag, den 12. September, während der Arbeitszeit eine Stunde lang in der Böblinger Innenstadt.

In diesem Werk werden Militärfahrzeuge der US-Armee repariert und überholt. Weil die US-Armee ab 1975 keine neuen Aufträge mehr erteilt, soll es vollständig stillgelegt werden. Den Arbeitern haben die Daimler-Benz-Kapitalisten dabei wieder die Rolle der bloßen Manövriermasse des Kapitals zugedacht. Sie stellen sich die Sache so vor:
Die noch vorhandenen Aufträge werden bis zum 30. Juni 1975 gestreckt. In dieser Zeit werden die Arbeiter stufenweise "abgebaut".
Bis Dezember 1974 sollen schon 550 Leute entlassen werden.
Nur etwa 200 Arbeiter sollen in anderen Daimler-Benz-Betrieben weiterbeschäftigt werden. Angestellte werden von Daimler-Benz grundsätzlich keine übernommen.

Der Stufenplan soll die Kollegen in lauter einzelne Gruppen aufspalten, die dann vom Kapital einzeln abgefertigt bzw. fertiggemacht werden. Durch den Stufenplan möchte die Geschäftsleitung auch um einen Sozialplan herumkommen, der sie mehr kosten würde. Wer "freiwillig" geht, soll eine Abfindung von mehreren tausend Mark erhalten. Abfindung und übrige Entlassungsbedingungen wurden von der Verhandlungskommission der IG Metall als "unannehmbar" und "indiskutabel" bezeichnet.
Die IG Metall fordert dagegen:
einen Sozialplan für alle Betriebsangehörigen!
Wahlmöglichkeit jedes Kollegen zwischen Weiterbeschäftigung in einem anderen Daimler-Benz-Betrieb, bei gleichwertigem Arbeitsplatz oder ausreichender Abfindung bei Weggang!

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, organisierte die IG Metall am Donnerstag die Demonstration in Böblingen. Auf den Transparenten stand u.a.:
"Wir sind keine Maschinen, die man einfach stillegt!" "Unternehmerrisiko – Wir müssen gehen!" "Statt leerer Versprechungen soziale Sicherheit!".
Bei der Böblinger Bevölkerung fand die Demonstration großen Anklang. Die Flugblätter der IG Metall wurden den Verteilern regelrecht aus der Hand gerissen. Das wiederum ermutigte die demonstrierenden Kollegen.
Die Geschäftsleitung antwortete am selben Tag darauf mit Reversen, auf denen sich jeder Kollege durch seine Unterschrift mit ihren Plänen einverstanden erklären soll. In Flugblättern, die heute erscheinen, fordert die IG Metall die Kollegen auf, keinen Vertrag oder Revers zu unterschreiben. Hu, Ortsaufbaugruppe Stuttgart

Im Ruhrgebiet:

Arbeitslosigkeit bis zu 6%

150 000 Arbeitsplätze weniger in den nächsten fünf Jahren

Die Arbeitslosigkeit ist im Ruhrgebiet stark angestiegen. In Gelsenkirchen sind es bereits 5,2 %. "Und im Winter", so mutmaßt der Gelsenkirchener Arbeitsamtsleiter Alfred Zimmermann, "werden wir wohl die 6-Prozent-Marke erreichen."
In Herne waren es bereits im August 4,4, in Coesfeld 4,5, in Hamm 4,3 und im Raum Bochum, Dortmund, Hagen 3,5 Prozent.

Anders als in den Jahren 1966/67, wo die Arbeitslosenzahlen ähnlich hoch waren, sind es in dieser Krise nicht die Bergarbeiter, sondern Kollegen aus den mittleren metallverarbeitenden Betrieben und aus der Baubranche.
Nach der Krise 1966/67, den Zechenstillegungen und den großen Protestdemonstrationen der Bergarbeiter hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen großartige Programme aufgestellt, mit denen die hohen Arbeitslosenzahlen im Revier beseitigt werden sollten. Allein für das "Entwicklungsprogramm Ruhr" für den Zeitraum von 1968 bis 1973 wurden 8,4 Millionen Mark ausgegeben. Mit dem "Nordrhein-Westfalenprogramm" von 1970 bis 1975 gewann die SPD die letzten Landtagswahlen.

Jetzt hat der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (die gemeinsame Selbstverwaltungsorganisation der Revier-Städte mit Vertretern der Kapitalistenverbände und Vertretern der Gewerkschaft) eine Untersuchung veröffentlicht, nach der bis 1980 150 000 Arbeitsplätze im Revier verloren gehen. In den Jahren 1961 bis 1970 war die Zahl der Arbeitsplätze im Revier schon um 200 000 gesunken.
Die Krise trifft im Revier viele mittlere und kleine Kapitalisten. In Dortmund zum Beispiel mußte Pohlschröder dichtmachen und wurde dann aufgekauft.
Die hohen Arbeitslosenzahlen sind den Kapitalisten und ihrer Regierung willkommen. Die Belegschaften sollen eingeschüchtert werden. Weil die Kollegen um den Arbeitsplatz bangen müssen, sollen sie darauf verzichten, mit existenzsichernden Lohnforderungen gegen den Reallohnabbau zu kämpfen.
Die Hoesch-Vertrauensleute haben durch die Aufstellung der 200 DM-Mindestforderung dieser ganzen Kampagne der Kapitalisten und ihrer Zeitungen die richtige Antwort gegeben. Doch selbst gegen die von der IG Metall nun beschlossenen 14 % werden diese Leute nicht müde, die Trommel der Arbeitslosigkeit zu rühren. –U.R.–

VW baut sein Imperium aus

VW ist an 100 Unternehmen in Brasilien beteiligt

In Brasilien baut VW derzeit eine Rindergroßfarm auf, die auf einen Viehbestand von 180 000 Rindern gebracht werden soll. Angeschlossen werden Konservenfabriken und eine Tiefkühlkette. Das Fleisch soll nach Europa, Japan und USA exportiert werden. In Brasilien soll jedes zweite Filetsteak die VW-Kassen klingeln lassen, schreibt die Illustrierte "stern". Außerdem ist VW in Brasilien an rund hundert Unternehmen beteiligt, mit rund 300 000 Beschäftigten. Neben Zulieferern für VW do Brasil sind es Baustoffabriken, Fischkonservenwerke, Keramikwerke und Textilfabriken. Jedes fünfte Oberhemd in Brasilien kommt aus dem brasilianischen Imperium.
Den Grundstock dieses Imperiums gaben die Profite ab, die aus den westdeutschen Arbeitern bei VW geschunden wurden. Die Ausdehnung des Imperiums wird aus der Ausbeutung der brasilianischen Arbeiter finanziert. In dem erwähnten "stern"-Bericht heißt es, die VW-Arbeiter in Brasilien erhielten 700 DM. Das ist das Vierfache des Minimallohnes, den das Regime in Brasilien jährlich neu festlegt. Aus einem unveröffentlichten Bericht des Wirtschaftsexperten der CDU, Dr. Hans Dichgans, geht hervor, daß VW Löhne bezahlt, die 50 % über dem Minimallohn liegen, also bei etwa 200 DM.

Solche Löhne gefallen denn auch dem VW-Chef Leiding außerordentlich. In der brasilianischen Wochenzeitung "Opiniao" vom 4. März 1974 (Sao Paulo) wird Leiding zitiert, wobei er die letzten Lohnforderungen der IG Metall angreift:

"Volkswagen wird vollständig ruiniert sein, wenn auch nur die Hälfte der irrationalen und idiotischen Forderungen der deutschen Gewerkschaften erfüllt werden."

ben die Profite ab, die aus den westdeutschen Arbeitern bei VW geschunden wurden. Die Ausdehnung des Imperiums wird aus der Ausbeutung der brasilianischen Arbeiter finanziert. In
"Volkswagen wird vollständig ruiniert sein, wenn auch nur die Hälfte der irrationalen und idiotischen Forderungen der deutschen Gewerkschaften erfüllt werden."

Keine Betriebsschliessung bei Salamander Speyer!

Keine Betriebsschliessung bei Salamander Speyer!

Am Donnerstag, den 26. September, sickerte überraschend die Nachricht durch, daß die Konzernleitung der Salamander AG das Werk in Speyer schließen will. Von dieser Absicht sind 450 Kollegen betroffen.

Da in der vergangenen Woche noch Überstunden geschuftet wurden und erst vor kurzer Zeit der neue Generaldirektor versicherte, die Arbeitsplätze würden alle erhalten, konnten einige Kollegen die Nachricht gar nicht für bare Münze nehmen. Um sich Gewißheit zu verschaffen, gingen Kollegen aus der Stepperei gemeinsam zur Betriebsleitung, um endlich zu erfahren, was eigentlich los ist. Nach verschiedenen Ausweichmanövern der Leitung gingen die Kollegen nur langsam wieder an die Arbeit.
Gleich nach Betriebsschluß verteilte die Ortsaufbaugruppe Speyer ihre Betriebszeitung für Salamander mit der Parole "Gemeinsamer Kampf gegen die Schließung", und unsere Verteiler diskutierten mit den Kollegen. Die Kollegen teilten einhellig die Meinung, daß dies die einzige Möglichkeit für sie ist.
Am darauffolgenden Tag blieben nach der Frühstückspause die Maschinen stehen. Ausgehend von der Stepperei zogen die Kollegen durch sämtliche Abteilungen und diskutierten über die Stillegung. Zur gleichen Zeit war eine Vertretung des Betriebsrates in Kornwestheim (Sitz der Verwaltung), um näheres über die Schließung zu erfahren.
Nachmittags wurde eine Betriebsversammlung durchgeführt. Dort berichteten die Betriebsräte über den Verlauf des Gespräches mit der Konzernleitung. Die Konzernleitung hatte für die Schließung "objektive Fakten" genannt. "Ökonomische und technische Gründe" machten die Schliessung unausweichlich, z.B. ginge der "Aufzug im Speyerer Werk zu langsam". Diese sogenannten objektiven Fakten sind aber nichts anderes als die Tatsache, daß die Konzernleitung mit der Schließung ihre Profitinteressen wahren will. Das steckt dahinter, wie bei jeder Schließung. Für die Kollegen aber bedeutet dies Arbeitslosigkeit, gerade im Raum Speyer, wo derzeit überhaupt keine Arbeit zu finden ist.
Auf der Betriebsversammlung war auch der Bezirksleiter der Gewerkschaft Leder, Fabian, anwesend. Er bekam immer dann Beifall, wenn er auf die Salamander-Kapitalisten schimpfte. Hoffentlich wird es nicht bloß ein Schimpfen bleiben und die Gewerkschaft Leder den Kampf der fast 100 % organisierten Belegschaft wirksam unterstützen. So könnte sie z.B. die Kollegen in den anderen Salamander-Betrieben informieren und Solidaritätsaktionen einleiten. Denn es darf nicht passieren, daß die Arbeit in Speyer weggenommen wird und in Kornwestheim die Kollegen dafür noch mehr schaffen müssen und so die Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden sollen. Ein Kollege sagte: "Die Kollegen in Kornwestheim wissen, wenn sie es schaffen, hier zuzumachen, dann sind sie dort auch bald dran."
Der Kampf gegen die Schließung muß von der Belegschaft getragen werden. Sie kann sich nicht nur auf eine geschickte Verhandlungsführung der Betriebsräte mit der Konzernleitung verlassen, sondern muß in allen Schritten den Kampf fest in der Hand behalten. **Der Betrieb in Speyer darf nicht geschlossen werden!**

Ortsaufbaugruppe Speyer

VW–Kurzarbeit

Vom 23. bis 27.9. dauerte die sechste

VW–Kurzarbeit
Vom 23. bis 27.9. dauerte die sechste
Kurzarbeitswoche in den VW-Werken. 46 500 mußten kurzarbeiten. Bei Audi-NSU wurde für 21 000 Arbeiter und Angestellte ab 16. September Kurzarbeit verordnet.
Bis zum Jahresende sollen bei VW rund 5 000 Kollegen rausgesetzt werden.

Chemie: Enorme Gewinne – Üble Arbeitsbedingungen

Darmstadt. Die Merck OHG hat im ersten Halbjahr dieses Jahres laut Bericht der Geschäftsleitung ihren Umsatz um 24 % gesteigert.
Bringt nun die gute Lage der Kapitalisten Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kollegen – so wie die schlechte Profitlage der Kapitalisten in anderen Betrieben die Verschlechterung der Lage der Kollegen (90 % Kurzarbeitergeld oder Entlassungen) mit sich bringt?
Dazu ein Beispiel:
Betritt man die alte Forschung bei Merck, so steht man in den Gängen im größten Gestank. In den Labors stinkt's noch schlimmer als auf dem Gang. Guckt man dann nach, ob die Abzüge laufen, muß man feststellen, daß sie zwar angeschaltet sind, aber offensichtlich nur schwach ziehen. So stinken dann abends die Haare und Kleider nach "Forschung", denn duschen kann man sich in der alten Forschung nirgends und außerdem ist Duschzeit in der Forschung nicht üblich. Zudem steht man nicht nur im Gestank, sondern das ganze ist auch gesundheitsschädlich. In vielen Labors wird ständig offen mit Chloroform gearbeitet (leberschädigend). Säulen mit Chloroform stehen offen im Labor rum, da die Abzüge viel zu klein oder schon besetzt sind. Öfters passiert es dann – besonders im Sommer – , daß man bei Arbeitsschluß das Labor leicht benebelt und mit Kopfschmerzen verläßt. "Bekämpft" wird dieser Zustand mit Schmerztabletten von der werksärztlichen Versorgung.

Angriff auf Betriebszeitung

Wolfsburg. Bei der Firma Hearder gibt der Kommunistische Arbeiterjugendbund die Betriebszeitung "Das Schaufenster" heraus. Seit ihrem Erscheinen hat sie der Geschäftsleitung samt Betriebsrat gar nicht gefallen, denn sie setzte sich klar für die Kollegen ein. Als die Geschäftsleitung vor Gericht ging, um die Einstellung zu erzwingen, fiel sie vorerst auf die Nase. Die Kosten muß Hearder tragen. Jetzt suchen die Kapitalisten neues Material gegen die Betriebszeitung.

Der Vorstand zeigt sich von seiner grosszügigen Seite

Delmenhorst. Laut Bekanntmachung Nr. 19/2974 können jetzt alle gewerblichen Arbeitnehmer bei der Vereinigten Kammgarnspinnereien AG Delmenhorst (VKS) ihre Jahreseinkommen beträchtlich erhöhen. Die "Anwesenheitsprämie" wird schon ab dem ersten vollen Tätigkeitsmonat von – man staune – bisher 22,50 DM auf 25 DM erhöht. Jeder, der dies erfährt, kann sich die freudigen Gesichter der VKS-Kollegen vorstellen, und er wird bestimmt den armen Vorstand bedauern, der jetzt alle Hände voll zu tun hat, den persönlichen Danksagungen der Kollegen zu antworten. Schriftlich versteht sich. Vielleicht wird er wegen Überlastung auch eine nette Antwort an das Schwarze Brett heften. Man kann sich sogar richtig vorstellen, wie die Danksagungen vieler VKS-Kollegen aussehen werden:

"Lieber Vorstand!
Ich danke Dir von ganzem Heazen für die Neugestaltung unserer Anwesenheitsprämie. Ich will jetzt auch nie mehr fehlen, die Arbeitszeit korrekt einhalten und fanz fleißig sein, und wenn Du mich rufst immer für Dich da sein – auch an Sonn- und Feiertagen. Und wenn einer meckert, daß er im ersten Monat so wenig verdient, dann werde ich ihn gleich darauf hinweisen, daß er ja schon spätestens nach drei Monaten 75 DM Prämie bekommt, wenn er schön fleißig war und keine einzige Schicht gefehlt hat. Er wird dann bestimmt auch nicht gleich abhauen, sondern lange bleiben. Und wenn er dann schön fleißig war und das erstmal hat, wird er auch länger bleiben; er will es ja auch nicht gleich wieder loswerden. Ehrlich. Das hast Du Dir ganz schön schlau ausgedacht.
Ich habe mir das mal so ausgerechnet. Da bekommen die Kollegen, die 7,40 DM im Akkord die Stunde verdienen, glatt 14 Pfennig mehr, das sind rund zwei Prozent. Und wenn Du mal die Akkordsätze kräftig anhebst, wie neulich erst in der Vorbereitung, und wir die Arbeit kaum noch schaffen können, dann schmeissen wir die Sachen nicht einfach hin. Wir arbeiten korrekt und fleißig weiter und denken stets an die Prämie. Und wenn uns der Akkord mal so richtig in die Knochen geht, stekken wir nicht einfach auf, nein, wir denken an die Prämie und schaffen weiter. Und die älteren Kollegen, die nicht mehr so richtig können und dauernd zum Arzt müssen, haben ja selbst Schuld, sie hätten sich ja in der Jugend ihre Gesundheit besser erhalten können. Und daß damals Krieg war, lassen wir doch heute nicht mehr gelten. Wir wollen ein für alle mal diese alten Zeiten vergessen. Zum Schluß möchte ich mich noch ganz herzlich dafür bedanken, daß Du mir auch gleich ausrechnest, wieviel ich bei vier mal 75 DM im Jahr bekomme. Es ist nur schade, daß mir Euer Staat von den höchstens 300 DM gleich 100 DM wieder abzieht. .
Böse Zungen in Deinem Betrieb sprechen von Almosen oder schlimmer, daß sie verschaukelt werden. Aber, lieber Vorstand, wir nehmen Deine Almosen doch gern. Wir besitzen ja auch nichts. Nichts als unsere Arbeitskraft, die wir Dir jeden Tag verkaufen müssen. Und wenn wir Dir nicht mehr passen, schmeißt Du uns eben raus, wie neulich die Kollegen von Mönchengladbach. Aber wir wissen ja alle, daß Du das nur gemacht hast, um unsere Arbeitsplätze und Deinen Profit in Delmenhorst zu sichern.
Ein Arbeiter aus Deinem Betrieb."

–D.R., VKS Delmenhorst–

Wie müssen wir die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst richtig vorbereiten?

Stellungnahme der KBW-Betriebszelle der Städtischen Krankenanstalten Mannheim

Vor etwa 4 Wochen stand in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu lesen "ÖTV fordert 12,5 %". Einen Tag später dementierte ÖTV-Vorsitzender Kluncker diese Meldung und stellte fest, daß vor Beginn der Lohnverhandlungen eine breite Befragung der Mitglieder stattfinden werde.
Was haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von diesem Vorgeplänkel zu halten?
Wir können mit gutem Grund annehmen, daß es sich bei der Falschmeldung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung um eine Provokation des öffentlichen Arbeitgebers handelt, mit der er wohl bezwecken will, Unsicherheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern zu verbreiten, um zu verhindern, daß die Kollegen selbst die Initiative ergreifen, für sie geeignete Forderungen zu diskutieren und aufzustellen. Deshalb können wir das Dementi von Kluncker nur begrüßen, entspricht es doch voll und ganz dem Antrag 408 des Gewerkschaftstages, in dem es heißt, daß vor jeder Tarifrunde eine breite Befragung der Mitglieder stattfinden müsse. Wir werden Kluncker beim Wort nehmen. Wir haben im letzten Jahr auf der Grundlage dieses Antrages breite Diskussionen geführt und unsere Forderungen aufgestellt.

Wie war die Situation im Vorjahr?

Vor gut einem Jahr war die ÖTV-Führung gezwungen, aufgrund des Drucks der Mitgliedermassen die Tarife schon im September zu kündigen. Vorausgegangen war eine breite Bewegung für das volle dreizehnte Monatsgehalt und für vorgezogene Tarifverhandlungen. Das dreizehnte Monatsgehalt konnten die Kollegen durchsetzen. Doch das genügte nicht. In vielen Städten der Bundesrepublik traten vor allem Müllarbeiter spontan in den Streik, um eine Teuerungszulage zu erkämpfen. Kaum ein größerer Betrieb, in dem die Belegschaft nicht ähnliche Forderungen aufstellte und kämpferische Resolutionen verabschiedete.
Intensiver als je zuvor bereiteten demnach die Gewerkschaftsmitglieder die Lohnrunde vor. Bei uns in Mannheim etwa gab es kaum einen Betrieb oder eine Verwaltung des öffentlichen Dienstes, wo die Kollegen nicht eigene Forderungen aufstellten. So erst war es möglich, daß eine Funktionärskonferenz mit großer Mehrheit eine einheitliche Lohnforderung von 300 Mark für alle forderte, außerdem noch ein einheitliches Urlaubsgeld, die Verkürzung der Laufzeiten der Tarifverträge und die Urabstimmung vor jedem Tarifabschluß. Das Bemühen einiger ÖTV-Funktionäre, die Mitglieder von Prozentforderungen und der Stabilitätspolitik der Bundesregierung zu überzeugen, war vergeblich.
"Jetzt haben die Mitglieder das Wort" schrieb der Hauptvorstand der ÖTV noch Anfang September in den ÖTV-Nachrichten. Doch im Gegensatz zu den Mitgliedern nahm der Vorstand diesen Aufruf nicht sehr ernst.
Als zwei Wochen später die Große Tarifkommission ihre 15 %-Forderung bekanntgab, waren viele Kollegen der Ansicht, daß dies der erste Schritt in die Niederlage bedeute. Als Zugeständnis an die Mitglieder kam der Hauptvorstand nicht darum herum, eine Mindestforderung von 185 Mark für alle aufzustellen. Diese einheitliche Forderung rückte zunehmen in den Vordergrund der Lohnbewegung, sie war beim Streik von entscheidender Bedeutung.
Denn als im Verlauf der Lohnrunde die Kollegen immer zahlreicher mit Warnstreiks auf die provokativen Angebote der Regierung von 7,5 %, 8,5 % und 9,5 % antworteten und es kaum noch eine Kreisverwaltung wagen konnte, keine Protestkundgebung auf den öffentlichen Plätzen durchzuführen, da konnte man auf den Transparenten überwiegend die einheitliche Forderung von 185 Mark lesen, da gerieten, zumindest bei den aktiven, streikbereiten Mitgliedern, die 15 % in den Hintergrund. Denn die einheitliche Forderung erst ermöglichte es den Kollegen, ihre Kampfkraft richtig zu entfalten, den Lohnangeboten der Regierung entschlossen entgegenzutreten. Nur so konnten sie die 10 %-Grenze, die die Regierung den Beschäftigten im öffentlichen Dienst diktieren wollte, erfolgreich durchbrechen.

Als dann nach den ersten drei Streiktagen sich der Kampf entwickelte und die Kollegen ihre Macht erkannten, da kapitulierte die ÖTV-Führung, da war sie wohl selbst erschreckt über die Entschlossenheit ihrer Mitglieder. Als am Nachmittag des dritten Streiktages Funktionäre der Kreisverwaltung Mannheim in den Streiklokalen das Ergebnis – 11 %, 170 Mark, kein Urlaubsgeld – bekanntgaben, da hätten sie von den empörten Kollegen beinahe Prügel bezogen.
Jeder wußte, daß mehr zu holen war, viele fühlten sich verschaukelt. Da halfen auch Klunckers großkotzige Worte nichts, daß noch 1974 das Urlaubsgeld durchgesetzt wird. Das wiederholte er noch einige Male im Verlauf des Frühjahrs, er wollte die Kollegen auf "einen günstigen Zeitpunkt für Verhandlungen übers Urlaubsgeld" vertrösten. Dann wurde es sehr still um ihn, es scheint, er wartet immer noch auf den günstigen Zeitpunkt.
Über den Sommer hinweg ließ der Hauptvorstand die Mitglieder in Ungewißheit, er antwortete nicht auf die zahlreichen Anfragen und Aufforderungen bezüglich des Urlaubsgeld. Doch wer nicht wartete und tatenlos den Sommer genoß, das war die Bourgeoisie und ihre Regierung. Auch sie hatten ihre Erfahrungen gemacht. Die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes hatten sie in den Februarstreiks das Fürchten gelehrt, hatten ihnen sehr anschaulich und fühlbar ihr Selbstbewußtsein demonstriert.

Was will die Bourgeoisie in der kommenden Tarifrunde erreichen?

Unzweifelhaft will sie einen möglichst niedrigen Abschluß erzielen, will den Massen im öffentlichen Dienst den Schneid wieder abkaufen. Ihr politisches Ziel ist es, den Kollegen das Streikrecht und die Tarifautonomie zu nehmen, zumindest aber eine Schlichtungsordnung einzurichten. Die Pläne, den Kollegen das Streikrecht zu nehmen, mußte sie während der Streiks wohl oder übel in den Schubladen verschwinden lassen. Doch nun zieht sie sie wieder heraus.
Mit Hilfe der bürgerlichen Presse bereitet sie sich schon seit Monaten den Boden dafür vor. Kaum eine Tageszeitung, wo nicht ein bürgerlicher Schreiberling zu der Feststellung gelangt, daß in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen nicht oder nur wenig gearbeitet wird, daß man an allen Ecken und Enden rationalisieren könne und wohl auch müsse. Schließlich seien die Kollegen mit ihren überschraubten Lohnforderungen daran schuld, daß die Bevölkerung für die öffentlichen Leistungen immer mehr hinlegen muß.
Mit Zeter und Mordio wenden sich die Landesregierungen und Parteien gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden im öffentlichen Dienst. Währenddessen rationalisieren sie schon kräftig in den Betrieben und Verwaltungen, müssen auch im öffentlichen Dienst Kollegen um ihren Arbeitsplatz bangen.

Wie sieht es in den Betrieben aus?

Die Kollegen reden noch wenig, und wenn, dann zaghaft, fast zurückhaltend von der kommenden Tarifauseinandersetzung. Die Hetze gegen den öffentlichen Dienst schlägt sich unverkennbar in der Stimmung der Belegschaften nieder, vor allem in Behörden und Ämtern. Doch ruhig ist es keinesfalls. Ruhig kann es auch gar nicht sein, denn die Regelung der 40-Stunden-Woche, die Weigerung der öffentlichen Arbeitgeber, mehr Personal einzustellen, die zunehmende Arbeitshetze und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen lastet immer schwerer auf den Kollegen. Die Unzufriedenheit wächst. Gerade in den kampfstarken Betrieben, den Verkehrsbetrieben und den Stadtreinigungen, gärt es. Das Urlaubsgeld steht immer noch aus.
Die ÖTV-Führung schweigt; sie hat offensichtlich kein Interesse an einem Lohnkampf. Es scheint, sie will die Mitglieder in die Tarifrunde reinschlittern lassen, um ohne große Auseinandersetzungen davonzukommen.

Wie müssen wir Kommunisten die Tarifrunde beginnen?

Wir müssen den Kollegen ins Bewußtsein zurückführen, daß und warum die letzte Tarifrunde ein relativer Erfolg war. Mit einer einheitlichen Streikfront konnten die Massen im öffentlichen Dienst das Lohndiktat der Regierung durchbrechen. Diese Tatsache, die unter anderem auch einen Kanzlerposten gekostet hatte, ist ein guter Ansatzpunkt. Die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes standen damals einer Brandt-Regierung gegenüber, die versuchte, das Unmögliche möglich zu machen, den Klassengegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu versöhnen. Dies ist gescheitert. Heute stehen sie einer härteren, konsequenteren Regierung gegenüber. Die Schmidt/Genscher-Regierung will ihre erste große Machtprobe bestehen. In der ÖTV-Tarifrunde tritt sie als staatlicher Dienstherr auf und hat somit einen direkten Einfluß darauf. Gelingt es ihr, das Lohnniveau im öffentlichen Dienst zu senken, dann schlägt sich dies auch unweigerlich auf die Tarifrunden in den Industriebranchen nieder, denn dort wird die Lohnerhöhung nicht wesentlich höher sein können. Die starre Haltung der Schmidt/Genscher-Regierung ist also eine Kampfansage an die gesamte Arbeiterklasse, und das entspricht voll und ganz den Interessen der Kapitalisten.
Die Schmidt/Genscher-Regierung ist auch für das große Vorhaben der Bourgeoisie sehr gut geeignet, nämlich den Beschäftigten im öffentlichen Dienst das Streikrecht zu nehmen.
Zum anderen liegt die wirtschaftliche Bedeutung der Tarifrunde darin, daß die Regierung die für die Bourgeoisie lästigen Kosten für den öffentlichen Dienst so gering wie nur irgend möglich halten will.
Warum? Nun, der öffentliche Dienst ist notwendig, um die kapitalistische Produktion, das heißt die Ausbeutung, aufrechtzuerhalten, denn ein kranker Arbeiter bringt eben nur dann Profit, wenn er wieder arbeitsfähig gemacht wird. Dafür müssen die Kosten niedrig gehalten werden, es entspringt kein direkter Profit daraus. Die Steuereinnahmen muß die Regierung aufgrund der wirtschaftlichen Krise in vermehrtem Maße den Kapitalisten in Form von Subventionen zukommen lassen.

Darüber dürfen wir die Kollegen nicht im Unklaren lassen, denn die wirtschaftliche Krise der kapitalistischen Gesellschaft, die die Regierung zu diesen Sparmaßnahmen zwingt, haben sowohl die Massen im öffentlichen Dienst zu tragen als auch die gesamte Arbeiterklasse. Und wenn wir versuchen, die Kollegen hinter geeigneten Forderungen gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen, dann werden wir als Kommunisten auch keinen Zweifel darüber lassen, daß es sowohl für das Industrieproletariat als auch für die Massen im öffentlichen Dienst keinen vernünftigen Grund gibt, diese kapitalistische Krisenwirtschaft aufrechtzuerhalten.

Wir, die Betriebszelle in den Städtischen Krankenanstalten, haben uns vorgenommen, entschlossener als im Vorjahr die Mißstände im Betrieb ans Tageslicht zu zerren und anzuprangern. Wir müssen die oft noch versteckte Empörung offen zur Sprache bringen und werden auch die Verantwortlichen für die schlechten Arbeitsbedingungen beim Namen nennen. Wir werden dafür eintreten, daß einheitliche Forderungen in Mark und Pfennig aufgestellt werden, denn Prozentforderungen haben sich als ungeeignet und als undurchsetzbar erwiesen. Wir halten es für richtig, daß mit der Lohnerhöhung auch das Urlaubsgeld verhandelt wird, um alle Kraft zu konzentrieren.

Darüber und über die Höhe der Forderung müssen wir verstärkt die Diskussion in der Belegschaft entfachen. Die Forderung wird nicht unter 200 Mark liegen dürfen. Wir treten für rechtzeitige Mitgliederversammlungen ein und werden auf diesen Versammlungen nicht nur mit den Zahlen der Preissteigerungen und Steuern argumentieren, sondern auch berichten, wie der Personalmangel in einigen Bereichen zu unerträglichen Arbeitsbedingungen für die Kollegen führt und zu einer schlechteren Versorgung der Patienten.

Gut wird es sein, wenn dazu Mitglieder der Großen Tarifkommission eingeladen werden, um ihnen das rechte Bild zu vermitteln, und ihnen die Kollegen klare Aufträge erteilen. Doch die Ergebnisse der Diskussionen dürfen die Kollegen nicht nur für sich behalten, sondern sie müssen sich stärker als im Vorjahr an die anderen Arbeiter und Angestellten wenden. Sie müssen ihnen sagen, daß sie nicht schuld daran sind, wenn die Gesundheitsversorgung immer teurer und zudem schlechter wird. Und sie werden auch aufzeigen müssen, daß die Masse der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst schlecht bezahlt wird und daß die Müßiggänger nur in der kleinen Schicht von höheren Beamten zu finden sind, die allerdings dem Ansehen des öffentlichen Dienstes schaden. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die Massen im öffentlichen Dienst abzuspalten von der gesamten Arbeiterklasse und dem Volk; es gilt, gemeinsam gegen den Feind, die Kapitalisten und die Regierung, vorzugehen.
Tun wir das mit aller Entschlossenheit, dann wird den Vorhaben der Schmidt/Genscher-Regierung wenig Erfolg beschert sein.

K.H.,
Betriebszelle
Städtische Krankenanstalten Mannheim

Stadtwerke Offenbach:
Lohnabbau und Entlassungen

Immer wieder wird von den bürgerlichen Politikern gegen klare Lohnforderungen im öffentlichen Dienst gesagt, die Arbeitsplätze seien dort gesichert und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollten ihre Forderungen zurückstellen.
Wie sieht es in Wirklichkeit aus?
Wir drucken einen Bericht aus Offenbach hierzu ab:
Offenbach Stadt steht mit einer Arbeitslosenquote von fast 4 % an der Spitze der deutschen Großstädte. Diese Arbeitslosigkeit geht durch fast alle hier vertretenen Branchen: Metall, Leder, Bau, Einzelhandel, Handwerk. Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die öffentlichen Betriebe wie die Stadtwerke, denn Kurzarbeit und Konkurse schlagen sich ebenso wie die gesunkene Kaufkraft der Massen auf den Absatz der Stadtwerke nieder: geringerer Verbrauch von Wasser und Fernwärme, nur minimale Steigerung bei Strom und Heizwasser usw.
Die Geschäftsleitung versucht auf allen Ebenen, das drohende Defizit abzuwenden. Nachdem nun schon alle Tarife außer Verkehr seit Jahresanfang zum Teil schon zweimal angehoben worden waren, ist hier im Moment nichts mehr zu holen, ohne auf starken Protest zu stoßen. Deshalb wird nun im Bereich der Stadtwerke selbst gespart: Senkung der Personalkosten, so hat die Geschäftsleitung die Maßnahmen umschrieben, die sie letzte Woche der Belegschaft auf einer Personalversammlung vorstellte. Über 600 Kollegen kamen ins Volkshaus Rumpenheim, um sich anzuhören, was da verzapft wird. Und die Geschäftsleitung knallt ihnen dann auch nach langem Jammern über die miese wirtschaftliche Lage eine lange Latte von Maßnahmen vor, die jeden treffen.
Es beginnt damit, daß der Stellenplan für 1975 so gut wie gar nicht erhöht wird und alle momentan unbesetzten Stellen schon in diesem Jahr gestrichen werden (ausgenommen höhere Stellen natürlich). Weiterhin werden Umbesetzungen vorgenommen. Dies bringt schon die erste Mehrbelastung in den einzelnen Abteilungen.
Das nächste ist, daß Höhergruppierungen nicht mehr wie in den vergangenen Jahren vor allem als Angleichung der unteren Lohngruppen an die oberen vorgenommen werden, sondern nur noch im Falle des Aufrückens auf eine höhere Stelle.
Weiterhin kommt eine verschärfte Kontrolle der Ausfallzeiten hinzu. "Man wird sich von denen trennen, deren Ausfallzeiten in einem sehr hohen Verhältnis zur Arbeitszeit stehen", d.h. daß in den nächsten Wochen ein schlagartiger Rückgang des Krankheitsstandes zu verzeichnen sein wird, da sich nun jeder Kollege davor hüten wird, als "Krankfeierer" zu gelten.
Die vierte Maßnahme ist aber die einschneidendste: Wegfall aller bezahlten Überstunden. Dies ist ein harter Schlag vor allem für die Kollegen der unteren Lohngruppen. Bis Ende August waren 28 280 Überstunden bezahlt worden, davon 19 700 bei Arbeitern; diese sollen nun völlig wegfallen. Da es gleitende Arbeitszeit gibt, wird nun die Mehrzeit an dem einen Tag durch weniger Arbeitszeit am folgenden Tag ausgeglichen. Das heißt aber für die betroffenen Kollegen Lohnabbau. Das heißt zusätzlich verschärfte Arbeitshetze, denn die Arbeit wird nicht weniger werden, wohl aber die zur Verfügung stehende Zeit, und die Abteilungsleiter werden schon dafür sorgen, daß keine Arbeit liegen bleibt.
Um die Kollegen zu täuschen, sprach die Geschäftsleitung nur von einer etwa 50-prozentigen Kürzung der bezahlten Überstunden, aber jedes Schulkind kann sich an seinen zehn Fingern abzählen, daß bei einer geplanten Reduzierung um 400 000 DM und schon ausbezahlten 442 000 DM von 750 000 DM kein Pfennig mehr überbleibt, im Gegenteil.

M.R., Offenbach

Ausländerdemonstration gegen Kindergeldkürzung

Mannheim. Etwa 500 Menschen, unter ihnen der größte Teil ausländische Arbeiter, demonstrierten am Samstag, den 28. September, in der Mannheimer Innenstadt gegen die geplante diskriminierende Kindergeldregelung für ausländische Arbeiter. Die Demonstration stieß auf äußerst großes Interesse in der Bevölkerung und löste viele lebhafte Diskussionen aus. Die Mannheimer DGB-Führung unterstützte die Demonstration entgegen ihrer Zusage vom Juli in keiner Weise. Im Gegenteil: Der DGB-Kreisvorsitzende Fritz Karg erklärte den Vertretern des Ausländerkomitees gegen die Kindergeldreduzierung Anfang dieses Monats, er sehe keinen Grund, eine Demonstration zu unterstützen, die Kindergeldregelung sei überhaupt nicht diskriminierend. Die DGB-Führung ging sogar so weit, daß sie ausländischen Kollegen mit Gewerkschaftsausschluß gedroht hat, wenn sie an der Demonstration teilnehmen würden. Um so stärker werden wir jetzt in den gewerkschaftlichen Gremien dafür kämpfen, daß entgegen dem Verhalten der DGB-Führung der einheitliche gewerkschaftliche Kampf der deutschen und ausländischen Arbeiter gegen das spalterische Kindergeldgesetz geführt wird.

OG Mannheim

Ausländer - Schuld an der Arbeitslosigkeit?

Bensheim. Beim KVZ-Verkauf vor Zieringer, einem Metallbetrieb in Bensheim, hatte ich mit einer älteren Arbeiterin folgendes Gespräch:
Wir kamen schnell auf die Arbeitslosigkeit, die auch hier sehr hoch ist (vor allem im Baugewerbe) und weiter steigt. In dem Zusammenhang sagte sie, daß daran aber auch die ausländischen Arbeiter schuld seien, weil "sie Arbeitsplätze wegnehmen". Ich hab' dann ein bißchen ironisch gefragt, ob sie schon einen deutschen Arbeiter gesehen hätte, der von einem ausländischen entlassen worden ist. "Natürlich nicht", sagte sie, "aber Tatsache ist, daß für Jeden eine Arbeit da wäre, wenn die nicht kämen." "Arbeit für Alle wäre da, wenn die Produktion nicht vom Profit abhängen würde", meinte ich darauf. "In der Hochkonjunktur kriegen die Kapitalisten den Hals nicht voll und stellen dauernd Leute ein, und da müssen Überstunden geklopft werden. Wenn's dann mit dem Profit nach einiger Zeit nicht mehr wie vorher läuft, dann wird entlassen, und das trifft die deutschen genauso wie die ausländischen Arbeiter." "In der "Bild" stand aber, daß bei den Ausländern weniger arbeitslos sind als bei den Deutschen", sagte sie. "Das stimmt schon, aber bloß in der Statistik. Und zwar kommt das daher, daß viele wieder nach Hause müssen, wenn sie hier keine Arbeit mehr haben. Deswegen werden sie in der Statistik auch nicht als arbeitslos mitgerechnet." – Wir diskutierten noch weiter, wobei ich betonte, daß die ausländischen Kollegen genauso Arbeiter sind wie alle anderen. Die Kapitalisten versuchen aber immer, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Bei Zieringer z.B. so, daß an den übelsten Arbeitsplätzen wie in der Einbrennlackiererei (oft Temperaturen von 5o bis 60 Grad) vor allem Ausländer sind, und daß sie meistens in niedrigere Lohngruppen eingestuft werden. Genauso ist es mit der Geschichte, daß sie an der Arbeitslosigkeit schuld wären. Im Grund genommen hätte ich schon recht, meinte die Frau dann. "Die Spaltung unter den Arbeitern nützt bloß den Kapitalisten", sagte ich zum Schluß. Vollkommen überzeugt war sie wohl noch nicht, aber die KVZ hat sie zum ersten Malgekauft.

–U.B., Bensheim–

Wir müssen die Krankenkasse selbst verwalten

Belegschaft wehrt sich gegen die Zwangseingliederung in die Betriebskrankenkasse Bosch wegen schlechter Leistungen

Waiblingen. Im Mai wurde die Verpackungsmaschinenfabrik Höfliger & Karg, die schon seit 1966 zu 100 % den Bosch-Kapitalisten gehört, auch formal in das Stammhaus Robert Bosch GmbH eingegliedert. Seitdem steht für die 650 Kollegen der Belegschaft die Zwangseingliederung in die Betriebskrankenkasse Bosch bevor. Zunächst entzündete sich der Widerstand gegen die Betriebskrankenkasse wegen ihrer wesentlich schlechteren Leistungen gegenüber der Allgemeinen Ortskrankenkasse Waiblingen, in der die Kollegen seither versichert sind. Doch die Zwangsmethoden, der Druck der Geschäftsleitung und des Vorstandes der Betriebskrankenkasse schafften dann den Kollegen die klare Erkenntnis: Nur einheitlich kann sich die Arbeiterklasse den Krankenschutz verbessern und schließlich das Recht auf Selbstverwaltung der Kassen herstellen.

Zentralisierung für den Profit bedeutet verstärkte Ausbeutung

Im Mai dieses Jahres wurde die Verpackungsmaschinenfabrik Höfliger & Karg (kurz H + K) an das Stammhaus der Robert Bosch GmbH angeschlossen. Bereits 1969 wurde sie von den Bosch-Kapitalisten zu 100 % aufgekauft. Die Aufnahme zusammen mit anderen Firmen der Verpackungsbranche ins Stammhaus und die Bildung eines Geschäftsbereichs "Verpackung" ist ein gewisser Schlußstrich unter betriebswirtschaftliche Maßnahmen, die seit dem Ankauf dieser Fabriken betrieben wurden. Das ganze ist Ausdruck des Zentralisationsprozesses des Kapitals. Die Bosch-Verpackungsfabriken bestreiten nun rund ein Drittel des Umsatzes aller Verpackungsmaschinenfabriken in der BRD.

Seit ihrem Bestehen verfolgte die KBW-Zelle diesen Prozeß, erläuterte den Kollegen die Ursache, die Auswirkungen dieser Zentralisation. Bei den daraus hervortreibenden Verschlechterungen für die Belegschaft begann sie die Empörung und den Widerstand zusammenzufassen und entsprechende Kampfmaßnahmen zu organisieren. So zum Beispiel gegen die erhebliche Zusatzarbeit, die die Einführung der Bosch-Normen mit sich brachte. Diese schufen einen Papierkrieg und die Bürokratisierung einfachster Vorgänge. Eine andere Auswirkung war die schleichende Gleichschaltung der Löhne im Bereich der übertariflichen und persönlichen Zulagen an die "Bosch-Lohnstufen". Diese Anpassung brachte praktisch eine Senkung des Lohnniveaus.

Zwangseingliederung in die Betriebskrankenkasse Bosch (BKK)

Als nun die Eingliederung von H + K in das Stammhaus der Robert Bosch GmbH bekannt wurde, faßte die Zelle die seitherigen Erfahrungen mit den Folgen und Auswirkungen der Zentralisierung und Monopolisierung der kapitalistischen Produktion für die Kollegen zusammen und forderte die Kollegen zur erhöhten Wachsamkeit gegenüber neuerlichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen auf, die dieser Schritt ankündigte. Zunächst konnte die Zelle auf keine sofortigen Folgen hinweisen. Sie ließen aber nicht lange auf sich warten. Die Kollegen, die bislang in der Allgemeinen Ortskrankenkasse Waiblingen pflichtversichert waren, sollten im gleichen Zug mit der formalen Angliederung von H + K an das Stammhaus in die Betriebskrankenkasse Bosch. Stichtag: 1.1.1975. Die Folgen dieser Zwangseingliederung in die Betriebskrankenkasse sprangen sofort ins Auge: In 9 von 10 Leistungsbereichen war die AOK besser. So zahlte sie für eine Zahnprothese 100 %, die BKK nur 90 %. Die AOK bezahlt Genesung, Bade- und Erholungskuren voll, während die BKK nur einen Zuschuß gewährt. Bei Entbindung bezahlt die AOK eine Pauschale von 100 DM, die BKK nur 50 DM usw.

Nur in einem Punkt zahlt die BKK besser als die AOK – beim Sterbegeld! Doch, wenn man die Gesundheit ruiniert hat und an der Schufterei gestorben ist, ist das ein schwaches Trostpflaster für die Hinterbliebenen.

Rasch wurde für ein Informationsblatt die Liste der Leistungen nebeneinandergeklebt, fotokopiert und im Betrieb verteilt. In allen Abteilungen wurden lange Diskussionen geführt. Und immer wieder tauchte die Frage auf: "Wieso können und wollen die uns in die Betriebskrankenkasse zwingen? " Die Vertrauensleute wurden aufgefordert, eine Sitzung durchzuführen. Dazu sollten sie alle notwendigen Unterlagen beschaffen, damit Maßnahmen eingeleitet werden können, um den Verbleib in der AOK zu sichern.

Der Vertrauensleutekörper stimmt gegen die Eingliederung in die BKK

Zu der Vertrauensleutesitzung wurde ein Kollege des Betriebsrates des Boschwerks Waiblingen eingeladen, der Arbeitervertreter in der Vertreterversammlung der BKK ist. Er informierte die Kollegen nochmal über die Leistungen der BKK. Dabei ergab sich kein besseres Bild der Lage. Die Vertrauensleute erhärteten ihren Standpunkt: Wir gehen nicht in die BKK. Ein Kollege schlug vor, einen Musterprozeß zu führen. Das wurde abgelehnt, denn nach den Gesetzen, in diesem Fall nach der Reichsversicherungsordnung von 1911, gibt es keine rechtliche Möglichkeit für den Zwangsversicherten, die Eingliederung in eine Betriebskrankenkasse zu verweigern. Nur die BKK hat die Möglichkeit, auf eine Aufnahme zu "verzichten" (so sind etliche Belegschaften kleiner Bosch-Werke nicht in der BKK, sondern in ihrer örtlichen AOK).

Der BKK-Vorstand und die Geschäftsleitung betreiben die Spaltung – die Belegschaft reagiert mit Einheit

Der zweite Vorschlag eines Vertrauensmannes (ein Meister) war, sich nach einer Ersatzkasse umzusehen. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt, denn in einer Ersatzkasse sind immer nur bestimmte Berufssparten versichert. Sie entspricht also einer ständischen Institution und die Belegschaft wird dadurch gespalten. Während einige wenige sich nicht verschlechtern, muß sich der große Teil doch in die BKK zwingen lassen.

Ein dritter Kollege schlug vor, eine Betriebsversammlung durchzuführen, auf der alle Kollegen informiert werden sollen. Außerdem soll eine Unterschriftenliste herumgehen für die Betriebsversammlung und gegen die Eingliederung in die BKK. Dieser Vorschlag wurde vom Vertrauensleutekörper angenommen und beschlossen, so vorzugehen. Der Betriebsrat wurde beauftragt, für die kommende Woche die Betriebsversammlung vorzubereiten.

In der Zwischenzeit setzte die BKK ihren Apparat in Bewegung. Sie gab die Nachricht heraus, daß die seither vorliegenden Informationen über die Leistungen nicht auf dem neuesten Stand wären und daß die BKK überhaupt die Leistungen in der kommenden Zeit angleichen würde.

Damit versuchte die Geschäftsleitung, den Betriebsrat zu bewegen, die Betriebsversammlung sein zu lassen, weil das Problem ja gegenstandslos geworden sei.

Doch als die Unterschriftenaktion abgeschlossen war und praktisch alle Kollegen bis auf die, die in Urlaub waren, unterschrieben hatten, gab es an der Betriebsversammlung nichts mehr zu rütteln. Alle waren gespannt. Denn das würde keine Betriebsversammlung wie sonst geben, mit einem langweiligen Tätigkeitsbericht des Betriebsrates und einem noch längeren und langweiligeren Geschäftsbericht. Die Sache mit der Krankenkasse betrifft jeden, und der ganze Schwindel ist so offensichtlich, daß jeder sehen wollte, wie der BKK-Chef das unterzujubeln versucht.

Es geht nicht nur um ein paar Mark – es geht ums Prinzip!

Die Debatten unter den Kollegen begannen sich weg zu bewegen von den einzelnen Punkten der Schlechterstellung und auf die Frage auszurichten, wer eigentlich das Geld in die Kassen zahlt, wer es verwaltet und zu welchem Zweck.

Manche Kollegen ließ dabei das Stichwort "Selbstverwaltung" aufhorchen, das die Vertreter der BKK und der Geschäftsleitung gerne ins Spiel brachten, wenn es darum ging, alles als recht demokratisch und rechtschaffen darzustellen. Die Zelle trieb die Diskussion um diese Frage voran. In Gesprächen und in der Betriebszeitung enthüllte sie den Begriff "Selbstverwaltung" für den derzeitigen Zustand der Kassen als eine Phrase.

Die Verwaltung der Krankenkassen wird generell durch die Reichsversicherungsordnung (RVO) von 1911 geregelt. Durch die RVO ist der Spielraum der einzelnen Krankenkassen auf das Minimalste begrenzt. Denn dort ist festgelegt, daß die Leistungen der Kassen "das Maß des Notwendigen nicht überschreiten" dürfen. In der Praxis bedeutet das, daß die ärztliche Hilfe usw. nur so weit geht, daß man wieder arbeitsfähig getrimmt wird und nicht, daß man richtig gesund wird.

Die RVO legt also die Rechte der Vertreterversammlung einer Krankenkasse in diese engen Grenzen. Aber selbst in der Vertreterversammlung ist es nicht so, daß sie aus den Vertretern der Versicherten gebildet wird, wie man das unter diesem Begriff verstehen könnte. Dort haben die Tausende von Versicherten nur die Hälfte der Stimmen, während die andere Hälfte der Stimmen den Kapitalisten gehört. In der AOK ist das ein Häuflein der örtlichen Kapitalisten. In der Betriebskrankenkasse ist es noch extremer, dort vertritt nur einer den Willen der Geschäftsleitung. Det hat soviel Stimmen wie die ganze Belegschaft. Die Folgen dieser paritätischen Mitbestimmung bei den Krankenkassen sind dann so: Wenn die Arbeitervertreter einen Antrag einbringen zur Verbesserung einer x-beliebigen Leistung ist der Antrag abgelehnt, wenn das Häuflein der Kapitalisten dagegen ist, obwohl die Arbeitervertreter geschlossen dafür sind. Denn die RVO legt fest: Bei Abstimmungen mit Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

Ein weiterer Hohn auf die momentane Selbstverwaltung ist die Art und Weise der Wahl der Arbeitervertreter. Dazu legt die RVO fest, daß die Interessenverbände (zum Beispiel Gewerkschaften, Kirchen, Parteien) den Proporz unter sich ausmachen können. Besteht dabei Einigkeit und wird kein Antrag auf die Durchführung der Wahl von einer anderen Interessengruppe gestellt, wird die Arbeitervertreterhälfte in der Vertreterversammlung entsprechend dem Proporz besetzt.

Alle diese Regelungen zeigen: Hier verwalten die Kapitalisten und ihr Staat die Gelder, die sie von unserem Lohn als Krankenversicherungsbeiträge abziehen. Die Arbeitervertreter sind nur eine Zierde. Verbessern können wir unseren Krankenschutz eben nur, wenn wir die Gelder der Kasse tatsächlich selbständig durch ordentlich gewählte Vertreter der Versicherten verwalten lassen. Bezahlen müssen die Kosten für die Krankenversorgung aber voll die Kapitalisten aus ihrem Profit. Denn für sie müssen wir unsere Gesundheit ruinieren. Und solange die Ausbeutung durch Lohnarbeit noch besteht, haben wir nur unsere Arbeitskraft zu verkaufen. Die Kosten für ihre Erhaltung müssen wir von den Kapitalisten erkämpfen.

Der Kampf um das Recht auf Selbstverwaltung der Kassen, die aus den Untermehrprofiten gezahlt werden muß, ist ein **politisches** Recht der Arbeiter. Dieses Recht können sie sich nur insgesamt **als Klasse** erkämpfen und nicht als einzelne Belegschaft. Deswegen ist es notwendig, auch den Kampf darum zu führen, in der AOK und nicht in der BKK versichert zu sein.

Einigkeit der Belegschaft in der Betriebsversammlung

In diesem Sinne argumentierten die Genossen in der Betriebsversammlung. Als die Geschäftsleitung sah, daß ihr die Felle davonschwammen, hetzte sie gegen die Redner, sie würden einen unsachlichen Ton anschlagen. Doch für sie, wie für alle anderen Kollegen, die sich in den Redebeiträgen eindeutig gegen die Eingliederung in die BKK und für den Verbleib in der AOK ausgesprochen haben, spendete die Belegschaft lautstarken Beifall.

Zwar konnte die Geschäftsleitung verhindern, daß noch in der Betriebsversammlung eine Abstimmung durchgeführt wurde, die dem BKK-Vorstand gezeigt hätte, wie entschieden die Kollegen sind. Es konnte aber der Betriebsrat unter starkem Beifall beauftragt werden, eine schriftliche Abstimmung in den nächsten Tagen durchzuführen, um auch die Meinung der Kollegen, die bei der Unterschriftenaktion im Urlaub waren, zu erfassen.

Das Ergebnis: Von 252 abgegebenen Stimmen waren 248 gegen die Übernahme, 3 dafür und 1 ungültig. Daraufhin schrieb der Betriebsrat einen Brief an den BKK-Vorsitzenden und an die 25 Arbeitnehmervertreter. In ihm fordert er die Vertreterversammlung der BKK auf, die Haltung der H + K-Kollegen zur Kenntnis zu nehmen und gegen eine Aufnahme der Belegschaft von H + K in die BKK zu stimmen, zu der sie ja ohne weiteres die Möglichkeit haben.

Der Sieg ist noch nicht errungen

Einige Zeit später kam ein Antwortschreiben von Dr. Waldraff, dem BKK-Chef, aus dem folgendes zu zitieren ist:

Man könne "der Meinungsumfrage keine wesentliche Bedeutung zumessen, da weder die Abstimmungsberechtigung der befragten Personen noch das Verfahren und die Art der Durchführung bekannt sind".

Daraufhin beschloß der Vertrauenskörper in seiner Sitzung nun eine Delegation in die entscheidende Sitzung der Vertreterversammlung zu entsenden, die den dortigen Kollegen und den Herren der Geschäftsleitung die Haltung der Höfliger-Belegschaft erläutern sollen.

Im Lauf dieses Kampfes gewann bei den Kollegen die Einsicht immer mehr an Breite:

Wenn die Bosch-Kapitalisten so hartnäckig auf der Eingliederung in die BKK bestehen, dann muß es ihnen nur Nutzen bringen. Und was denen Nutzen bringt – bringt uns Schaden. Wir müssen die Kassen eben selbst verwalten.

–e.k., Betriebszelle Bosch–

Bremer Arbeiterjugend setzt sich gegen Entlassungen zur Wehr

Bremen. Ende August sind bei der Bremer Werkzeug- und Maschinenbau drei Lehrlinge fristlos entlassen worden. In der Begründung hieß es: "In der letzten Woche sind Sie gegenüber ihren Vorgesetzten in einer derart provozierenden Form aufgetreten, daß Ihre Ausbilder es strikt ablehnen, Sie weiter auszubilden. Notwendige Anordnungen unseres Ausbildungsleiters haben Sie ignoriert. . . Der Betriebsfrieden war durch Ihre Versuche, insbesondere unter den Auszubildenden Unruhe zu stiften, ernsthaft gestört."

Was haben die drei jungen Kolleginnen getan?

Ihr Vergehen bestand darin, daß sie sich an eine von einem böswilligen Gehirn ausgedachte Regelung nicht halten wollten, nach der die Lehrlinge nach Lehrjahren getrennt stempeln sollten, eine Regelung, die von vornherein darauf angelegt war, die Lehrlinge zu schikanieren und böses Blut zu schaffen. Offenbar hatte sich die Betriebsleitung das ausgedacht, um die Lehrlinge zu ducken und die Rebellen unter ihnen ausfindig zu machen. Die drei Entlassenen haben nach Betriebsschluß einfach auf einer freien Stempeluhr gestempelt, weil ihnen diese Schikane zu lächerlich vorkam.

Die "notwendige Anordnung" war also nichts als eine pure Gehässigkeit. Den Betriebsfrieden sollen die Entlassenen gestört haben. Nun, tatsächlich hat eine der jungen Kolleginnen während des Metallerstreiks eine Solidaritätsresolution von etwa 30 Lehrlingen verteilt, in der auch das Streikrecht für die Lehrlinge gefordert wurde. Wessen Frieden wird gestört, wenn Lehrlinge den Kampf ihrer älteren Kollegen unterstützen? Sind die Arbeiter auf Frieden mit denen aus, die ihnen täglich das Fell über die Ohren ziehen? An dieser Art Frieden sind nur die interessiert, die die Rebellion der Arbeiter zu fürchten haben.

Wenige Tage später haben dieselben BWM-Kapitalisten eine weitere junge Kollegin entlassen, weil sie zu den Jugendvertreterwahlen ein Programm verteilt und auf der Betriebsversammlung gegen die Betriebsleitung aufgetreten war.

Daß das Vorgehen der BWM-Kapitalisten keine Einzelaktion war, wurde klar, als dann auf der AG Weser zwei Lehrlinge und zwei Jugendvertreter fristlos entlassen wurden. Der Anlaß: Die vier hatten sich geweigert, eine Jugendversammlung zu verlassen, obwohl sie schon 18 sind. Jugendliche über 18 dürfen nämlich nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht an Jugendversammlungen teilnehmen. Der Gesetzgeber hat sich hier etwas besonders Feines ausgedacht. Obwohl viele über 18 noch in einer Lehre stecken, sollen sie nicht an Jugendversammlungen teilnehmen. Man will die Erfahreneren von den Jüngeren trennen, um diese besser stillhalten zu können. So das Gesetz. Tatsache ist aber: Die jungen Arbeiter haben sich nie viel darum gekümmert, und die Betriebsleitung war bisher gezwungen, das zu dulden. Jetzt also soll das Gesetz herhalten, um ein paar unbequeme Leute aus dem Betrieb zu feuern.

Die Lehrlinge haben diese üblen Attacken auf acht ihrer Kollegen mit Recht als Angriff auf die gesamte Bremer Arbeiterjugend verstanden und sich zur Wehr gesetzt. An der Berufsschule sind in vielen Klassen Protestresolutionen verabschiedet worden, ebenso haben sich zwei Schülerringe geäußert. Auch unter den Lehrern stoßen die Willkürentlassungen der Kapitalisten auf Ablehnung. Trotz der Entlassung können die jungen Kollegen weiter am Unterricht teilnehmen.

Jugendvertretungen mehrerer Großbetriebe haben gegen die Entlassungen Stellung genommen und ihre Kollegen im Betrieb informiert, so die Jugendvertretungen vom Bremer Vulkan, Klöckner, AG Weser, LDW, Bundesbahn-Ausbesserungswerk, VFW, Geerdts & Co. Die Jugendvertretung von Klöckner organisierte eine Jugendversammlung, auf der die Entlassenen Stellung nehmen konnten.

Um die bisherige Solidaritätsbewegung zusammenzufassen, sie zu vertiefen und ihr eine einheitliche praktische Stoßrichtung zu geben, rief der Gesamtschülerring das Berufsbildungszentrums auf zu einer Versammlung der Bremer Arbeiterjugend am 26. September. Die Vorbereitungsgruppe legte frühzeitig eine Resolution vor, die die bisher entwickelten Forderungen zusammenfaßte:

Sofortige Zurücknahme der Kündigungen!

Unkündbarkeit der Jugendvertreter!

Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb!

Rund 140 Arbeiterjugendliche berieten auf dieser Versammlung die politische Bedeutung der Entlassungen und die notwendigen weiteren Schritte. Eine Reihe von Jugendlichen trat auf der Versammlung auf und unterstützte den Aufruf und die Resolution des Gesamtschülerrings, indem sie vom Elend ihrer Ausbildung berichteten und von ihrer gedrückten Lage im Betrieb; sie hoben hervor, daß die Arbeiterjugend den Kampf um die Rechte des Zusammenschlusses und der freien politischen Betätigung führen muß, wenn sie den Klassenkampf gegen ihre Ausbeuter aufnehmen will.

Von den eingeladenen Kapitalisten und ihrem Anhang erschien niemand. Sie nahmen wohl zu Recht an, daß auf einer solchen Veranstaltung kein offenes Ohr für ihren Schmus zu bekommen sei. Von den eingeladenen politischen Parteien trat nur der KBW auf, der die vorgelegte Resolution unterstützte. Die SDAJ erklärte zwar ihre Solidarität, machte auch gegen die Resolution keine Einwände; konnte sich aber aus "prinzipiellen Gründen" an der Aktionseinheit nicht beteiligen. Es ist äußerst schädlich, wenn man den eigenen Parteiladen über die Interessen der Arbeiterjugend stellt und so die notwendige Einheit aufs Spiel setzt! Das ist ganz gewiß nicht die 70-jährige Tradition der Arbeiterjugendbewegung, die die SDAJ gerade in diesen Tagen völlig zu Unrecht für sich in Anspruch nehmen will. Als führende Kraft in der Herstellung einer einheitlichen Kampffront hat sich der KAJB erwiesen.

Zum Abschluß der Versammlung wurde gegen 11 Gegenstimmen die Resolution verabschiedet, in der es unter anderem heißt:

"Wir erklären: Diese Kündigungen von Lehrlingen sind ein Angriff auf die gesamte Arbeiterjugend und darüberhinaus auf die gesamte Arbeiterklasse. Die Bremer Kapitalisten suchen damit die wenigen Rechte der Arbeiterjugend weiter einzuschränken und aufzuheben, um sich die Arbeiterjugend gefügig zu machen und die ungestörte Ausbeutung für die Zukunft zu sichern."

Nach Beschluß der Versammlung findet am Donnerstag, den 3. Oktober, eine Demonstration zum Sitz der Bremer Kapitalisten statt. H.K., Bremen

Druckfehlerberichtigung

In KVZ Nr. 19, Seite 7: "17 % Arbeitslosigkeit beim Arbeitsamt Erbach" muß es heißen: "1,7 % Arbeitslosigkeit beim Arbeitsamt Erbach". KG Erbach/Michelstadt

Zum 25. Jahrestag der Gründung der DDR

Eine neue bürgerliche Klasse ist an der Macht

Die DDR wird in diesen Tagen 25 Jahre alt. Statt eines Artikels drucken wir eine Auseinandersetzung mit einem alten Genossen ab, der seit über fünfzig Jahren als Revolutionär in den Reihen der Arbeiterklasse kämpft und der die DDR gegen seiner Auffassung nach ungerechtfertigte Angriffe verteidigt. Dabei wendet sich der Genosse W.O. gegen Artikel von Genossen aus der DDR in der KVZ Nr. 11. Die Genossen hatten das Prämiensystem in der DDR kritisiert. Einmal, indem sie berichteten, wie eine Brigade, die ohne Prämiensystem arbeitete, Material und Arbeitszeit verschwendet und sich vor der Kontrolle von oben versteckt. Das andere Beispiel, wie eine Brigade, die im Prämiensystem arbeitete, Wände hochzog, ohne die Kollegen abzuwarten, die das Heizsystem legen sollten, so daß der halbe Bau wieder abgerissen werden mußte. Die Genossen in der DDR führten diese Verhältnisse und die wachsende Konkurrenz unter den Arbeitern darauf zurück, daß in der DDR nicht die Arbeiter die Macht ausüben und Demokratie für die werktätigen Massen nicht existiert. (Siehe auch Artikel Seite 1)

Der Brief des Genossen W.O.:
In der DDR gibt es soziale Errungenschaften, die in Westdeutschland fehlen

Bremen, den 20. Juli 74

Wenn ich erst heute auf den Artikel in der Ausgabe Nr 11 vom 29. Mai zurückkomme, so aus folgenden Gründen: Ich hoffte, daß andere Leser oder Genossen dazu Stellung nehmen würden. Als Begründung zu der angesagten Artikelserie wurde im Vorwort darauf verwiesen, daß die Genossen beim Verkauf der Zeitung von bestimmter Seite angepöbelt würden mit den Worten: "Geht doch nach drüben! Wir wissen, was die Kommunisten wollen, das sieht man ja drüben."

Dazu ist zu sagen, daß die Menschen, die so reagieren, bestimmt keine Sympathisanten der Arbeiterbewegung sind, denn sie wiederholen nur die Schlagworte, die sie aus der Bild-Zeitung oder sonstigen reaktionären Publikationen beziehen. Es ist sehr leicht, mit diesen Leuten ins gleiche Horn zu stoßen. Schwerer ist es natürlich für Kommunisten, zum Gegenangriff überzugehen. Ich glaube nicht, daß wir als Kommunisten die Aufgabe haben, die negativen Vorkommnisse in der DDR in den Vordergrund zu stellen. Es gibt in der DDR auch positive Dinge, die bestimmten Kreisen in Westdeutschland nicht ins Konzept passen. Ich denke z.B. an die Fortzahlung des Lohnes im Krankheitsfalle, die wir in der Bundesrepublik erst durch lange Streiks erreichen konnten, was in der DDR schon lange selbstverständlich war, sowie an die ärztliche Versorgung in Betrieben und Wohngebieten, die vollständige unentgeltliche Versorgung mit Medikamenten, Zahnprothesen usw.

Den Kampf um die Schwangerschaftsunterbrechung sowie die unentgeltliche Verabreichung der Pille führen wir in der Bundesrepublik schon jahrelang, während dies drüben schon selbstverständlich ist. Auch der billige Urlaub in den Ostseebädern oder im Gebirge in Häusern, die früher nur der Bourgeoisie vorbehalten waren, ist heute für den Gewerkschafter und seine Familie Selbstverständlichkeit. Auch ein positives Argument ist die Unterstützung, die eine Mutter bei der Geburt ihres Kindes bekommt. Sie erhält 1 000 Mark und 16 Wochen bezahlten Urlaub. Die Unterbringung der Kinder in Heimen, deren Kosten durch Betrieb und Staat getragen werden, ist meiner Ansicht nach auch nicht negativ zu werfen.

Der Schreiber des Vorwortes sollte wissen, daß man in der DDR nicht vom Aufbau des Kommunismus spricht, sondern von der ersten Stufe, dem Weg zum Sozialismus, wie er von der SED verstanden wird, mit all seinen Fehlern, Mängeln und Schwierigkeiten, die in der Struktur des Landes liegen (Rohstoffmangel, westlicher Einfluß durch Fernsehen und Rundfunk).

Nun zu dem sogenannten Korrespondentenbericht aus der DDR. Der sogenannte Berichter, der uns im Vorwort als Kommunist hingestellt wurde, mokiert sich darüber, daß am 1. Mai beschlossen wurde, Damenstrumpfhosen und Modeartikel im Preis herabzusetzen. Warum verschweigt er, daß zur gleichen Zeit die Preise für Fernseher, Radios und Kühlschränke gesenkt worden sind? Diese Preissenkung ist ja eine Erhöhung der Kaufkraft der Werktätigen.

Auch moniert er, daß man Prämien für besondere außerordentliche Arbeitsleistungen in Metallbetrieben, Bergbau und Krankenhäusern gibt. Der Berichter schreibt, daß die Führung der DDR (SED) ihre Hauptaufgabe darin sieht, das materielle Lebensniveau der Bevölkerung zu steigern, und behauptet, dies wäre eine bürgerliche Linie. Wenn ein Staat seine Bevölkerung* mit Konsumgütern beliefern will (Hebung des materiellen Lebensniveaus), dann muß naturgemäß die Produktion gesteigert werden (wo sollen sonst die Güter hergenommen werden?); und da wir Kommunisten uns auf Marx berufen, wissen wir, daß im Sozialismus jeder danach entlohnt wird, was er der Gesellschaft an Leistung gibt, oder wörtlich nach Marx: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung." Wo liegt da der Widerspruch, wenn Arbeiter, die der Gesellschaft mehr geben, auch mehr bekommen? Denn das Resultat der Arbeit kommt ja letzten Endes der Bevölkerung zugute. Oder glaubt der Schreiber, daß Honecker oder sonstige Funktionäre die Produkte allein für sich verbrauchen?

Um auf das Beispiel des Verhaltens der Arbeiter im Wohnungsbau der DDR einzugehen, muß man sich folgendes vor Augen halten: Der Schreiber behauptet, daß die Arbeiter in der DDR, die keine Prämie erhalten, schlecht arbeiten und so den Aufbau sabotieren. Er ist gegen Prämien. Wie glaubt er, diesen Übelstand abzustellen, wenn er zur gleichen Zeit behauptet, daß auf einer anderen Arbeitsstelle diejenigen, die Prämien bekommen, wühlen, ohne Rücksicht darauf, ob sie durch ihre Arbeit der Bevölkerung Schaden zufügen? Auch das wäre Sabotage. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiter in der DDR nicht schlechter sind als die Arbeiter in der Bundesrepublik. Wenn wir hier die Arbeiter auf dem Bau wühlen sehen, die doch wissen, daß ihre Arbeit den Bau-Hyänen Nutzen bringt, wäre es interessant zu wissen, wie dieser Widerspruch zu erklären ist, wenn der Schreiber recht hätte. Oder ist es so, daß man hier Angst um den Arbeitsplatz hat, der in der DDR gesichert ist?

Wenn, wie der Berichter behauptet, die Unterdrückung der Arbeiter in der DDR so stark wäre, dann bewundere ich den Mut der Arbeiter, die es wagen, unter diesen Verhältnissen den Aufbau zu sabotieren. Ich bin überzeugt, daß beim Aufbau der Sowjetunion unter Stalin solche Sabotagen für die Beteiligten nicht ohne Folgen geblieben wären, oder weiß der Berichter etwas Näheres darüber? Warum bringt der Schreiber nicht den Mut auf, solche Vorkommnisse öffentlich in der DDR anzuprangern, oder hat er Angst vor Repressalien? Wenn es so ist, sollte er schweigen oder sich ein Beispiel an den Kommunisten in Westdeutschland nehmen, die durch ihre Arbeit ihre wirtschaftliche Existenz und persönliche Freiheit aufs Spiel setzen, weil sie gegen Unrecht und Unterdrückung im kapitalistischen System auftreten.

Ich bin der Meinung, daß der Berichter nicht aus eigener Erfahrung diese Fälle kennt, sonst würde er, was ja notwendig wäre, berichten, an welcher Baustelle sich diese Fälle ereignet haben; wer, wo und wann sich Zement unter den Nagel gerissen hat, sonst kommt der Schreiber leicht in den Verdacht, mit der Wahrheit leichtsinnig umzugehen und nicht aufbauend, sondern herabsetzend seine Berichte zu schreiben.

Sollte mein Artikel nicht so geschliffen sein, so bitte ich zu berücksichtigen, daß ich mein Studium nicht auf Universitäten, sondern in 50-jähriger Praxis in Betriebsarbeit, Illegalität, Zuchthaus und Konzentrationslager absolviert habe.

Mit kommunistischem Gruß
W.O., Bremen

Antwort an den Genossen W.O.:
Die entscheidende Frage ist die Frage nach der politischen Macht

Lieber Genosse W.O.,

Meiner Auffassung nach besteht die Aufgabe der westdeutschen Kommunisten weder darin, als Verteidiger der Verhältnisse in der DDR aufzutreten, noch sind wir hier in Westdeutschland die Vorkämpfer zu ihrer Veränderung. Unsere Aufgabe besteht darin, die Klassenverhältnisse in der DDR genau zu beschreiben und die Entwicklung dieser Verhältnisse zu erklären. Daß dabei "negative Vorkommnisse" im Vordergrund stehen, ist nicht zu vermeiden, denn was in der DDR stattfindet, ist die Restauration des Kapitalismus; und wenn Du das Land vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus charakterisieren willst, so kann man an diesem Vorgang beim besten Willen keine positiven Seiten entdecken.

Deswegen kann man jedoch nicht die Berichterstattung über die DDR bleiben lassen. Und man kann ganze gesellschaftliche Klassen auch nicht belügen. Das erlebt die DKP in Westdeutschland, die den westdeutschen Arbeitern die DDR als eine Art Arbeiterparadies oder doch zumindest als einen Staat, in dem die Arbeiter die Macht haben, vorzustellen versucht und dabei kläglich Schiffbruch erleidet. Die immer wieder uns entgegengehaltene Aufforderung "Geht doch nach drüben!" und "Wir wissen, was die Kommunisten wollen; das sieht man ja drüben!", diese Redewendungen sind nicht nur ein Echo auf die Hetze der bürgerlichen Presse in Westdeutschland. Darin sind auch Erfahrungen von einigen Millionen Arbeitern und Angestellten eingeflossen. Darüber kommt man nicht hinweg, indem man auf die eine oder andere soziale Errungenschaft hinweist, welche die Arbeiter in der DDR genießen. Solche sozialen Errungenschaften gibt es auch in anderen Länder, wo wir uns sicher schnell einig werden können, daß es keine sozialistischen Länder sind.

An der einen oder anderen sozialen Errungenschaft, welche die Arbeiter sich haben erkämpfen können und die sie zu verteidigen verstehen, kann man also über den Charakter der gesellschaftlichen Ordnung nichts ausmachen. Es ist sogar so, daß die westdeutsche Bundesregierung in den von ihr herausgegebenen "Materialien zur Lage der Nation" genau so vorgeht, wie Du es im Grunde vorschlägst, und den Lebensstandard der Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik vergleicht, weil sie sicher sein kann, dabei – alles in allem genommen – immer noch besser abzuschneiden.

Die entscheidende Frage, welche Klasse in der DDR heute die politische Macht ausübt, stellst Du aber gar nicht. Dabei ist es doch eine gesicherte Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß in der Übergangsphase zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus und nach dem Sturz der politischen Herrschaft der bürgerlichen Klasse die ganze Entwicklungsrichtung der Gesellschaft davon abhängt ob die Arbeiterklasse die politische Macht zu behaupten vermag, um ihre sozialen Interessen Schritt für Schritt durchzusetzen. Ohne politische Herrschaft des Proletariats gibt es keinen Schritt vorwärts zum Kommunismus.

Der Verlust der politischen Macht bedeutet vielmehr, daß zwangsläufig Schritte zurück zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen unternommen werden. Das ist auch auf der Grundlage des formell zunächst erhaltenen oder – wie in der DDR in den letzten Jahren – sogar erweiterten Staatseigentums an den Produktionsmitteln möglich. Es spielt sich diese Rückverwandlung ab in der Form wachsender Selbständigkeit der einzelnen Betriebe, nicht als Produktionsstätten mit weitreichender Selbstverwaltung der Produzenten, sondern als Warenlieferanten für den Markt. Anstelle der gemeinsam vorgenommenen Planung, wo jeder Einzelne zum bewußten Träger der gemeinsamen Zielsetzungen wird, tritt wieder die Produktion für die Maximierung des Profits, und der Arbeiter wird erneut zum Werkzeug, das angewandt wird zwecks Erzielung von Gewinn. Und er muß sich dann auch wieder verhalten wie jeder Arbeiter im kapitalistischen Betrieb auch, der durch Prämien- und Akkordsysteme oder durch die Antreiberei der Unteroffiziere des Kapitals in Trab gehalten wird. Er liegt wieder in Konkurrenz mit dem Käufer seiner Arbeitskraft, der möglichst viel davon in gegebener Zeit flüssig machen will, während der Arbeiter mit seinem einzigen Besitztum, mit der Arbeitskraft, sparsam umgehen muß, um sie nicht vorzeitig zu verschleißen. In dem Artikel der Genossen aus der DDR ist genau dieses Ergebnis der Wiederherstellung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf einer Baustelle beschrieben: Entweder wird auf die Prämie hin gearbeitet, und dabei werden Schäden für den Gesamtbau in Kauf genommen. Oder es wird nicht für Prämie gearbeitet, und die Arbeiter versuchen, der Kontrolle zu entkommen.

Es ist sicher richtig, daß im Sozialismus die Arbeit nach Leistung bezahlt wird, statt daß wie im Kapitalismus nur der Wert der Ware Arbeitskraft entgolten wird. Aber in dem von den Genossen beschriebenen Fall auf der Baustelle in der DDR hat die Zahlung einer Prämie allein die Bauarbeiter nicht von der Verschwendung von Baumaterial und Zeit abhalten können. Vielmehr haben die Arbeiter, die angesprochen wurden nur in ihrem Privatinteresse, einen guten Preis für ihre Arbeitskraft zu erzielen, sich auch konsequent als Privatleute verhalten. Sie haben sich verhalten als die Besitzer einer Ware, der Arbeitskraft, für die man herausschlägt, was der Markt hergibt, und die an der Fertigstellung und Qualität des Produkts, das sie auf Kommando ihres Anwenders herstellen, kein Interesse nehmen. Anders könnten sie nur dann herangehen, wenn die Bautätigkeit ihre Sache wäre, wenn sie als Kollektiv Träger des Plans wären und ihn wohlabgestimmt untereinander als ihr gemeinsames Werk durchführten.

Ohne breiteste Demokratie für die Massen ist der Aufbau des Sozialismus unmöglich

Eine solche Einstellung zur Arbeit werden die Arbeiter aber vernünftigerweise nur entwickeln, wenn sie wissen, daß sie für sich und ihre Klasse arbeiten und für niemand anderen. Und da die Masse der Produktionsmittel in der DDR Staatseigentum ist, werden sie eine solche Einstellung im großen Maßstab nur an den Tag legen, wenn sie davon ausgehen können, daß der Staat ihr Staat ist, mehr noch, daß sie selber es sind, die vermittels dieses Staates und seiner Formen als herrschende Klasse organisiert sind und es ihr Wille ist, der zum Tragen kommt. Umfassende Demokratie für die arbeitenden Massen, das ist deshalb unabdingbare Voraussetzung, wenn die Arbeiterklasse ihre Macht als Klasse soll ausüben und behaupten können, und wenn sie die Produktion nach ihrem Willen gestalten will. Ohne umfassende Demokratie für die arbeitenden Massen kann sich der Wille der Arbeiterklasse zu den verschiedenen Fragen nicht herausbilden.

Nur innerhalb einer umfassend demokratischen Staatsverfassung, die sich orientiert am Vorbild der Pariser Kommune, kann die Kommunistische Partei die Massen im Aufbau des Sozialismus führen als Erzieherin der Massen, die selbst von den Massen erzogen wird. Anders muß der sozialistische Aufbau scheitern, weil er nicht das bewußte Werk der Massen selbst ist.

Nur im Sozialismus wird der Arbeiter zum Beherrscher der Produktion

Recht hast Du nur darin, daß man es nicht als "bürgerliche Linie" bezeichnen kann, wenn versucht wird, das materielle Lebensniveau der Bevölkerung zu steigern. Bürgerlich wird die Sache nur dann, wenn die Menge der Konsumgüter, die dem Arbeiterhaushalt zur Verfügung stehen, gesteigert wird, ohne daß die Arbeiter auch nur einen Schritt weiter kämen in der Herrschaft über die Produktion. Und das ist der Vorwurf, den die Genossen aus der DDR gegen die dortigen Zustände erhoben haben. Denn Erweiterung des Umfangs der Konsumgüter, die der Arbeiterfamilie zur Verfügung stehen, das kann zuweilen auch die bürgerliche Gesellschaft leisten. Was jedoch die bürgerliche Gesellschaft niemals vermag und was erst im Sozialismus möglich ist: daß sich die Arbeiterklasse zum Herrn ihres Geschicks macht. Daß sie damit ihre Abhängigkeit, ihre dauernde Unsicherheit und die Gedrücktheit ihrer Lage überwindet. Die Arbeiterklasse kann sich zum Herrn ihres Geschicks machen und zum Herrn der ganzen Gesellschaft, wenn sie im Klassenkampf die politische Macht erobert und wenn sie die in ihren Händen liegende politische Macht zur Fortsetzung des Klassenkampfes benutzt, um im Widerstand gegen bürgerliche Kräfte und Anschauungen die ganzen bisherigen Produktionsverhältnisse und die darauf sich gründenden Ideen umzuwälzen.

In der ganzen Geschichte der DDR ist kein einziges Mal der Kampf zur Entfaltung der produktiven Kräfte der Gesellschaft als **Massenkampf** zugleich gegen die feindliche bürgerliche Klasse und ihre Anhängerschaft geführt worden. So sind auch die entsprechenden politischen Organe, mittels derer die Massen solche Kämpfe hätten ausfechten können, nicht entstanden. Es existieren keine Räte, wie sie kennzeichnend waren für alle Arbeiterrevolutionen seit der Pariser Kommune. Es existiert auch nichts Vergleichbares zu den Revolutionskomitees, die in der chinesischen Kulturrevolution geschaffen wurden. Vergleichbare Gliederungen wie die Volkskommunen, die sowohl wirtschaftliche als auch politische Einheiten darstellen, sind in der DDR unbekannt. Es fehlen also alle **politischen** Formen, in denen die Massenaktivität sich entfalten könnte und in denen eine kommunistische Partei sich täglich neu vor dem Urteil der Massen zu bewähren hätte.

Die politischen Aktivitäten der Massen sind von vorneherein kanalisiert in der DDR und in parlamentarische Bahnen gelenkt. Das hat die DDR mit allen anderen bürgerlichen Staaten gemeinsam. Und eine revolutionäre kommunistische Partei, die sich gegen diese Verhältnisse bilden wollte, sieht sich vor vorneherein in die Illegalität gedrängt. Zugelassen ist politisches Leben nur insoweit, als es sich im Rahmen der Parteien der Nationalen Front vollzieht, die bei Wahlen sich als geschlossener bürgerlicher Block dem Wähler entgegenstellen. Es gibt also nicht einmal die Kollisionen zwischen bürgerlichen Parteien, wie sie für parlamentarische Herrschaftssysteme der bürgerlichen Klasse kennzeichnend sind und den Massen Stoff zum Lernen bieten.

So ist eine selbständige politsche Masseninitiative in der DDR fast vollständig ausgeschaltet und durch die Tätigkeit einer neuen bürgerlichen Klasse ersetzt, die aus den Spitzen von Partei, Staatsfunktionären und Wirtschaftskadern erwächst. Diese verfügt als sich bildende neue bürgerliche Klasse über die Produktionsmittel und wendet die Arbeitskraft der werktätigen Massen an.

Die Masseninitiative in der DDR muß sich gegen die politischen Einrichtungen in der DDR revolutionär Bahn brechen und die neue bürgerliche Klasse stürzen. Ihre ersten Keimformen sind von den Staatsorganen der DDR von vorneherein unter Verbot gestellt.

Deshalb ist es auch nicht möglich, den Genossen in der DDR zu sagen, sie sollten doch dort öffentlich die Anklage gegen schlechte Zustände führen und mit ihrem Namen dafür eintreten. Wenn Du für jede solche politische Aktivität unverzüglich ins Loch wanderst, ist das gewiß kein guter Ratschlag an die Genossen. Richtig ist, daß die Kommunisten in der DDR darauf hinarbeiten müssen, öffentlich die dortigen Verhältnisse anprangern zu können und eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die auf deren Umwälzung hinarbeitet. Jeder Fortschritt im Klassenkampf in der DDR bringt nicht nur die Arbeiterklasse dort ihrer Befreiung näher. Er ist von Bedeutung für die ganze internationale Arbeiterbewegung und den Kampf der unterdrückten Völker. Von besonderer Bedeutung aber ist jeder solche Fortschritt für die westdeutsche Arbeiterklasse. Das Bild vom Kommunismus ist in der westdeutschen Arbeiterklasse und im westdeutschen Volk weitgehend durch die DDR geprägt. Es hilft den Kommunisten in Westdeutschland nur begrenzt, wenn sie erklären, mit der DDR nichts zu tun zu haben und die dortigen Zustände für bürgerliche Zustände zu halten. Ein offenes Auftreten der Arbeiterklasse in der DDR gegen die dort herrschenden Verhältnisse und gegen die neue bürgerliche Klasse, die von ihnen profitiert, schafft auch den revolutionären Kräften in Westdeutschland günstige neue Möglichkeiten.

Soweit sind die Klassenkämpfe in der DDR noch nicht entfaltet, wodurch unsere Lage gegenüber der Flut revisionistischer Verzerrungen und Lobhudeleien über die DDR schwieriger ist. Es wäre aber völlig falsch, deswegen mit unserer prinzipiellen Position gegenüber den Verhältnissen in der DDR hinter dem Berg zu halten.

– W. Maier –

Landtagswahlen: bürgerliche Parteien halten der öffentlichen Überprüfung nicht stand

Juso-Wahlkampf in Frankfurt

Der Meinungskampf hat im Wahlkampf gewaltig an Breite und Tiefe zugeommen

Die Jusos in Frankfurt dürfen im hessischen Landtagswahlkampf allerhand "Systemüberwinderei" von sich lassen. So kleben sie z.B. Plakate mit dem Text "Eigentum verpflichtet – zur Ausbeutung". Oder sie verteilen kostenlos in hoher Auflage Broschüren mit Titeln wie "Stimmt unser Wirtschaftssystem? ".
Der Grund, warum die Jusos heute in Frankfurt solchen Lärm machen dürfen, während sie doch überall sonst ducken müssen, liegt darin, daß die offizielle SPD-Regierungspolitik im hessischen Landtagswahlkampf überhaupt kein Interesse für ihre Reklamesprüche mehr wecken kann.

Dasselbe Bild auf fast allen SPD-Veranstaltungen in Frankfurt: Außer einer Handvoll Mitglieder des jeweiligen SPD-Ortsvereins erscheint kaum jemand, manchmal sogar überhaupt niemand, wie kürzlich beim Umweltminister Krollmann. Und wenn es fünf- bis sechshundert sind, wie beim Kultusminister Friedeburg, dann hagelt es Kritik, aber keine Hand rührt sich zum Beifall, wenn Friedeburg seine berühmten Seifenblasen losläßt.
Die einzigen Sozialdemokraten, die in Frankfurt noch ein begrenztes Interesse wecken können, sind die Jusos. Die Frankfurter SPD, über die Methoden des Volksbetrugs heftig zerstritten, läßt die Jusos an der langen Leine laufen, wenn sie nur Stimmen bringen.
So dürfen sie also noch einmal laut gegen Kapital und Reaktion wettern – immer haarscharf an der eigenen Regierung vorbei! Zum Beispiel wird in der Broschüre "Stimmt unser Wirtschaftssystem? " zu Beginn kühn festgestellt: "Das Modell 'Soziale Marktwirtschaft' ist tot. Es hat niemals funktioniert." In Wirklichkeit – so wird weiter dargelegt – schalteten in allen wesentlichen Industriezweigen Monopole und Kartelle die "freie Preisbildung" aus.
In der Broschüre der Jusos wird die tägliche Ausbeutung im Betrieb nicht erwähnt. Aller Reichtum der Gesellschaft wird aus der lebendigen Arbeitskraft, aus Hirn und Muskeln von Millionen von Lohnarbeitern herausgeschlagen, und während der Warenreichtum in der Hand der Kapitalisten überquillt, wird die Arbeitskraft der Arbeiter und übrigen Lohnabhängigen zugrundegerichtet. Dies ist die Grundlage "unseres Wirtschaftssystems", der kapitalistischen Ausbeuterordnung, denn von der Ausbeutung der Arbeitskraft von Millionen Lohnabhängigen lebt die ganze Kapitalistenklasse überhaupt nur, "umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler". (Programm des KBW, Seite 12)
Für die Jusos dagegen reduziert sich die kapitalistische Ausbeutung auf "überhöhte" Profite und Preise und "zu niedrige" Löhne. Schuld daran soll die CDU/CSU sein, die die "soziale Marktwirtschaft" zugrundegerichtet hat.
Jetzt sollen staatliche Kontröllen die Macht und den Übermut der Monopole zügeln. "Betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung", "Lenkung und Kontrolle der Investitionen", "Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle von Banken und Schlüsselindustrien" sollen schließlich sogar den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum "-demokratischen Sozialismus" bewerkstelligen – wie es weiter in der Juso-Broschüre heißt.
Es ist klar: Wenn die kapitalistische Ausbeutung nur noch in "überhöhten" Preisen und Profiten einer Handvoll Monopole besteht, dann kann man so tun, als würde eine Handvoll Jusos in den Aufsichtsräten die Lage zum Bessern wenden können.

Das Programm der Arbeiterklasse sieht anders aus, weil die Wirklichkeit anders aussieht. Es geht nicht darum, "überhöhte" Profite zu beseitigen, sondern darum, das ganze System der Profitmacherei wegzufegen, worin Millionen placken und ihre Lebenskraft verausgaben müssen, um einer schmarotzenden Bourgeoisie ein Leben in Reichtum voll "Stil" und "Kultur" zu ermöglichen.
Dazu muß die Arbeiterklasse nicht ein paar angeblich ihr wohlgesonnene Politiker in die Aufsichtsratsgremien der kapitalistischen Unternehmen entsenden. Ebensowenig nützt es der Arbeiterklasse, wenn Banken und Schlüsselindustrien nach Art der Hessischen Landesbank oder der Ruhrkohle AG "vergesellschaftet" und "demokratisch kontrolliert" werden. Denn das führt nur dazu, daß neben den Kapitalisten und Direktoren einige sozialdemokratische Betriebsräte oder Politiker wie der hessische Ministerpräsident Osswald bei der Hessischen Landesbank pro Jahr einige hunderttausend Mark "Aufwandsentschädigung" kassieren. Die kapitalistische Ausbeutung aber bleibt, und die Preise steigen weiter.
Nein, die Arbeiterklasse hat andere Aufgaben zu vollbringen. Sie muß den Ausbeuterklassen und ihren Politikern die Macht vollständig entreißen, ihre eigene Macht errichten und selbst die Lenkung der Produktion und die Verteilung des von Arbeiterhand geschaffenen Reichtums übernehmen.

Wer die kapitalistische Ausbeutung und den Weg ihrer Beseitigung derartig verharmlost, ist entweder ein abgefeimter Betrüger, wie es die berufsmäßigen "Jungsozialisten" tatsächlich sind. Oder er gehört zu jenen Teilen der bürgerlichen Intelligenz, die sich angesichts der scharf aufeinanderprallenden Widersprüche zwischen den Klassen umso hartnäckiger an die Illusion klammern, den Kapitalismus mit Reformen "überwinden" zu können. Dies gilt für die Mehrzahl der Jusos.
Reaktionäre Ziele kann man nur mit reaktionären Methoden verfolgen. Die Juso-Führer in Frankfurt verhindern auf allen ihren Wahlveranstaltungen die öffentliche Debatte, indem Musikbands lärmend loslegen oder Diskutanten einfach rausgeprügelt werden.
Ein Großteil der Juso-Genossen ist dadurch erst recht verunsichert worden. Zwar klagen sie oft noch uns Kommunisten an, wir würden der Reaktion nutzen, wenn wir die Klassenwidersprüche offenlegen und die Politik der SPD angreifen.
Aber viele lesen regelmäßig die KVZ und setzen sich ernsthaft mit den Ansichten und dem Programm der Kommunisten auseinander.

Der Wahlkampf hat den Meinungskampf in der Arbeiterklasse und im Volk gewaltig verschärft. Bourgeoisie oder Arbeiterklasse – da müssen die Jusos sich entscheiden. Auf der Schwelle zu dieser Entscheidung zögern die meisten von ihnen noch. Aber eine ganze Anzahl hat schon den ersten Fuß hinübergesetzt auf die Seite der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution.

Gerd Koenen
Landtagskandidat des KBW
im Wahlkreis 39

„Erlöser"auf dem Römerberg

Die CDU kann keine Alternative für das Volk sein

Frankfurt/M. Am 21.9. hatte die CDU in Frankfurt die gesamte Parteispitze aufgeboten, um sich dem Volk als rettende Alternative zur 'sozialistischen' SPD anzubiedern. Dregger, Kohl, Carstens und Strauß überboten sich gegenseitig in drastischen Schilderungen von 'marxistischen' Experimenten an unseren Schulen, von den katastrophalen Folgen sozialdemokratischer Mißwirtschaft und vom drohenden Untergang in die bolschewistische Barbarei.
Strauß forderte unter dem Beifall der sogar aus der Provinz herangekarrten Parteigänger, die "roten Mäuse" in ihre Löcher zu jagen.
So versuchten diese Herren mit allen Mitteln, ihre Partei als Garant für die bestehende Ordnung zu propagieren. Ständig war von der Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung die Rede, vom sozialen Engagement, vom Leistungsprinzip und von der freien Marktwirtschaft, die unsere Freiheit garantiert. Schließlich wurde noch eindringlich die Einheit des ganzen Volkes beschworen und das Deutschlandlied angestimmt.
Wie ein Wunderdoktor, der eine Pilz, vergiftung mit Arsen kuriert, hat die CDU den Menschen als Lösung aller Probleme nichts anderes als die Ursachen eben dieser Probleme zu bieten: das bedingungslose Bekenntnis zum Kapitalismus, den Fortbestand der Diktatur einer Minderheit von Besitzenden über die Mehrheit der Besitzlosen. Für die Arbeiterklasse und das Volk kann das aber nur verschärfte Ausbeutung, zunehmende Entrechtung und immer offenere Unterdrückung bedeuten.

Das haben inzwischen mehr erkannt, als diesen Herren lieb ist. Und deshalb standen auch die weitaus meisten Zuhörer den Rattenfängerparolen dieser Volksfeinde ausgesprochen kritisch gegenüber. Überall war eine große Bereitschaft zu politischen Debatten spürbar. Während die Gruppe Rote Fahne vergeblich den Wettstreit mit den Riesen-Lautsprecheranlagen der CDU/CSU aufnahm, nutzten wir die spürbare Bereitschaft zu politischen Diskussionen.

–W.S., KSB Ffm–

Rechts ist nie radikal

Auch in NPD-Veranstaltungen muß die Diskussion geführt werden

Am Mittwoch letzter Woche fand in Darmstadt eine Veranstaltung der NPD statt. Sprechen sollten dort Quintus, Listenführer der NPD für die Landtagswahlen in Hessen, und der Landtagskandidat der NPD in Frankfurt, Bauer.
Nachdem wir die Sache besprochen hatten, sind wir zu der Ansicht gekommen, daß wir hingehen müssen, und mit den Leuten, die in der jetzigen Lage zu NPD-Versammlungen hingehen und sich für die Vorschläge der Faschisten interessieren, diskutieren müssen.
Wir haben ein Flugblatt geschrieben, in dem wir versucht haben aufzuzeigen, daß es falsch ist, wenn die NPD sagt, daß das deutsche Volk – und da meinen die ja die Arbeiter und Kapitalisten zusammen – gemeinsam den Einfluß des Auslands bekämpfen müßte und daß so Politik im Interesse des Volkes gemacht würde.
Vor dem Gebäude standen ziemlich viele Mitglieder der Gruppe Rote Fahne (KPD), die Parolen riefen. Wir haben unser Flugblatt verteilt und sind dann in den Saal hineingegangen, und da haben wir gleich gesehen, daß das richtig war. Während auf die Veranstaltungen der anderen bürgerlichen Parteien meist Leute hingehen, denen man ansieht, daß sie viel Zeit haben, um sich mit der "Politik" auseinanderzusetzen, waren in dieser Veranstaltung unter den zirka 150 Leuten viele Arbeiter, Bauern, kleinere Angestellte und Jugendliche.
In ihren Reden haben die NPD-Redner sich wohl auf das soziale Elend bezogen, haben die Arbeitslosigkeit angeprangert, über Wohnungspreise geschimpft, auf die Abgeordneten, die sich die Diäten erhöhen, gegen Wirtschaftskriminalität und gegen den Kapitalexport ins Ausland gewettert. Alles Dinge, wo man ihnen wohl hat recht geben können.
Was haben sie gesagt, wie man solche Zustände abschafft?
Die Redner haben gesagt, daß es Zeit ist, endlich Politik im Interesse des Volkes zu machen – und daß man die Politik, die im Interesse der US--Imperialisten (wörtlich!) gemacht wird, bekämpfen muß; daß es nicht Gruppeninteressen zu vertreten gelte, sondern Volksinteressen. Daß die Regierung zu schwach sei und daß starke Leute kommen müssen, die endlich mal Ordnung in den verlotterten, korrupten Bürokratenhaufen (gemeint war der Staatsapparat) bringen würden.
Gleich dazugesagt haben sie, daß es gar nichts nützen würde, CDU zu wählen, weil diese **prinzipiell** nichts ändern wird, sondern daß ein deutlicher Stimmenaufschwung der NPD dazu führen würde, daß die Vertreter der anderen Parteien im Landtag dann "wie die verschreckten Hühner durch die Gegend scheuchen werden".
Wir sind dann hingegangen und haben gesagt, daß wir es wohl richtig finden, wenn sie sagen, daß die Lage sich verschlechtert, daß die Preise steigen, die Löhne sinken und die Krise sich entwickelt. Daß wir dies aber nicht zum Anlaß nehmen, uns dagegen mit den Unternehmern zusammenzuschließen, um gemeinsam mit ihnen die "Volksinteressen" gegen andere Nationen zu vertreten.
Daß man im Gegenteil gut sehen kann an den gemeinsamen Aktionen der deutschen und französischen Bauern, daß es gut ist, wenn die Armen sich mit den Armen zusammentun, um gegen die Reichen zu kämpfen.
Und daß alle Kriege bisher gezeigt haben, daß es schlecht für die Armen und gut für die Reichen **aller** Nationen ist, wenn sich Arme und Reiche, Arbeiter und Kapitalist, gegen Arbeiter und Kapitalisten anderer Nationen zusammenschließen.

Gleich haben die NPD-Redner gesagt, daß das Klassenkampf ist und zur Diktatur führt – dies könne man in der DDR sehen. Wir haben dann erstens unseren Standpunkt zur DDR dargelegt und gesagt, daß dies kein System der Arbeiter und Bauern sein kann, wenn man eine Mauer braucht, um die Leute vom Weglaufen abzuhalten, und weiter gesagt, daß allerdings die Unterdrückung der jetzigen Ausbeuter eine Sache ist, die man wird machen müssen, um eine Wirtschaft im Interesse der Arbeiter aufbauen zu können.

Sie haben dann vom "marxistischen DGB-Apparat" geredet, und daß man da sehen könnte, wenn die Neue Heimat ihre Mieten erhöht, was die Roten mit den Arbeitern vorhaben.
Auch darauf haben wir geantwortet, und nach der Veranstaltung ist uns einiges klargeworden:

1. Es ist richtig, auf Faschistenveranstaltungen hinzugehen, weil dort Menschen hingehen, die mit dem System unzufrieden sind und nach einem Ausweg suchen.
2. Es ist notwendig, sich auf diesen Veranstaltungen inhaltlich auseinanderzusetzen, weil die Faschisten dadurch versuchen, Einfluß zu gewinnen, daß sie an den Verhältnissen ansetzen und die Mißstände anprangern, dann allerdings einen Ausweg propagieren, der den Kapitalisten nutzt.
3. Wichtig ist es, gerade dort konkret zu argumentieren und die Diskussion darauf zuzuspitzen, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft werden muß, um zu ermöglichen, daß eine Wirtschaft aufgebaut wird, die dem Volk und nicht dem Profit dient.

Nach der Veranstaltung haben wir weiter mit den verschiedensten Menschen, die der Debatte gefolgt waren, diskutiert – wieder sind wir auf reges Interesse gestoßen.
Durch die Erfahrungen in der Veranstaltung ist es dann auch teilweise gelungen, die Frage richtig zu stellen: Wenn die NPD dafür ist, wenn alles, was das Volk schafft, dem Volk auch zugute kommt – warum will sie dann eigentlich die Kapitalisten nicht abschaffen?
Und das ist es ja: Die Faschisten sind eben nicht radikal – sie wollen das Übel in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mit der Wurzel ausreißen. Genau das Gegenteil wollen sie: Sie wollen die Arbeiterklasse und das Volk dafür gewinnen, dieses Übel gegen ihre Interessen zu verteidigen.

–Anette Mönich
Landtagskandidatin des KBW
Darmstadt/Wahlkreis 49–

KBW-Veranstaltung zum Gesundheitswesen

Bensheim. Am Freitag fanden drei Veranstaltungen zum Wahlkampf in Hessen statt. Die SPD machte eine zur Schulreform, die FDP ein "Bürgergespräch" mit Staatssekretär Karl Moersch, die KBW-Sympathisanten führten eine Veranstaltung mit dem Thema "Das Gesundheitswesen in Hessen und die Forderungen der Kommunisten" durch.
Die SPD war im "Parktheater", wo Platz für 600 Menschen ist, unter sich: Genau 63 Leute waren gekommen. Bei der FDP war es genauso: Im großen Saal des "Dahlberger Hofs" saßen exakt 24 Leute, nämlich Karl Moersch, die FDP-Kandidaten mit ihren Frauen und ein paar FDP-Mitglieder.

Bei der KBW-Veranstaltung war es anders: An die 80 Menschen waren im überfüllten Nebenraum der "Post". Die allermeisten waren Werktätige, darunter viele Pfleger und Krankenschwestern. Die Debatte über diese Veranstaltung war ausgezeichnet. Sie ging bis 22.30 Uhr, und danach sah man noch lange Diskussionsgruppen an den Tischen. Nicht alle sind mit den Auffassungen der Kommunisten einverstanden. Aber die Kommunisten versuchen nicht irgendjemandem ein X für ein U vorzumachen, und die KBW-Sympathisanten, die Referate hielten (ein Arzt vom Heilig-Geist-Hospital in Bensheim und ein Lehrling), sind als Kommunisten an ihrem Arbeitsplatz und in Bensheim überhaupt bekannt.

Bei den bürgerlichen Politikern ist es gerade anders. Bekannt bei ihnen sind ihre Taten gegen das Volk und ihr Geschwätz. Dafür gewinnen sie aber immer weniger Leute, noch nicht einmal mehr die Mitglieder ihrer eigenen Parteien.

U.B.

SPD mußte Wahlveranstaltung absagen

Wiesbaden. Am letzten Freitag sollte eine Veranstaltung der SPD stattfinden. "Wie sicher sind unsere Arbeitsplätze" war das Thema, zu dem die drei Wiesbadener Landtagskandidaten und der DGB-Landesvorsitzende und Mitglied des Hessischen Landtages Armin Clauss sprechen wollten.
Ganze 17 Leute hatten sich eingefunden, fast durchweg SPD-Funktionäre. Weil die Menschen immer weniger Interesse an dem Geschwätz der bürgerlichen Parteien haben, mußte die SPD ihre Veranstaltung auflösen, bevor sie richtig anfing. Ganz dumm stünden die bürgerlichen Politiker da, hätten sie nicht ihre Presse, die tags darauf diesen jämmerlichen Schlag ins Wasser taktvoll verschwieg. Im Gegenteil versuchte sie dem Leser noch weiszumachen, es hätte eine lange, ausführliche, von vielen interessierten Menschen besuchte Veranstaltung stattgefunden.

Detlef Schmelzenbach
Landtagskandidat des KBW
im Wahlkreis 28

Landtagskandidaten eingeladen

Bensheim. Die Initiativgruppe Jugendzentrum in Bensheim hat beschlossen, die Kandidaten für die Landtagswahl zu einer öffentlichen Veranstaltung einzuladen. Neben Vertretern von CDU, SPD, FDP und DKP soll auch einer vom KBW sprechen, der in Bensheim zwar keine eigenen Kandidaten hat, aber politisch unter anderem auch in der Initiativgruppe mitarbeitet. Die Vertreter der Parteien sollen Stellung nehmen zur Forderung der Bensheimer Jugend nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung und ob und wie sie gedenken, die Durchsetzung dieser Forderung zu unterstützen (bisher hat das außer dem KBW noch keiner gemacht).

Unverschämtes Anliegen des Frankfurter Magistrats

Auch jetzt noch entfaltet der Frankfurter Magistrat eine rege Tätigkeit, um den Protest und den Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen zum Schweigen zu bringen.
So ging folgendes Schreiben der Stadtwerke an den presserechtlich Verantwortlichen von Flugblättern der Fahrpreiskomitees:
"*. . . die uns im Rahmen dieser gesamten Aktionen (der Fahrpreisproteste) entstandenen Schäden – gleich, welcher Art – haben Sie damit als Anstifter bzw. Veranlasser zu vertreten. Wir beabsichtigen, Sie daher für die uns entstandenen Schäden in Anspruch zu nehmen – gegebenenfalls als Gesamtschuldner mit der vollen Höhe, sobald der Umfang beziffert werden kann.*
Wir bitten Sie, Ihre Anerkennung des Schadensersatzanspruches dem Grunde nach zu erklären und uns zuzuleiten."

Gegenüber solch unverschämten Ansinnen und Einschüchterungsversuchen – **Keine Anerkenntnisse irgendwelcher Art vor staatlichen Behörden oder Unternehmern!**

Ebenso hat der Magistrat die Staatsanwälte und Richter vor seinen Karren gespannt: Insgesamt laufen 354 Ermittlungsverfahren, an denen jetzt noch 4 Staatsanwälte sitzen. 90 Anklagen sind bereits erhoben. Am 4. September wurde ein junger Arbeiter nach über 3 Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen und abgeurteilt.
Klammheimlich soll vielen Menschen, die sich aktiv gegen die Politik des Magistrats gewandt haben, der Prozeß gemacht werden.
Sofortige Einstellung aller noch laufenden Ermittlungsverfahren!
Breite Öffentlichkeit bei allen Prozessen!

B.L., Frankfurt

Bremer Lehrergewerkschaft nimmt Stellung zur miserablen Schulsituation

Im Mai noch hatte die SPD in Bremen versucht, die Situation an den Bremer Schulen in neue Nebelschwaden von Reformversprechen zu hüllen: SPD-Fraktionschef Francke prophezeite: "Der Marsch in Richtung auf die kleine Klasse beginnt mit dem Schuljahr 1974/75." (Weser-Kurier vom 24.5.74)
Nach dem unbeschreiblichen Chaos in den ersten Wochen des neuen Schuljahres ist es mit diesem Nebel vorbei, die verheerende Lage an den Bremer Schulen ist unverhüllt zu Tage getreten. Sie entwickelt sich dabei keineswegs zum besseren. Im Gegenteil. 169 Planstellen blieben zu Schulbeginn unbesetzt. Das bedeutet: Die Kinder bleiben weiterhin in unverantwortlich großen Klassen gepfercht, an allen Schulen kommt es zu Kürzungen des Unterrichts, die bis zu 25 % gehen.
Während es auf der einen Seite an Lehrern fehlt, werden auf der anderen Lehrer entlassen oder nicht eingestellt.

Auf ihrer ersten Konferenz nach Schulbeginn am 10.9. haben die Delegierten des Vereins Bremer Lehrer und Lehrerinnen in der GEW umfassend zur Lage an den Bremer Schulen Stellung genommen. (Nach der spalterischen Neugründung durch rechte Sozialdemokraten im Mai 1973 gibt es in Bremen-Stadt zwei Ortsgruppen.) Die rund 70 Delegierten verabschiedeten gegen eine Stimme einen Antrag, in dem es u. a. heißt:
"Die Delegiertenversammlung erklärt: die Verantwortung für diese Zustände an den Schulen trägt der Bremer Senat und seine Schulbehörde. Es kann nicht die Aufgabe der Lehrer sein, diese Zustände durch vermehrte Überstundenarbeit zu kitten. Die DV fordert alle Kollegen auf, keine weiteren Mehrarbeitsverpflichtungen zu übernehmen und sich gegen solche Umsetzungen zur Wehr zu setzen, die allein die Planlosigkeit der Schulbehörde decken sollen.
Die DV fordert den Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst auf, bis zum 1.Oktober öffentlich Angaben darüber zu machen, wie der jetzige unerträgliche Zustand geändert werden soll.
Der Vorstand des VBLL wird beauftragt, die Öffentlichkeitsarbeit des VBLL zu verstärken, damit nicht eines Tages die Lehrer die Schuld zugesprochen bekommen für Zustände an den Schulen, für die sie jede Verantwortung ablehnen müssen."

Zu den Schikanen des Senats gegenüber Lehrern faßten die Delegierten gegen drei Stimmen eine Entschließung, in der es heißt:
"Die DV spricht sich entschieden gegen die Entlassung bzw. Nichteinstellung aus. Denn: die beiden Kollegen haben von Freiheitsrechten Gebrauch gemacht, die allen Bürgern zustehen. Wir haben kein Interesse daran, daß Lehrer aus solchen Gründen und Anlässen aus der Schule entfernt werden. Solche Maßnahmen haben ohne Zweifel die Wirkung, daß sich der Druck auf die Lehrer verstärkt, daß Gesinnungsschnüffelei gefördert wird. Die DV fordert unter diesen Umständen den Bremer Senat auf, den Lehrer Hermann Kuhn einzustellen und die Entlassung der Lehrerin Karin Maier nicht weiter zu betreiben."

Als erste Maßnahmen wurden von der Delegiertenversammlung eine Informationsveranstaltung über die Berufsverbote beschlossen, sowie die Einrichtung eines Solidaritäts-Fonds für die Rechtshilfe, für den unter den Kollegen gesammelt werden soll. Dies ist notwendig geworden, da der Landesvorstand Bremen der GEW sich geweigert hat, den Rechtsschutzantrag von Hermann Kuhn zu befürworten.
Die Beschlüsse dieser Delegiertenkonferenz wurden in den Betriebsgruppen diskutiert und für gut gehalten. Denn mit ihnen kann die politische Diskussion über die elende Lage im Volksbildungswesen gezielt geführt werden, um den Widerstand gegen die Maßnahmen des Bremer Bildungssenators zu organisieren.

H.K., Bremen

Leserbrief:

Kritik am Artikel „Lernmaschinen"

In der KVZ Nr. 19 habt ihr mit dem Artikel "Lernmaschinen" die schon längst fällige Auseinandersetzung mit dem alltäglichen Unterrichtsablauf in der bürgerlichen Schule begonnen.
Nun meine ich aber, daß der besagte Artikel in zwei Punkten die Sache, wie sie ist, verkürzt darstellt.
1. Die Autorin schildert die spontane Abwehrreaktion der Kinder gegen eine Schule, die zwar viel mit pädagogischen Begriffen (wie z. B. Motivation) arbeitet, jedoch tatsächlich die Interessen der Kinder unterdrückt. Sie weist aber nicht nach, zu welchem Zweck solche Lernziele und Methoden (wie in ihrem Beispiel) haufenweise in den Schulbüchern und im Unterrichtsalltag vorkommen:
Nämlich mit dem Ziel, in den ersten vier Jahren die späteren Oberschüler "auszulesen". Und dies mithilfe von Kriterien, die die bürgerliche Klasse bestimmt und an denen die Kinder der einfachen Arbeiter und Angestellten todsicher scheitern.
Diese Aufgabe der Grundschule in der bürgerlichen Klassengesellschaft zeigt die Autorin nicht auf und so kommt sie dazu, den billigen Motivationstricks u.ä. lediglich die Erziehung zur "Selbständigkeit" gegenüberzustellen. Davon aber redet die bürgerliche Reformpädagogik auch, und bevor man nicht sagt, gegen wen und was diese Selbständigkeit erkämpft werden muß, wird man sich nicht über einen gemeinsamen Kampf verständigen können.
Und damit komme ich auch schon zum 2. Punkt, nämlich wie die Ziele der bürgerlichen Klassenerziehung sich in jedem Schulbuch, in jeder Unterrichtsminute Geltung zu verschaffen sucht und wie sie von den fortschrittlichen Lehrern erkannt und bekämpft werden kann.
Die Autorin sagt zu diesem Punkt etwas sehr Entmutigendes, wenn sie davon spricht, daß die Kinder "unter unserer Hand zu Lernmaschinen" werden; ich meine jedoch, daß wir "unsere Hand" **bewußt gebrauchen** und die bürgerliche Ideologie bekämpfen sollten. Von solchen Beispielen muß die KVZ berichten und nicht davon, wie wir uns stellenweise noch wie Büttel der bürgerlichen Klasse gegenüber den Kindern verhalten.
Ein solches Vorgehen wird in den meisten Fällen so aussehen, daß wir zunächst die Schulbücher und sonstigen Unterrichtsmaterialien (da wir mit diesem Zeug gezwungen sind zu arbeiten) genau unter die Lupe zunehmen, daß wir den Unterricht aber entsprechend unserer Kritik daran gestalten und somit auch nicht mehr auf Motivationstricks u. ä. Plunder angewiesen sind.
Von ersterem, also der Kritik am Unterrichtsmaterial, gibt es bereits eine Menge brauchbarer Analysen, beim zweiten aber, der konkreten Umsetzung im Unterricht, da hapert es noch bei vielen fortschrittlichen und kommunistischen Pädagogen.
Zu beiden sollten mal Lehrer in der KVZ aus der eigenen Praxis berichten.

R.S., Frankfurt

Inwieweit Eltern die Biologie interessiert

Unwahrscheinlich weitergeholfen haben mir bei der Kritik von Unterrichtsinhalten die vielen Gespräche, die ich bei den Hausbesuchen mit den Eltern meiner Schüler mache.
Die Eltern haben mir gesagt, daß sie eigentlich an der Biologie insoweit interessiert wären, wie sie ihnen erklärt, warum sie abends mit Rückenschmerzen nach Hause kommen, warum sie Senkfüße haben, kaputte Knochen, wenn sie mit Säure arbeiten usw.
In der darauffolgenden Konferenz konnte ich zwar bei den Lehrern nicht durchsetzen, daß die Biologie unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes und Schutzes der Gesundheit durchgenommen wird, doch wurde das Biologieprojekt um die Behandlung des Ohrs gestrichen zugunsten der Behandlung von Umweltschutz.

–U.F., Offenbach–

Sein eigenes Schulwesen braucht das Volk

Die Solidarisierung mit den 4 entlassenen Lehrern nimmt immer mehr zu

In verschiedenen Städten Baden-Württembergs wurden in den letzten Tagen Veranstaltungen durchgeführt, in denen die gegenwärtig miserablen Schulverhältnisse und die Tätigkeit des Oberschulamts ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt wurden. Die vier entlassenen bzw. vom Schuldienst suspendierten Lehrer legten dort anhand ihrer praktischen Erfahrungen ihre Auffassungen zum Schulwesen dar.

In Heidelberg waren mehr als 300 Menschen erschienen, so daß der Saal, in dem die Veranstaltung stattfand, völlig überfüllt war. Ungefähr 45 Menschen nahmen an einer Veranstaltung in **Sinsheim**, über 60 an einer Veranstaltung in **Schwetzingen** teil.
In Sinsheim schilderten F. Güde und M. Veil, wie es zu ihrer Suspendierung gekommen war, und erläuterten kurz die Forderungen des KBW zum Volksbildungswesen. In der Diskussion wurden sie gefragt, warum denn der Staat nicht das Recht haben solle, Kommunisten aus dem Schuldienst zu schmeißen.
Demgegenüber erklärten beide, daß es nicht Aufgabe des Staates, sondern bloß eine Aufgabe des Volkes sein kann, zu bestimmen, welche Lehrer für das Volk tragbar sind. Daß es deshalb auch richtig ist, die Rechenschaftspflicht der Lehrer gegenüber dem Volk zu fordern und nicht gegenüber dem Staat, und daß es deswegen auch das Volk sein muß und nicht der Staat, der die Lehrer kontrolliert.
Gefragt wurde auch, wie denn das Volk die Lehrer kontrollieren könne. "Wie kann ein Arbeiter, der kein Französisch kann, die Französischunterrichtsbücher kontrollieren und sagen, ob sie richtig sind? Dazu muß es doch Fachleute geben, und die sitzen im Oberschulamt."

F. Güde erklärte: "Ich unterrichte Französisch und bin durch den Lehrplan gezwungen, den Kindern Baudelaire beizubringen, mit dem sie wenig anfangen können. Kommt nun ein Arbeitervater zu mir und will seinen Sohn zum Beispiel in das Michelin-Werk nach Frankreich schicken, will, daß er dort mit seinen Arbeitskollegen über deren Arbeitssituation sprechen kann, dann werde ich mit den Eltern darüber sprechen und die Eltern abstimmen lassen, ob sie einen solchen Unterricht nicht auch für sinnvoller halten." Mit großer Mehrheit beschloß die Versammlung, daß die Schülermitverwaltung Sinsheim eine Veranstaltung mit einem Vertreter des Schulamts und M. Veil durchführen soll.

In Schwetzingen schilderten die Lehrer J. Daum und J. Ogrowsky, wie auf der Schule die Schüler verdummt werden und warum die Schulsituation immer miserabler wird. Die tägliche Verdummung der Schüler durch Stundenausfall und schlechte Lehrer bildete auch den Hauptteil der Diskussion.
Ein Schüler berichtete zum Beispiel über einen Lehrer, der regelmäßig zwei bis drei Tage vor dem Abitur abgezogen und durch einen anderen Lehrer ersetzt würde.
Ein Lehrer stellte aber klar, warum man seinen Zorn nicht nur gegen die Lehrer, sondern in erster Linie gegen die Schulbehörden und den Staat richten müsse; dieser bilde die Lehrer nämlich so miserabel aus und zwinge sie, die Schüler zu verdummen.
In der Veranstaltung wurde der Vorschlag gemacht, die Schüler sollten mit den Eltern auf die Elternversammlungen gehen und dort diejenigen Elternvertreter bloßstellen, die sich immer nur mit schönen Worten in ihren Ämtern schmückten.
In der Heidelberger Veranstaltung wurde in der Diskussion gezeigt, daß wir aber nicht so einfach vom Kampf der Eltern sprechen können. Die Eltern gehören verschiedenen Schichten und Klassen an und haben daher auch verschiedene Interessen an der Schule. Es ist die Arbeiterklasse und die arbeitende Bevölkerung, die mit diesem Schulwesen nichts zu gewinnen hat, als zu billigen Arbeitskräften der Kapitalisten ausgebildet zu werden. Sowenig sie daran ein Interesse hat, so wenig hat sie ein Interesse an diesem Schulwesen. Allein sie können daher auch ein entschiedenes Interesse daran haben, diese Klassenschule abzuschaffen und sich die Kontrolle über das Schulwesen zu erkämpfen und es nach den Interessen der Volksmassen zu gestalten.
Abschließend wurde einstimmig eine Resolution des Komitees gegen die Berufsverbote angenommen.

–M.V./J.O./Red.–

Wegen Solidarität mit dem chilenischen Volk bestraft

Wiesloch. Am Gymnasium Wiesloch wurden gegen vier Schüler Disziplinarmaßnahmen verhängt, weil sie ein Flugblatt verteilt haben, in dem die Direktion angeblich diffamiert wird. Ein zeitweiliger Ausschluß von 14 Tagen, eine Androhung des Ausschlusses und zwei Verwarnungen wurden jetzt erteilt. Was ist passiert?

Das Chile-Komitee am Gymnasium Wiesloch wollte eine Chile-Veranstaltung an der Schule durchführen. Direktor Kruse verbot diese Veranstaltung, woraus das Chile-Komitee in einem Flugblatt schloß, daß Direktor Kruse auf der Seite jener steht, die die faschistischen Zustände in Chile unterstützen.
Dies nahm Kruse zum Anlaß, vier Schüler wegen "öffentlicher Diffamierung" zu disziplinieren.
Direktor Kruse hat mit seinem Verhalten eindeutig gezeigt, auf welcher Seite er steht. Denn jemand, der die Aufklärung über die blutigen Verhältnisse in Chile verhindern will, jemand, der Schüler bestraft, die ihre Solidarität mit dem chilenischen Volk ausdrücken, begibt sich eindeutig auf die Seite der Unterdrücker.

–P.F., Wiesloch–

Richtigstellung

In der KVZ Nr. 18 berichteten wir, daß zum Schuljahresbeginn in Niedersachsen 900 Lehrer nicht eingestellt worden seien. Das Niedersächsische Kulturministerium erklärte (Frankfurter Rundschau vom 22. August), daß zum 1. August alle Lehramtskandidaten eingestellt worden seien, die vor diesem Termin Prüfung gemacht hätten. Dagegen wurden 900 Lehrer, die erst nach dem 1. August Prüfung machen, also im Wintersemester 1974/75, nicht eingestellt. Was das Kultusministerium allerdings verschweigt, ist, daß keineswegs alle Lehramtskandidaten, die vor dem 1. August Prüfung machten, zu diesem Termin auch eingestellt wurden. Verschiedene dieser Lehrer warten heute noch auf ihre Einstellung.

So zum Beispiel in Braunschweig die Lehramtskandidaten Jutta Bosch-Peckmann, deren Einstellung bis jetzt um über 2 Monate hinausgezögert wurden. Als Grund dafür gab die Behörde an, daß sie im Sommersemester 1971 auf der Liste des sozialistischen AStA-Kollektivs kandidiert und sich in einem Leserbrief an die KVZ für den Lehrer F. Güde eingesetzt habe.

RED.

Volksschüler lehnen sich gegen schlechte Verhältnisse an der Schule auf

Die Hermann-Löns-Schule (700 Schüler) hat keine eigene Sporthalle zur Verfügung. Die Sporthalle, die zum Stadthallenkomplex gehört, stand der Schule von März bis September nur an 42 Schultagen zu, während dieser Zeitraum aber 110 Schultage umfaßte. An den restlichen Tagen, als die Halle besetzt war, konnten die Schüler entweder spazierengehen oder bei Regen in der Klasse sitzen.

In einem Leserbrief an eine Wolfsburger Lokalzeitung kritisierten die Schüler der Klasse 6 c im Auftrag aller Schüler diesen Zustand und forderten, daß die Ausstellungen und Kongresse, die häufig in der Sporthalle stattfinden, woanders durchgeführt werden sollten und die Stadthallenverwaltung den Schülern die Halle überlassen sollte.

"Falls wir nicht schleunigst eine eigene Sporthalle bekommen, werden wir mit großen Plakaten vor dem Rathaus demonstrieren", endete der Leserbrief.

–H.B., Ortsgr. Wolfsburg/Gifhorn–

Jugendhäuser müssen her

270 000 Einwohner . aber nur ein Sozialarbeiter für die Jugend



Am Freitag, den 20. September, versammelten sich ca. 150-200 Jugendliche und einige Erwachsene auf dem Kohlmarkt in Braunschweig, um gegen die von der Stadt geplante Schließung fast aller Jugendhäuser zu protestieren. In mehreren Redebeiträgen stellten die Jugendlichen aus verschiedenen Stadtteilen ihre Lage dar.

So berichtete ein Jugendlicher, daß die Stadt eine Baracke, die bisher den Jugendlichen zur Verfügung stand, geschlossen und dem Sportverein Eintracht Braunschweig zur Verfügung gestellt hat. In einem anderen Stadtteil soll der einzige Raum (50 qm), der für insgesamt 1 600 Jugendliche da ist, dichtgemacht werden. Eine Mutter protestierte gegen die Schließung der Mal- und Vorschule, die in einem der Jugendhäuser untergebracht ist.
Die Stadt begründet die Schließung der Häuser damit, daß wegen der katastrophalen Finanzlage keine Fachkräfte eingestellt werden können. Der Oberstadtdirektor Weber hat deshalb einen generellen Einstellungsstop für alle Ämter und Behörden verhängt. Wer nun aber glaubt, daß würde den aufgeblähten Verwaltungsapparat treffen, irrt sich gewaltig. Vor allem die Krankenhäuser, die Kindergärten und andere soziale Einrichtungen, die direkt für das Volk da sind und sowieso schon völlig unterbesetzt sind, haben darunter zu leiden.
In der ganzen Stadt Braunschweig mit ca. 270 000 Einwohnern gibt es nur einen Sozialarbeiter für die Jugendlichen, aber für die Kapitalisten wurde im April ein hochdotierter Wirtschaftsreferent eingestellt, der neue Unternehmen in die Stadt locken soll, und Millionen wurden ausgegeben, um den Horten-Kapitalisten Zufahrtswege zu ihrem neuen Kaufhaus zu bauen.
Diese entlarvenden Fakten wurden den bürgerlichen Politikern entgegengehalten, die mit wehenden Rockschößen zur Kundgebung geeilt waren, um die Empörung der Jugendlichen zu beschwichtigen und um die Verdienste ihrer eigenen Partei für die Jugend hervorzuheben.
Der SPD-Politiker hatte jedoch kein Glück mit seiner Behauptung, die ganze Misere im Jugendsektor sei allein die Schuld der seit einem Vierteljahr regierenden CDU. Ihm wurde nachgewiesen, daß es die SPD war, die am Anfang des Jahres 3 Jugendhäuser geschlossen hat. Besonderes "Pech" hatte der Vetreter der CDU. Er gab den Sozialarbeitern die Schuld, die sich nicht bewerben würden, weil sie in solchen Einrichtungen nicht arbeiten wollten. Doch die Versammlung hatte Bewerber. Zwei ausgebildete Erzieherinnen berichteten, wie ihre Bewerbungen von der Stadt wegen des Einstellungsstops abgelehnt worden waren. Den meisten Teilnehmern der Kundgebung war am Ende klar: von diesen "Volksvertretern" können wir nichts erwarten!

D.S., Braunschweig

Marckolsheim: Der Widerstand gegen das Bleiwerk wächst

21 elsässische und deutsche Bürgerinitiativen hatten in einer gemeinsamen Erklärung an die badisch-elsässische Bevölkerung angekündigt, im Falle eines Baubeginns in Marckolsheim (Elsaß) oder in Wyhl (Baden) den jeweiligen Bauplatz zu besetzen. In Marckolsheim soll ein Bleiwerk, in Wyhl ein Kernkraftwerk errichtet werden.



Um den Bau eines Bleiwerks zu verhindern, wurde dieser Platz von der Bevölkerung besetzt. Die Gelegenheit wird gleichzeitig benutzt, alle Probleme der Bevölkerung zu diskutieren. Ein Arbeiter aus einem Aluminiumwerk in der Nähe berichtete über die miserablen Arbeitsbedingungen in diesem Betrieb. Landwirte erzählten, wie sie von den Banken und Großhändlern ausgeplündert werden.

Als in Marckolsheim am 16.9. mit der Errichtung eines Bauzaunes begonnen wurde, besetzten am folgenden Wochenende etwa 2 500 Menschen das Baugelände. Etwa 20 Zelte wurden aufgeschlagen und ein Verpflegungsstand eingerichtet. Die Bevölkerung aus der Umgebung versorgte die Besetzer mit Essen und Trinken. In vielen Diskussionen wurde über viele Fragen der arbeitenden Bevölkerung gesprochen: über die elenden Arbeitsbedingungen in einem Aluminiumwerk in der Nähe, über die Abhängigkeit der Bauern von den Großhändlern. Die Beiträge wurden Satz für Satz ins Deutsche oder Französische übersetzt. Die Diskussionsgruppen waren oft so groß, daß die Redner durch ein Megaphon sprechen mußten. Jeden Tag zogen Gruppen in die umliegenden Dörfer, um mit der Bevölkerung über die Besetzung zu diskutieren. Durch die Aktionen und Diskussionen am Wochenende wurden viele davon überzeugt, daß die Besetzung unterstützt werden muß. Bis heute sind die Bauarbeiten keinen Schritt weitergekommen. Zwar hatten am Montag die Bauunternehmer versucht, die Bauarbeiten fortzusetzen, aber 250 Menschen, viele Autos und zirka 40 Traktoren verhinderten dies.

Auch am Dienstag, als eine große Toilettenanlage für den Bau herangeschafft werden sollte, wurde dies verhindert. Die Anwesenden bildeten Ketten und setzten Traktoren vor den LKW.

So ging es bis zum Donnerstag, und jeden Morgen fuhren deutsche Kollegen und Bauern bei Saßbach über die Rheinbrücke, um die Besetzung zu unterstützen. Als am Donnerstagmorgen die ersten hinüberfahren wollten, wurde ihnen die Einreise verweigert. Die französische Behörde wollte verhindern, daß die deutsche Bevölkerung die Besetzung unterstützt.

Doch sie erreichte genau das Gegenteil! Die gesamte Autokolonne, über 80 Fahrzeuge, fuhr nach Breisach, um dort über die Grenze zu kommen. Doch auch dort wurde die Grenze zugemacht, als sie gerade ankamen. Überhaupt war für Autos mit Freiburger oder Emmendinger Nummernschild die Einreise verboten. Für zwei Stunden kam der Grenzverkehr zum Erliegen, und die Grenze war blockiert.

Eine ältere Frau meinte: "Die Herren von der Bleifabrik können Tag und Nacht über die Grenze fahren, aber wenn die kleinen Leute mal zusammenhalten, um ein Unrecht zu verhindern, wird die Grenze geschlossen. Doch die irren sich gewaltig, wenn die glauben, wir lassen jetzt nach!"

Überall wurde im Laufe des Tages die Grenzschließung diskutiert. Im Betrieb kam es zu erregten Diskussionen. Einige sagten, daß sie jetzt erst recht die Besetzung unterstützen würden. Abends fanden in Marckolsheim und Saßbach an der Grenze Kundgebungen statt. Allein in Saßbach versammelten sich etwa 450 Menschen. Es wurde unter großem Beifall erklärt, daß jetzt gekämpft wird, bis das Ziel, die Bleifabrik zu verhindern, erreicht ist. Als die Kundgebung beendet war, erklärte ein französischer Polizeiinspektor, daß ab morgen die Grenze wieder geöffnet sei.



Auf dieser Landstraße brachte die Bevölkerung unübersehbar zum Ausdruck, daß sie von dem geplanten Kernkraftwerk genauso wenig hält wie von dem Bleiwerk.

Die Taktik der Regierung, abzuwarten, bis der Widerstand zerbröckelt, ging nicht auf; jeder Tag, an dem die Bauarbeiten nicht vorangingen, stärkte die Solidarität und den Kampfgeist. In dieser Woche hat sich nicht die Lage der Besetzer verschlechtert, sondern die Lage derjenigen, die die Besetzung verhindern wollen. Die Regierung ist in einer dummen Situation. Setzt sie den Bau mit Gewalt durch, so wird dem Volk umso klarer, auf welcher Seite die Regierung steht und wie sie die Interessen des Volkes mit Füßen tritt.

Den Herren kann es nicht gleichgültig sein, wenn sie die Wut des Volkes auf sich ziehen. Wie ein Bauer auf dem Bauplatz sagte: "Wenn die Herren da oben so weitermachen, dann ist auch ihre Existenz gefährdet."

Nimmt die Regierung die Baugenehmigung zurück, dann ist das ein großartiger Erfolg, der die Arbeiter und Bauern darin bestärken wird, selbst für ihre Interessen zu kämpfen. Gleich wie die Regierung sich dreht und wendet, in diesem Kampf hat sie schon eine Niederlage einstecken müssen. Eine Niederlage schon deshalb, weil diese Aktionen klargemacht haben, daß die Arbeiter und Bauern, gleich auf welcher Seite der Grenze, die gleichen Interessen haben, weil sie erkannt haben, daß auf beiden Seiten der Grenze die Kapitalisten, nur getrieben vom Streben nach Profit, ihnen feindlich gegenüberstehen, und daß die Regierungen nicht auf der Seite des Volkes stehen, sondern alles tun, um gegen die Interessen und Bedürfnisse des Volkes die Interessen der Kapitalisten durchzusetzen.

Die Menschen haben in den letzten Jahren genügend Erfahrung über dieses kapitalistische System mit all seinem Elend gesammelt. Ein Bauer erzählte: Während des Krieges wurden wir oft in den Schwarzwald evakuiert. Wenn wir nach Saßbach zurückkamen, war alles kaputt. Nach dem Krieg haben wir alles aufgebaut, haben große Obstplantagen angelegt und Umlegungen durchgeführt. Jetzt soll das alles wieder kaputtgemacht werden. Die Bundesregierung tut das Ihre dazu, um uns zu ruinieren. Während in den Städten die Lebensmittel immer teurer werden, bekommen wir real immer weniger. Da mach ich nicht mehr mit. Da muß man radikal werden.

Kein Bleiwerk in Marckolsheim!
Kein Kernkraftwerk in Wyhl!

MÜNCHEN: DER GESUNDHEITSPARK MUSS BLEIBEN

München. Beim Bau der Sportanlagen für die Olympischen Spiele 1972 in München haben die Verantwortlichen Behörden (Bund, Freistaat Bayern, Stadt München) insgesamt etwa 2 Milliarden DM ausgegeben. Da diese Gelder hauptsächlich über die Steuern der Lohnabhängigen aufgebracht wurden, fragt man sich, ob wenigstens die Sportstätten nach den Spielen für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Genau das ist aber nicht der Fall. Die einzige Einrichtung im ganzen Olympiagelände, die für die Bevölkerung zugänglich war, der Gesundheitspark, soll Ende dieses Jahres verschwinden, weil angeblich kein Geld dafür da sei.

Während beispielsweise allein das Zeltdach für das Stadion 200 Millionen DM gekostet hat, soll es nun an den für das Jahr 1975 für den Gesundheitspark erforderlichen DM 600 000 fehlen. Die Bevölkerung, die von der Einrichtung des Gesundheitsparks regen Gebrauch gemacht hat, wehrt sich dagegen, daß ihr die einzige für sie nützliche Einrichtung im Olympiagelände genommen wird. Eine zu diesem Anlaß gegründete Bürgerinitiative hat eine Versammlung durchgeführt, auf der von der Stadträten Rechenschaft verlangt wurde.

Während sich der CSU-Vertreter ganz offen gegen die berechtigte Forderung der Versammlung – keine Schließung des Gesundheitsparks – stellte, sprachen sich die anwesenden SPD und FDP-Vetreter in heuchlerischer Weise gegen eine Schließung des Gesundheitsparks aus, obwohl bekannt ist, daß sich die Mehrheit ihrer Fraktionen für die Schließung ausgesprochen hat. Die Doppelzüngigkeit dieser "Volksvertreter" wurde von der Mehrheit der Versammlung auch erkannt. Die Empörung wuchs noch, als bekannt wurde, daß z.B. die Staatsoper mit 7 Millionen DM subventioniert wird, daß aber für eine Einrichtung im Interesse des Volkes nicht einmal ein Zehntel dieses Betrages zur Verfügung stehen soll.

In der Versammlung haben viele erkannt, daß ihre Angelegenheiten bei diesen "Volksvertretern" nicht in guten Händen sind, sondern daß sie sich zusammenschließen und gemeinsam gegen die Stadtverwaltung ihre Forderung durchsetzen müssen:

Keine Schließung des Gesundheitsparks

F.R., München

Vorbeugehaft in Anwendung

Während des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt wurden von der Polizei Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung und Flugblattverteiler, die völlig friedlich ihrer Tätigkeit nachgingen, verhaftet. Diese Anwendung der Vorbeugehaft durch die Polizei wurde jetzt in einem Schreiben des Polizeipräsidiums begründet.

Ursprünglich war als Begründung für die Vorbeugehaft angegeben worden, daß der Festgenommene "ohne behördliche Erlaubnis die 'Kommunistische Volkszeitung', eine Zeitung verleumderischen Inhalts, zum Verkauf anbot."

Inzwischen hat sich das Polizeipräsidium eine Begründung ausgedacht, die der Vorbeugehaft Tür und Tor öffnet. Im Folgenden geben wir die wichtigsten Teile dieses Schreibens des Polizeipräsidiums an das Verwaltungsgericht Frankfurt wieder:

"Bereits Wochen zuvor war von Seiten der sogenannten Fahrpreiskomitees – Komiteezusammenschlüssen insbesondere kommunistischer Gruppierungen auf Stadtteilebene – entsprechend dem Zweck ihres Zusammenschlusses dazu aufgerufen worden, mittels einer 'umfassenden Kampagne' die Erhöhung der Fahrpreise ... zu verhindern. Maßgeblich hieran beteiligt war der Kommunistische Bund Westdeutschland ... auf Grund der Heftigkeit der Auseinandersetzungen an diesen 4 Tagen und der verteilten Flugblätter fest damit gerechnet wurde, daß die Auseinandersetzungen mit der gleichen Heftigkeit weitergehen würden – und auch gingen – zusätzlich auch bekannt war, welche Gruppen (insbesondere der KBW) sich an den Auseinandersetzungen maßgeblich beteiligt hatten, die als Mitglieder dieser Gruppen bekannt waren oder sich zu erkennen gaben, in Gewahrsam genommen, um sie an der unmittelbar bevorstehenden Begehung strafbarer Handlungen der oben geschilderten Art zu hindern. ... Dies gilt insbesondere in Anbetracht der Tatsache, daß von Anfang an – maßgeblich vom KBW mit beeinflußt – es das Ziel war, die Fahrpreiserhöhung rückgängig zu machen. Dies wurde schon von Anfang an mit den auch durchgeführten Aktionen geschehen, was auch die Bezugnahme auf die Rücknahme der Fahrpreiserhöhung in Hannover in einigen Flugblättern beweist.

Die Art der Vereinigung "KBW" läßt es auch als sicher erscheinen, daß ihre einzelnen Mitglieder völlig mit den einmal geschlossenen Zielen übereinstimmen und sich an der Durchführung der Aktionen auch aktiv beteiligen, selbst wenn sie einmal "nur" ohne Genehmigung Zeitungen an einem Stand verkaufen.

Der Kläger wurde am 31.5. in polizeilichen Gewahrsam genommen, weil dies unerläßlich war, ihn an der Begehung strafbarer Handlungen oder mit Geldbuße bedrohter Handlungen, die eine erhebliche Gefahr oder eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung darstellen, zu hindern.

Hierfür waren die oben dargestellten Gründe ausschlaggebend. **Es war nämlich aufgrund der feststehenden Mitgliedschaft des Klägers im KBW zwingend anzunehmen,** daß er sich in der einen oder anderen Form an der Auseinandersetzungen beteiligen würde.

Es konnte und mußte angenommen werden, daß der Kläger am gleichen Tag am Barrikadenbau oder anderen Ausschreitungen der geschilderten Weise mitwirken würde. Diese Annahme wird weiter dadurch begründet, daß in einem vom Kläger verkauften Zeitung die Parole verbreitet wird: "Ganz Frankfurt nach Betriebsschluß auf die Zeil! Alle Räder stehen still, wenn das ganze Volk es will!"

Immer und überall - KVZ verkaufen

Daß es richtig ist, immer und überall ein paar Kommunistische Volkszeitungen zusätzlich bei sich zu tragen, hat sich bei mir erst kürzlich wieder erwiesen.

Auf der Heimfahrt mit dem Zug von Frankfurt las ich die KVZ, als ich bemerkte, daß meine Nachbarin fleißig den Artikel zur Krise (Nr. 19) mitlas. Nach einigem Zögern sprach ich sie darauf an, daß in dieser Zeitung erklärt wird, wo die Arbeitslosigkeit und Preissteigerung wirklich herkommen und nicht gesagt wird, die Regierung oder die Arbeiter mit ihren hohen Lohnforderungen sind daran schuld. Ich gab ihr eine KVZ zum Durchblättern und schnell entschloß sie sich, sich eine zu kaufen. Sie erzählte mir noch, daß sie Sorgen um ihren Arbeitsplatz in einem großen Frankfurter Kaufhaus hat und daß es so, wie es jetzt läuft, nicht mehr weitergehen kann.

Viele Kollegen, die mit den Zuständen unzufrieden sind und für eine Änderung der Verhältnisse eintreten wollen, werden durch die organisierte Arbeit der Kommunisten nicht erreicht. Gerade deshalb ist es notwendig, überall – sei es im Bekanntenkreis, in der Stammkneipe oder auf der Fahrt mit der Bahn – die KVZ offen zu lesen und sie interessierten Menschen anzubieten und ihnen klarzumachen, daß man sich zusammenschließen und kämpfen muß, wenn man wirklich die Lage verändern will.

–ebu, Offenbach–

Auf Empörung stösst der Senat



Am 25. September fand in Hamburg eine Kundgebung gegen die Tariferhöhungen für Strom, Gas und Wasser statt. Aufgerufen haben zu dieser Kundgebung 5 Initiativen, die sich in den Auseinandersetzungen gegen die Tariferhöhungen in verschiedenen Stadtteilen entwickelt haben. Der KBW hat diese Kundgebung unterstützt.

Imperialistische Demonstration

Das Land wird der Zerstörung preisgegeben / Korrespondenzen aus den Herbstmanövern

Bold Guard: Generäle riskieren Menschenleben gegen Behördenverfügung

Kiel. Mit welcher Skrupellosigkeit die Generäle Menschenleben riskieren, zeigt sogar eine Presseerklärung des staatlichen Kanalamtes in Kiel: Die Manöverleitung hatte beantragt, bei Rendsburg direkt neben dem Nord-Ostsee-Kanal einen Absprung von 550 Fallschirmjägern plus Jeeps und Material durchzuführen. Das Kanalamt hatte diesen Antrag abgelehnt, weil die Gefahr für die Kanalschiffahrt zu groß sei (es fahren dort oft Schiffe mit gefährlichen Gütern).
Um die Manöverbedingungen möglichst hart zu gestalten, befahlen die Generäle gegen die Verfügung und ohne Wissen des Kanalamts den Absprung. Das Ergebnis war fürchterlich: Von den im Nord-Ostsee-Kanal und im Wald gelandeten Soldaten sind mindestens 6 umgekommen, zahlreiche verletzt worden. Den Verlauf des Nachtsprunges schildert folgender Bericht aus den Kieler Nachrichten vom 13. September gut:
"In Kiel erstattete Kapitän Viktorin vom 1 600 Tonnen großen deutschen Tanker "Unkas" Bericht: 'Ich fuhr in der Nacht durch die Absprungschneise. Wir hörten Hilferufe auf englisch. Mehrere Meter neben der Bordwand schwamm ein Soldat. Jeeps landeten rund 20 Meter neben uns im Wasser und an der Böschung. Hinter uns fuhr ein schwedischer Tanker, 2 600 BRT, vollbeladen mit Gasöl. Ein Lastenfallschirm verhedderte sich in der Schraube der 'Unkas'. Taucher holten ihn gestern vor der Kieler Lindenauwerft in Friedrichsort aus dem Propeller.'
Lotse Franke, der die "Unkas" führte, meinte ergänzend: 'Es war fürchterlich.' "
(aus einer Korrespondenz der KBW-Sympathisantengruppe Neumünster)



Ein Weidezaun nach einem "Panzerangriff" auf dem Gebiet der Gemeinde Schledehausen bei Osnabrück. Unter anderem wurden Drainagegräben auf den Feldern durch die Panzer zugedrückt, so daß die Äcker abzusaufen drohen.

Die Herbstmanöver der Bundeswehr und der NATO hatten im September ihre ersten Höhepunkte: Im Süden fand das Manöver "Schneller Wechsel" mit 80 000 Soldaten statt, in Schleswig-Holstein lief die Übung "Bold Guard" mit 40 000 Soldaten, im Nordseegebiet stehen gegenwärtig weitere 40 000 See- und Luftlandesoldaten im Manövereinsatz. "Schneller Wechsel" ist ein rein deutsches Manöver mit dem 3. Korps des Heeres, der Luftwaffe und 12 000 Mann aus dem Territorialheer. Die beiden anderen Übungen setzen sich aus den Streitkräften verschiedener NATO-Staaten zusammen. Dazwischen lief im westlichen Niedersachsen eine Panzerübung der britischen Rheinarmee und das Manöver "Friedenseiche" der belgischen Armee in Osthessen. Ein weiterer Manöverhöhepunkt wird auf die Bevölkerung in Süddeutschland zukommen, wenn am 10. Oktober das Manöver Reforger VI unter Beteiligung der Bundeswehr, 12 000 US-Soldaten und kanadischen Truppen anläuft.

Und das ist die Bilanz der Übungen: Zerstörungen, Verwüstungen, Unfälle, Bedrückung der Landbevölkerung und Mißachtung des Lebens der Soldaten.

Klar geht aus allen Manövern hervor, welche Rolle die Bundeswehr und überhaupt die bewaffnete Macht der westdeutschen Kapitalistenklasse in Zukunft spielen sollen. Die Manöverlagen weisen alle einen äußeren Teil auf und einen inneren Teil. In ihrem äußeren Teil sind sie abgestellt auf die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion um Europa. In ihrem inneren Teil sind sie abgestellt auf die Auseinandersetzung mit der westdeutschen Arbeiterklasse und dem Volk.
Die folgenden an die KVZ gesandten Korrespondenzen geben ein Bild von der Volksfeindlichkeit dieses imperialistischen Militärapparats.
Zu einer Hamburger Ärztin sind nach dem Ende des Manövers "Bold Guard" drei Soldaten gekommen, weil sie während der Übung schwer erkrankten. Der eine an Grippe, der andere an einem Magengeschwür und der dritte war mit den Nerven fertig. Die Ärztin berichtet von dem Gespräch mit den Soldaten:
"Der dritte war als Sanitäter eingesetzt. Die Sanitäter sollten sogenannte maskierte Verletzte behandeln, d.h. gesunde Soldaten, welchen mit Farbe Wunden aufgemalt waren. In der Wirklichkeit sah es dann so aus, daß praktisch nur echt verletzte Soldaten eingeliefert wurden. Einige von ihnen waren sogar sehr schwer verletzt und werden Krüppel bleiben. Von zwei Todesfällen berichtete er: Ein Motorradfahrer wurde von einem tiefhängenden Telefonkabel geköpft. Ein anderer Soldat wurde von einem Panzer umgefahren.
Alle drei meinten: 'Sicher sind sehr viel mehr Unfälle passiert, als der Öffentlichkeit bekannt wurde. Über die tödlichen Unfälle der Engländer am Ärmelkanal wurde in der Presse breit berichtet, und die Empörung hat in der Truppe und in der Bevölkerung um sich gegriffen. Danach wurde noch mehr darauf geachtet, daß die Informationssperre abgesichert blieb. Die hatten Angst.' "
Wie wir einer Korrespondenz von einem Soldaten aus Eschwege entnehmen, betrug die Gesamtzahl der Toten bei diesem Manöver 11, außerdem haben sich 46 Unfälle ereignet, mit 36 Verletzten und einem Schaden von 110 000 DM.

Wer ist für die Unfälle verantwortlich?

Dieser Frage ist ein Soldat aus Salzgitter nachgegangen. Er berichtet von seinen Erfahrungen:
"Bei jedem Mot-Marsch (Fahrzeug-Marsch) am Ende von Übungen kann man beobachten, wie das eine oder andere Fahrzeug auf die rechte oder linke Seite zieht, über den Bordstein fährt und wieder zurück in die Mitte der Straße fährt, bis zum nächsten Schlenker. Im vertrauten Kreis machen sich Offiziere und Feldwebel darüber lustig, wie stark der eine oder andere Fahrer Zickzack gefahren ist. Daß gerade die Überlastung während der Übungen zu diesen Gefahrensituationen führt, wird von diesen zur "Fürsorge" verpflichteten Vorgesetzten nicht beachtet. Verantwortlich für die Unfälle sind nicht die betroffenen Soldaten, sondern die Offiziere, Feldwebel und Unteroffiziere, die rücksichtslos die Anordnungen durchsetzen."
Der von den Truppen angerichtete Manöverschaden durch rücksichtsloses Durchqueren der Felder, Wälder und Wiesen mit Ketten- und Radfahrzeugen liegt allein für das Manöver "Bold Guard" zwischen 6,5 und 10 Millionen DM. Daß Felder und Wiesen nach einem Manöver regelrecht verwüstet sind, zeigt das Bild von einem Manöver der britischen Rheinarmee und die Korrespondenz aus Osthessen aus dem Manöver "Friedenseiche" der belgischen Armee. Damit die Bauern diese Zerstörung ihrer Anbauflächen hinnehmen, sollen sie "großzügig" entschädigt werden. Die Entschädigungen sollen "schnell" ausgezahlt werden. Das haben die Bauern im letzten Jahr erreicht, als sie massiv die Manöver störten mit ihren eigenen Fahrzeugen und sich gegen die Verwüstung ihrer Felder wirksam zur Wehr setzten. Die Armeeführung rechnet mit ähnlichen Aktionen auch in diesem Jahr. Im Raum Osnabrück haben sich die Bauern bereits den Panzern in den Weg gestellt, und im Donauraum sind Widerstandsaktionen gegen das Reforger VI - Manöver angekündigt worden. Man muß sich einmal die Lage der Bauern vorstellen: Ihre Lebenslage hat sich wesentlich durch das Sinken der Erzeugerpreise verschlechtert. Jetzt wird auch noch ein Teil der Ernte vernichtet (Zuckerrüben und Mais), und teilweise werden ihre Produktionsmittel zerstört!



Panzer pflügten einsaatfertige Äcker um. Mehrere Panzer wurden im Bereich der Gemeinde Schledehausen beobachtet, wie sie ohne Gummistollen fuhren. Hier ein Panzer auf dem Gebiet dieser Gemeinde am Waldrand.

Wie die Armeeführung die Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse probt

Der Einsatz des Territorialheeres vollzog sich weniger spektakulär im Hinterland. Ein Reserveleutnant aus Münster, der an einer solchen Übung in Niedersachsen vom 2. bis 13.9. teilnahm, schreibt:
"Die Lage:
Auf Grund neuer Spannungen im Nahen Osten ist die Grenze von Blauland bedroht. Im Innern ist die Bevölkerung unruhig geworden. Eine wilde Streikbewegung ist entfacht. Banden ziehen durch das Land. Feindliche Einheiten sind hinter unseren Verteidigungslinien abgesetzt worden.
Wir, die Heimatschutztruppe, haben die Aufgabe, den Feind im Hinterland zu bekämpfen."

Am Ende erhielten die 2 000 Soldaten eine Belobigung von dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Kubel, der die Truppen inspizierte. Die bürgerlichen Politiker wissen sehr genau, welche Bedeutung eine Armee für sie hat, die sie gegen Streiks der Arbeiter einsetzen können. Die Territorialarmee, die dem Befehl der Bundesregierung untersteht, ist ausschließlich für diesen Zweck aufgestellt. Sie hat eine Stärke von 300 000 Mann. Sie ist die Einsatzreserve für den Bürgerkrieg. Sie ist die Klammer für sogenannte paramilitärische Verbände, die während der Septembermanöver ebenfalls zum Einsatz kamen.

Über den Einsatz des Technischen Hilfswerks (THW) zum Beispiel heißt es in einer Korrespondenz aus Hildesheim:
"Die Lage: 'Anfang September wurden Sabotagetrupps per Fallschirm eingesetzt, die sich in der Umgebung von Hildesheim daran zu schaffen machten, Terror auszuüben durch Zerstörung von Brücken, Umspannwerken, Brandlegungen in Wäldern.' Dies war der Gegenstand einer eineinhalbtägigen Übung im Raum Hildesheim. 150 Männer des THW, der Feuerwehr, eines Versorgungszuges, eines Fernmeldezuges und eines ABC-Zuges wurden gegen die Terroristen über ein ganzes Wochenende eingesetzt zur Bekämpfung des unsichtbaren Feindes."

Die Machtdemonstration nach außen

Verteidigungsminister Leber sagte auf einer wehrpolitischen Tagung der SPD in Regensburg im Anschluß an das Manöver "Schneller Wechsel": dieses Land verdiene es, verteidigt zu werden (Süddeutsche Zeitung vom 23. September). Die Manöver haben gezeigt: Der Minister und die Armee, deren Chef er ist, verteidigen nicht dieses Land. Sie verteidigen eine gesellschaftliche Ordnung, die Herrschaft der bürgerlichen Klasse über die Arbeiterklasse und das Volk. Sie sichern die Ausbeuterordnung in Westdeutschland.

Das Land hingegen wird der Zerstörung und der Verwüstung preisgegeben, gegen das Volk und insbesondere gegen die Arbeiterklasse wird brutalster Bürgerkriegsterror entfesselt, wenn sie diese Ausbeuterherrschaft der westdeutschen Bourgeoisie nicht weiter dulden wollen und sich dagegen zur Wehr setzen.

An diesen Manövern sieht man, daß die Armee ein Machtinstrument der herrschenden Klasse gegen das Volk und gegen andere Völker ist. Der Einsatz dieser Armee bedeutet immer Krieg gegen das Volk, Krieg zwischen den herrschenden Klassen verschiedener Länder auf dem Rücken der Völker, nicht Verteidigung des Landes, sondern Verteidigung der bürgerlichen Herrschaft bei Preisgabe des Landes zur Zerstörung. Das ist schon in den Manövern so.

– g.j. –

Wilhelmsthal / Osthessen

Zählen die Menschen gar nichts?

Wilhelmsthal ist ein winziger Flecken von etwa 30 Einwohnern, doch ist es immerhin so groß, daß es mit seinen fünf Wohnhäusern, dem Bauernhof und dem Schloß Wilhelmsthal eindeutig als bewohntes Gebiet zu identifizieren ist. Die belgischen Truppen, die uns während des diesjährigen Herbstmanövers der NATO beehrten, schienen allerdings Schwierigkeiten zu haben, das zu erkennen. Auch, daß der Schloßpark ein beliebtes Ausflugsziel für erholungs- und ruhebedürftige Menschen ist, schien ihnen nicht aufzufallen. Wilhelmsthal wurde vom Manöver überrollt, im wahrsten Sinne des Wortes, mit Ruhe und Erholung war es vorbei.
Relativ harmlos fing es an mit dem Straßenlärm vorbeirollender Panzerkolonnen, der aber, wenn er wie bei uns mehrere Stunden andauert, unerträglich wird. Aber uns sollte noch Hören und Sehen vergehen!
Plötzlich lag unser Haus mitten im Schußfeld von zwei "feindlichen Parteien", die vom Wald her und von der gegenüberliegenden Straße in einer Reihe aufeinander zuwalzten. Jetzt begannen die Soldaten mit einer rücksichtslosen Ballerei. Sie sprangen von den Panzern und feuerten wüst Platzpatronen aus ihren MG's ab. Das Ganze sollte einen Nahkampf darstellen, und es wäre zum Lachen gewesen, wenn man nicht wüßte, daß das Militär trotz technisch hochentwickelter Waffen auf die Ausbildung im Nahkampf nicht verzichten kann, wenn es mal darum geht, Unruhen im Volk zu unterdrücken (andere Manöver liefen hier schon unter dem Motto: "Wilde Streiks bei Henschel" und "Fremdarbeiter zetteln Aufruhr an"). an").
Der älteste Sohn des Bauers, der sich beim Ackern in der Schußlinie befand, mußte schnell vor den Panzern flüchten. Jetzt fingen die Panzer an, die Weidezäune zu plätten. Wenn kein Vieh dort gestanden hätte, wäre es ja nur halb so gefährlich gewesen, aber so rasten die Rinder halb verrückt vor Angst aus der Weide auf die relativ verkehrsreiche Landstraße. Dem Bauer blieb fast das Herz stehen. Nur mit Mühe und Not konnte das Vieh wieder zusammengesucht werden, bevor ein Unfall passierte. Alle Wilhelmsthaler, die das sahen, waren außer sich, aber im ersten Moment hilflos einer solchen Übermacht gegenüber. Wer spontan vom Straßenrand schimpfte, bekam obendrein noch einen Knallkörper vor die Füße geworfen. Die Frau des Bauern, die sich einen höheren Offizier "vorknöpfen" wollte, erntete nur Grinsen: "Ich nur kleiner Chef, großer Chef kommt morgen". Der Bauer mußte nachmittags Herztropfen einnehmen.
Was konnten wir unternehmen? Keine Beschwerde würde erreichen, daß die Truppen nicht das nächste Mal wiederkommen! Eine Genehmigung bekommen die immer. "Zählen die Menschen denn gar nicht?" sagte kopfschüttelnd die Frau des Arbeiters von nebenan, und da haben wir uns entschlossen, doch etwas zu machen. Wenn wir schon nicht gefragt werden, sollten die Behörden und die Öffentlichkeit wenigstens sehen, was wir von so einer Zerstörung und Belästigung halten. Jeder weiß, daß der Schadensersatz für die Bauern grob über den Daumen gepeilt wird. Die Arbeit, die in einem der zermatschten Rübenfelder steckt, ist noch nie bezahlt worden! Auch nicht, wenn zum Beispiel ein Rind verreckt, weil es die Splitter vom Stacheldraht heruntergeschluckt. Wir schickten einen offenen Protestbrief und eine Unterschriftensammlung an die zuständigen Behörden und an die Zeitung, damit alle sehen können, daß es nichts nutzt, den Ärger herunterzuwürgen. Dann hängten wir an die Bäume Schilder mit rot durchgestrichenen Panzern und "Go home". Natürlich sind am besten massive Straßensperren, wie es die Bauern im letzten Herbst gemacht haben, aber dazu sind wir hier zu wenig, dazu müßten sich schon alle Caldener Bauern zusammentun!

Vertrauensmann–Artikel

Der für diese Ausgabe angekündigte zweite Teil des Artikels "Die Debatte um den Vertrauensmann in Bezug setzen zur Arbeit in den Kasernen" kann erst in der nächsten Nummer der KVZ erscheinen. Der Grund ist die Berichterstattung über die Manöver.

Der Protest war so groß, daß er selbst in den bürgerlichen Zeitungen registriert wurde und ein Bürgermeister einer Nachbargemeinde äußerte, es sei "unverständlich", und die schweren Kettenfahrzeuge hätten "ohne ersichtlichen Grund" Weidezäune niedergewalzt!
"Ohne ersichtlichen Grund" ist gut! Der Grund ist nur zu gut ersichtlich. Der Grund liegt nicht in erster Linie bei der Zerstörungswut einzelner Soldaten, wenn auch welche dabei sein mögen, denen das Spaß macht. In erster Linie haben sie ja den Befehl, ohne Rücksicht auf Verluste sich wie im Ernstfall zu benehmen.

J.B., Calden/Wilhelmsthal bei Kassel

Schlechtes Essen: 80 Soldaten haben Magenkrämpfe

Koblenz. Die Offiziere loben immer das gute Essen in der Bundeswehr. Doch nun ist in der Gneisenau-Kaserne, wie in vielen anderen Kasernen, etwas passiert, was dies widerlegt:
80 Soldaten liegen im San-Bereich mit Magen-Krämpfen. Ursache hierfür war die Büchsenwurst, die mit der letzten EPA-Packung am Freitag ausgegeben wurde.
Dies ist kein Einzelfall. Sehr ort kommt es vor, daß die Soldaten einen undefinierbaren Fraß vorgesetzt bekommen, von dem sie Bauchweh und Magenkrämpfe bekommen.

Schweizer Wurstsalat: 50 Mann krank

Nürnberg. Am Dienstag, den 17. September 1974, gab es in der Infanteriekaserne als Abendessen Schweizer Wurstsalat. Das hörte sich ganz gut an. Aber die Folge des Genusses des Wurstsalats war, daß über 50 Soldaten sich erbrechen mußten. Der Grund dafür wurde bald gefunden. Die Küche hatte alte Wurst verwendet, die inzwischen schon schlecht geworden war. Da sieht man einmal wieder, daß beim Essen für die Soldaten am meisten gespart wird, und es wichtig ist, daß die Verpflegungssätze angehoben werden.

25 Jahre Volksrepublik China

Die chinesische Arbeiterklasse und die chinesische Kommunistische Partei sind ein revolutionäres Beispiel für die Arbeiter aller Länder

Am 1. Oktober 1949 proklamierte Mao Tsetung von der Tribüne des Tienanmen in Peking die Gründung der Volksrepublik China. Der langjährige Kampf um die Freiheit des chinesischen Volkes und um die Befreiung des Landes war beendet.
Jahr für Jahr feiert das chinesische Volk diesen Tag mit einem großen Volksfest. Es feiert den Sieg der Revolution, der mit dem alten China der Unterdrückung und Ausbeutung Schluß gemacht hat. Es feiert den Aufbau des Neuen China, das keine fremden Herren und keine Ausbeuter im Innern mehr kennt.

China war ein armes, von den imperialistischen Ländern und von einer zahlenmäßig kleinen parasitären herrschenden Klasse ausgeplündertes Land. Das chinesische Volk litt grausam unter Hungersnot und Krankheit und unter den Erniedrigungen der imperialistischen Herrschaft. 25 Jahre seit der Befreiung haben gezeigt, was ein Volk leisten kann, das seine eigenen und fremden Herren verjagt und sein Schicksal in die eigene Hand genommen hat. China ist immer noch ein Entwicklungsland. Verglichen mit den in den imperialistischen Ländern angehäuften Reichtümern scheint es noch arm. Aber die Erfolge des chinesischen Volkes bei der Überwindung von Unterdrückung und Armut sind unübersehbar. Die Ernährung der mehrere hundert Millionen zählenden Bevölkerung ist aus eigener Kraft vollständig gesichert. Ständig wächst die chinesische Industrieproduktion in immer schnellerem Wachstum. Die Geschichte und die Verhältnisse Chinas sind von den unsrigen sehr verschieden. Gültig aber ist die Erfahrung für alle Völker, daß das Volk, wenn es seine Sache selbst bestimmt, alle Dinge vollbringen kann.

Die chinesische Arbeiterklasse und das chinesische Volk haben in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt

Der 1. Oktober ist vor allem deshalb ein Feiertag, weil mit der Gründung der Volksrepublik China nicht nur der Befreiungskampf abgeschlossen, sondern eine neue, die sozialistische Revolution eingeleitet wurde. Die chinesischen Arbeiter und Bauern gaben die eroberte politische Macht nicht mehr aus ihren Händen. Unter der Führung der Kommunistischen Partei bauten sie ein Land auf, dessen Produktion nicht durch das Gesetz des Profits, sondern durch den gemeinsamen, bewußten Plan der politisch vereinten Volksmassen bestimmt wird.
In der Kulturrevolution gingen sie den Weg der Fortführung des Klassenkampfes und der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und überwanden die Gefahren einer Wiederherstellung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse. Die chinesische Arbeiterklasse und die chinesische Kommunistische Partei haben damit ein revolutionäres Beispiel gegeben, von dem die Arbeiter aller Länder lernen können, um so leichter Erfolge in ihrem Kampf zu erzielen und einmal gemachte Fehler nicht zu wiederholen.

1917 war es die russische Oktoberrevolution, die die Arbeiter in vielen Ländern, auch Bauern und Intellektuelle, begeisterte und für den Sozialismus gewann. Heute ist es die chinesische Revolution, im besonderen die chinesische Kulturrevolution, die die Sache der revolutionären internationalen Arbeiterklasse propagiert. Vor allem hat sie die Revolutionäre aller Länder von dem Alpdruck der sowjetischen Entwicklung befreit, deren Rückkehr zur kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung solange unausweichlich schien, wie die internationale Arbeiterklasse keinen Schritt vorwärts zur Lösung dieser Frage tun konnte.
Die chinesische Kommunistische Partei hat seit Beginn der 60er Jahre den offenen ideologischen Kampf gegen die Revisionisten in den damals sozialistischen Ländern und den verbürgerlichten, ehemals kommunistischen Parteien an erster Stelle geführt. Die chinesische Arbeiterklasse und das chinesische Volk haben durch den Aufbau ihres Landes in der Praxis gezeigt, daß der fortgeführte Kampf gegen die Überreste der alten Gesellschaft und die neu entstehende Bourgeoisie erfolgreich geführt werden kann. Der staatliche Aufbau des sozialistischen China dient allein dem Volk. Mit den in der Kulturrevolution geschaffenen Machtorganen, den Revolutionskomitees, knüpft die chinesische Arbeiterklasse an die Erfahrungen der revolutionären Arbeiter Europas und Rußlands an, die mit der Schaffung der Räte um die politische Macht kämpften.
Vom Volk jederzeit kontrollierbar, sind diese Machtorgane schon "kein Staat im eigentlichen Sinne mehr", keine vom Volk getrennte Unterdrückungsmaschine. Die neue geplante Verfassung der Volksrepublik China wird diese Erfahrungen, die die wiederbelebten Traditionen der Pariser Kommune sind, berücksichtigen.

Chinas Rolle heute in der Welt

China hat die von den Imperialisten aufgezwungene Isolierung durchbrochen und ist international zum Sprecher der um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Nationen geworden. Seine Bedeutung in internationalen Verhandlungen und Konferenzen ergibt sich gerade und allein daraus: China vertritt am konsequentesten gegen die imperialistischen Mächte den Standpunkt der kleinen und mittleren Staaten in ihrem Streben nach Unabhängigkeit. Es unterstützt bedingungslos die um Befreiung kämpfenden Völker. Gleichzeitig betrachtet die KP Chinas es als ihre "unbedingte proletarische internationalistische Pflicht, den revolutionären Kampf der Menschen in allen Ländern zu unterstützen", wie sie es in einem Grußschreiben zum 35. Jahrestag der Kommunistischen Partei Birmas ausgedrückt hat.

Diese Politik hat den Tanz auf dem internationalen diplomatischen Parkett kräftig durcheinandergewirbelt. Manche Leute werfen der Volksrepublik China vor, daß sie überhaupt mittanze, während sie nicht sehen, daß hier ein neuer Takt geschlagen wird, bei dem die imperialistischen Mächte aus dem Tritt geraten. Vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten reagieren mit bewußtloser Wut, weil ihr Spiel nur funktioniert, wenn sie ihr Streben nach Vorherrschaft in der Welt hinter einer fortschrittlichen Lackierung verstecken können. Damit ist nun Schluß. Als die Volksrepublik China in die UNO aufgenommen wurde, tanzten die Delegierten einiger afrikanischer Staaten vor Freude und Begeisterung. Sie und alle Revolutionäre haben guten Grund dazu.

Wie die russische Oktoberrevolution hat die chinesische Revolution das Gesicht der Welt verändert. Die Herrschaft des Imperialismus geht ihrem Ende entgegen. Hunderte Millionen von Menschen haben mit der Geschichte Schluß gemacht, in der der Mensch durch den Menschen ausgebeutet wird und sein ärgster Feind ist. Sie widmen ihre täglichen Anstrengungen dem Aufbau des Sozialismus und der Sache der Weltrevolution.
Daß die Massen selbst ihre Geschichte in die Hand genommen haben, sich aus jahrhundertelanger Unterdrückung befreien und ein Werk begonnen haben, das eine neue historische Epoche zum Durchbruch gebracht hat, das feiert das chinesische Volk am 1. Oktober.

–W.D.–



Die Proklamierung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 durch Mao Tse-tung auf der Tribüne des Tienanman.

Warum die VR China Leute wie Kohl empfängt

Warum empfängt die Volksrepublik China Leute wie Kohl, wird oft gefragt. Das liegt daran, daß die Volksrepublik China zwar ein großes sozialistisches Land ist, in dem ein großer Teil der Weltbevölkerung lebt, daß die Volksrepublik China aber ein Staat unter vielen ist. Ein großer Teil dieser Staaten wird durch Leute wie Kohl vertreten. Will die Volksrepublik China mit diesen Staaten Beziehungen unterhalten, muß sie sich mit solchen Leuten unterhalten. Zweifellos verhandelt die Volksrepublik China lieber mit Vertretern der Volksrepublik Albanien oder mit Vertretern der Staaten der Dritten Welt wie Bouteflika (algerischer Außenminister) oder Nyerere (Präsident von Tansania). Will sie mit der Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen unterhalten, dann muß sie sich, wie die Dinge heute liegen, an die Regierung und die Opposition halten.

Die Volksrepublik China hat seit ihrer Gründung vor 25 Jahren immer zu allen Staaten diplomatische Beziehungen angestrebt. Während früher diese Staaten die Volksrepublik China isolieren wollten, müssen sie inzwischen mit der Volksrepublik China verhandeln und Beziehungen pflegen. Die Kräfteverhältnisse haben sich zugunsten der Volksrepublik China verlagert. Daß inzwischen fast alle Staaten der Welt diplomatische Beziehungen unterhalten, ist ein großer Erfolg für die Volksrepublik China. Daß in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland die Regierung und die Opposition an diesen Beziehungen vorläufig nicht rütteln wollen, zeigt die Stärke der Volksrepublik China.

Für die Vertreter der Volksrepublik China bedeutet das, daß sie mit Leuten wie Scheel und Kohl an einem Tisch sitzen müssen Auch das ist Ausdruck der Kräfteverhältnisse in der Welt. Das zu ändern liegt nicht in den Händen der Volksrepublik China, sondern in den Händen der westdeutschen Arbeiterklasse und des Volkes in Westdeutschland. Solange die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland den bürgerlichen Staat nicht gestürzt haben, muß die Volksrepublik China mit diesem Staat und seinen Vertretern rechnen. Zu Edgar Snow, dem amerikanischen Arzt und verstorbenen Freund der Volksrepublik China, hat Mao Tse-tung einmal gesagt, natürlich würde er lieber mit ihm als mit Nixon über die chinesisch-amerikanischen Beziehungen beraten. Aber das ginge ja leider nicht. So ist es.

Für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und den Aufbau des Sozialismus ist das Beispiel der Volksrepublik China sehr wichtig: die umfassende Demokratie, die dort die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen ausüben können, weil sie die politische Macht erobert haben; der großartige Aufbau der Landwirtschaft und Industrie, den sie seither vollbracht haben. Die siegreiche chinesische Arbeiterklasse und das chinesische Volk können den Besuch eines Kohl gut verkraften.

Ihr Beispiel wird dadurch nicht verdunkelt. Im Gegenteil. Wir sehen: Auf die chinesische Arbeiterklasse kann der Kapitalistenvertreter Kohl schon nicht mehr herunterschauen. Er muß ihre Herrschaft anerkennen und ihre Vertreter anerkennen. Die Existenz der Volksrepublik China bedeutet einen Schlag ins Gesicht der Imperialisten und ihrer Vertreter. Heute schreien sie allerdings nicht mehr wie vor ein paar Jahren noch Kohls Vorgänger Kiesinger hysterisch: "Ich sage nur China, China, China", als er in einer Wahlveranstaltung den Teufel an die Wand malen wollte; heute gehen sie damit hausieren, daß sie in der Volksrepublik China empfangen worden sind.

–G.S.–

Grussadresse

An die
Regierung der Volksrepublik China;
An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Genossen,
anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China übermitteln wir dem chinesischen Volk und der Kommunistischen Partei Chinas herzliche Glückwünsche.
In langen Jahren des Kampfes hat das chinesische Volk stets die großen Errungenschaften im Aufbau des Sozialismus gegen alle äußeren und inneren Feinde verteidigt und wir sind gewiß, daß es unbeirrbar voranschreitet im weiteren Aufbau des Sozialismus und im Kampf für die klassenlose Gesellschaft.
Dieser Jahrestag ist eine große Ermutigung für die Arbeiter aller Länder. Er gibt der internationalen kommunistischen Bewegung große Zuversicht.
Wir sind sicher, daß die herzliche Freundschaft, die dem chinesischen Volk von den Völkern der Welt entgegenschlägt, sich weiter festigen wird; wir werden alles in unserer Kraft Stehende tun, die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und dem chinesischen Volk zu vertiefen.

Mit kommunistischem Gruß
Zentrales Komitee
des Kommunistischen
Bundes Westdeutschland.

Publikationen aus der VR China

In den 25 Jahren seit Gründung der Volksrepublik China haben die chinesischen Volksmassen unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit den überlieferten reaktionären Ideen radikal gebrochen und große Erfolge beim sozialistischen Aufbau des neuen China in allen gesellschaftlichen Bereichen errungen. Die Volksrepublik China ist ein hervorragendes Beispiel dafür, daß der Sozialismus keine Utopie, sondern Wirklichkeit ist.
Die aufgeführten Publikationen und Zeitschriften sind so gestaltet, daß die unmittelbare Schilderung der Tatsachen, der Erfolge in Industrie, Landwirtschaft, im Gesundheits- und Erziehungswesen usw. mit der Analyse ihrer politischen Bedeutung verbunden werden. Sie geben somit eine authentische Information über die Volksrepublik China und über die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus.

Dadschai — Vorbild für die Landwirtschaft in China
35 Seiten Preis: 0,40 DM

Große Veränderungen in Tibet
64 Seiten Preis: 0,70 DM

Das neue China
174 Seiten Preis: 7,50 DM
Verlag Jürgen Sendler

Artikel und Reportagen chinesischer Reporter und Redakteure über Politik, Produktion und gesellschaftlichen Aufbau im sozialistischen China

Datjing — Ein rotes Banner an Chinas industrieller Front
67 Seiten Preis: 0,55 DM

Chinas Frauen von heute
84 Seiten Preis: 0,85 DM

Zu beziehen über: BUCHVERTRIEB OFFENBACH, 6050 Offenbach, Bieberer Str. 82, Telefon 0611/88 89 28

PEKING RUNDSCHAU

北京周報

PEKING RUNDSCHAU ist eine politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten.

Sie enthält:
- Berichte über Chinas sozialistische Revolution und sozialistischen Aufbau
- Chinas Ansichten in internationalen Fragen
- Theoretische Artikel
- Wichtige Erklärungen und Dokumente

Die **PEKING RUNDSCHAU** erscheint in Deutsch, Englisch, Französisch, Japanisch und Spanisch. Sie wird per Luftpost in alle Welt versandt.

	Einzelh.	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre
DM	0.40	12.00	18.00	24.00

CHINA IM BILD

人民畫報

CHINA IM BILD ist eine Monatsschrift in Grossformat mit reichem Bildmaterial und knappen Texten. Diese Zeitschrift berichtet von Chinas neuen Erfolgen auf verschiedenen Gebieten, zeigt das neue Leben von Chinas Nationalitäten und informiert über den freundschaftlichen Verkehr zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern aller Länder der Welt.

Gegenwärtig erscheint diese Illustrierte in 16 Sprachen: Chinesisch, Deutsch, Koreanisch, Russisch, Englisch, Französisch, Japanisch, Vietnamesisch, Indonesisch, Hindi, Spanisch, Arabisch, Schwedisch, Suaheli, Italienisch und Urdu.

	Einzelh.	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre
DM	1.00	10.00	15.00	20.0?

Die Chile-Demonstration in Frankfurt - Ergebnis einer richtigen Politik der Aktionseinheit

Die Chile-Demonstration in Frankfurt hat den Kräften der Revolution in Westdeutschland und Westberlin einen großen Auftrieb gegeben. Die bürgerlichen Kräfte hat sie in Erstaunen versetzt. Den bürgerlichen Zeitungsschreibern ist aufgefallen, daß diese Demonstration sehr einheitlich gewesen ist und daß sie groß gewesen ist. Es ist ihnen aufgefallen, daß sie gut organisiert gewesen ist und daß sie von revolutionärem Willen geprägt war. Die Kräfte der Revolution sind keineswegs so zersplittert, wie die Bourgeoisie gehofft hat, und sie sind auch nicht so schwach, wie die Bourgeoisie gehofft hat. Auch sind die Kräfte der Revolution nicht "chaotisch", sondern zu geschlossenem, diszipliniertem Handeln fähig. So wenig die bürgerliche Presse über die Chile-Demonstration in Frankfurt berichtet hat, so sehr waren diese Berichte durch Verblüffung gekennzeichnet.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt z.B.:
"Die erste Überraschung der 'Nationalen Chile-Demonstration' am Wochenende in Frankfurt war sicherlich die Zahl der Teilnehmer." "Die zweite Überraschung war der friedfertige Verlauf des Massenauftritts." "Zur dritten Überraschung dieses Samstag schließlich geriet die scheinbare Einheit der ansonsten in heftiger Bruderfehde liegenden Organisationen links von den Jungsozialisten." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. September)

Ist der Verlauf der Demonstration in Frankfurt tatsächlich überraschend? Nein, das ist er nicht. Er ist Ausdruck der Empörung der Massen über den Militärputsch in Chile; der Entschlossenheit der Massen, den Widerstand gegen die Junta zu unterstützen, und er ist das Ergebnis einer richtigen Politik der Aktionseinheit, die dieser Empörung und Entschlossenheit der Massen zum Ausdruck verholfen hat.

Aus der Überraschung der bürgerlichen Presse spricht Unruhe: Lieber hätte sie eine Demonstration von ein paar Hundert gesehen, statt von Zehntausenden; lieber hätte sie ein paar zerdepperte Fensterscheiben und eine Straßenschlacht gesehen, und am liebsten hätte sie gesehen, daß die Differenzen unter den revolutionären Organisationen eine einheitliche Massendemonstration verhindert hätten. In all diesen Erwartungen ist sie enttäuscht worden, weil die Massen klug sind und weil sie sich mit Hilfe ihrer politischen Organisationen bewußt bewegen und das tun, was sie für richtig halten und nicht das, was sich die Bourgeoisie wünscht.

Nur wer die Lage richtig einschätzt, kann die Massen zusammenschließen!

Zu zentralen Demonstrationen kann man immer aufrufen, und manche machen das auch. Die Frage ist jedoch nicht, ob irgendjemand zu irgendetwas aufruft, sondern die Frage ist, ob der Aufruf zu einer Zentralen Demonstration den Notwendigkeiten des internationalen Klassenkampfes und dem Wunsch der Massen entspricht. Der Aufruf zu der zentralen Chile-Demonstration hat beidem entsprochen: Die chilenische Arbeiterklasse und das chilenische Volk brauchen nach ihrer Niederlage und nach Aufnahme des schwierigen und opfervollen Widerstandskampfes gegen die faschistische Militärdiktatur die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse und aller Völker der Welt. Der Kampf der chilenischen Arbeiterklasse gegen den Imperialismus und gegen den Kapitalismus mahnt die internationale Arbeiterklasse und die Völker aller Welt, den Widerstand gegen die Junta zu unterstützen und die chilenische Arbeiterklasse und das chilenische Volk nach der vorübergehenden Niederlage nicht im Stich zu lassen. Der Notwendigkeit der Unterstützung des chilenischen Widerstandes entspricht deshalb eine große Bereitschaft, ihn tatsächlich zu unterstützen. Dies ist auch in Westdeutschland der Fall. Der Aufruf der Chile-Komitees hat den Notwendigkeiten des internationalen Klassenkampfes und dem Wunsch der Massen in Westdeutschland und Westberlin entsprochen. Wenn Zehntausende an einer zentralen Demonstration teilnehmen, dann beweist das, daß Hunderttausende die Ziele dieser Demonstration teilen.

Nur wer die Einheit der Massen anstrebt, kann die Massen mobilisieren

Die Einheit der Massen kann man nicht mit willkürlichen Vorschlägen anstreben. Nur wer zum richtigen Zeitpunkt den richtigen Vorschlag macht, kann die Massen zusammenschließen. Ein solcher Vorschlag muß **erkennbar** die Einheit anstreben. Sturz der Junta mit allen Mitteln! Uneingeschränkte Unterstützung des Widerstandes gegen die Junta! – Das sind die Losungen, unter denen sich gegenwärtig alle zusammenschließen können, die auf der Seite der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes stehen wollen. Weil die Chile-Komitees auf dieser Linie die Einheit der Massen anstrebten, war ihr Aufruf erfolgreich. Keiner war ausgeschlossen, der den chilenischen Widerstand wirklich unterstützen will. Wer allerdings dem chilenischen Widerstand Bedingungen stellen will und zur Solidarität nur bereit ist, wenn seine Bedingungen erfüllt sind, wer die Solidaritätsbewegung auf seine Auffassungen einschränken will, der konnte nicht gut mitmachen. Organisationen, die Bedingungen stellen, den Widerstand und die Solidaritätsbewegung nach ihren begrenzten Vorstellungen modeln wollen, gibt es viele. Die Massen wollen das aber nicht. Deshalb war der Aufruf der Chile-Komitees richtig.

Der KBW ist in den Chile-Komitees zunächst für einen weitergehenden Aufruf eingetreten. Erst als unsere Mitglieder bei den Verhandlungen in Göttingen mit diesem Aufruf nicht durchkamen, haben sie den späteren Aufruf als Minimalplattform eingebracht, die schließlich von allen Chile-Komitees unterschrieben wurde. Inzwischen ist das Zentrale Komitee des KBW zu der Auffassung gekommen, daß es richtig gewesen wäre, von vorneherein eine solche Minimalplattform einzubringen, auf der sich die selbständige Agitation und Propaganda des KBW entfalten konnte. Stattdessen haben wir zunächst versucht, unsere eigenen umfassenden Anschauungen zur Grundlage der Aktionseinheit zu machen. Das war falsch. Die Plattform einer Aktionseinheit muß **ausreichend** sein und darf **keine prinzipiellen Fehler enthalten.** Diese Bedingungen erfüllte der Aufruf. Die Einheit der Massen und die Agitation und Propaganda der Kommunisten konnte sich auf ihr entfalten. Beides haben die Demonstration in Frankfurt und die vorhergehenden örtlichen Aktivitäten und Vorbereitungen glänzend bewiesen.

Nur wer sich auf die Massen stützt, kann die Aktionseinheit der Massen herstellen.

Die Chile-Komitees haben sich mit ihrem Aufruf direkt an die Massen gewandt. Sie haben ihren Vorschlag für die Durchführung der Demonstration in Frankfurt an die Massen gerichtet und so die Initiative ergriffen. Nachdem sie ihren Aufruf veröffentlicht hatten und ihren Vorschlag festgelegt hatten, haben sie sich aber auch an alle Organisationen gewandt, die behaupten, den chilenischen Widerstand zu unterstützen. Alle Organisationen wurden aufgefordert, eine breite Aktionseinheit zur Durchführung der Chile-Woche und der zentralen Demonstration zu bilden. Dieses Vorgehen war richtig, so wurde die Durchführung der Demonstration nicht von der Zustimmung dieser oder jener Organisation abhängig gemacht. Gleichzeitig konnte keiner sagen, seine Organisation sei umgangen worden, deshalb mache er nicht mit.

Bei einer richtigen Politik der Aktionseinheit müssen alle Organisationen Farbe bekennen

Viele Organisationen behaupten, sie stünden auf der Seite des chilenischen Widerstandes. Durch eine richtige Politik der Aktionseinheit werden sie gezwungen, den Worten Taten folgen zu lassen. Lassen sie dennoch den Worten keine Taten folgen, dann lernen die Massen, was von den Worten dieser Organisationen zu halten ist. Wie sie sich zur Chile-Demonstration in Frankfurt verhalten haben, an dieser Frage werden die Massen die verschiedenen Organisationen noch lange messen.

Die SPD hat den Aufruf zur Chile-Demonstration in Frankfurt ignoriert. Die Jungsozialisten haben eine Beteiligung abgelehnt, weil sie nicht mit Kommunisten zusammenarbeiten würden, und weil sie nur Aktionen des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees, das sie zusammen mit Jungdemokraten und Sozialistischer Deutscher Arbeiterjugend (Jugendorganisation der DKP) unterhalten.

Die DKP hat jede Beteiligung abgewehrt, weil der Aufruf der Chile-Komitees kein Loblied auf die Unidad Popular enthält und weil die DKP entsprechend These 41 ihres Parteitagsbeschlusses von Düsseldorf grundsätzlich mit Marxisten-Leninisten keine Aktionseinheit eingeht. Die DKP hat versucht, den Koordinationsausschuß der chilenischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik für ihre Intrigen einzuspannen. Das ist ihr nicht gelungen. Außer der Kommunistischen Partei Chiles haben alle chilenischen Organisationen die Demonstration schließlich unterstützt.

Wie haben sich die Organisationen verhalten, die sich marxistisch-leninistisch nennen?

Die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) hat beklagt, daß der Aufruf der Chile-Komitees nicht den Hauptstoß gegen die Unidad Popular und gegen den Revisionismus richtet. Sie hat sich an der Demonstration nicht beteiligt.

Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei (München) hat behauptet, der Aufruf der Chile-Komitees erwecke den Eindruck, als habe in Chile unter Allende der Aufbau des Sozialismus begonnen. Er hat sich nach kurzem Schwanken nicht beteiligt.

Der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (Tübingen) hat sich offiziell nicht geäußert. Seine Studentenorganisation KSG/ML hat geschwankt. Schließlich hat sie direkt gegen die Demonstration in Frankfurt gehetzt, weil sie angeblich nicht angemeldet sei und weil der KBW ein Abenteuer plane (Flugblatt in Stuttgart).

Der Kommunistische Bund (Hamburg) hat eine Beteiligung abgelehnt. Eine zentrale Demonstration sei falsch. Außerdem richte sich der Aufruf der Chile-Komitees an alle Organisationen, also auch an die CDU. Da könne er nicht mitmachen!

Man sieht: Angesichts einer Initiative zur einheitlichen Aktion haben diese Organisationen nach Vorwänden gesucht, um sich fernzuhalten.

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hat die Aktionseinheit auf Grundlage des Aufrufes abgelehnt. Der Aufruf richte den Hauptstoß nicht gegen den US-Imperialismus. Nach kurzem Schwanken hat die Gruppe Rote Fahne alle Kräfte darauf gelegt, die Demonstration zu spalten. Sie hat aufgerufen nach Frankfurt, aber für einen besonderen, wie sie es nannte, "revolutionären" Block. Mit diesem Block, etwa 3 000 bis 3 500 Teilnehmern, marschierte sie am Schwanz der Demonstration.

Direkt den Aufruf der Chile-Komitees unterstützt haben schließlich nur:
das Sozialistische Büro; einige trotzkistische Gruppen; die Gruppen um den Frankfurter Revolutionären Kampf, die innerhalb der Demonstration einen eigenen Block bildeten mit etwa 4 000 Teilnehmern; und der Kommunistische Bund Westdeutschland.

Obwohl nur wenige Organisationen den Aufruf unterstützt haben, ist die Demonstration ein großer Erfolg geworden. Warum? Weil er trotz der Blockade- und Sabotageversuche der verschiedenartigsten Organisationen die Massen erreicht hat. Die Massen haben den Aufruf unterstützt und sich auf ihm zusammengeschlossen. Das drückte sich in zahlreichen örtlichen Aktivitäten aus in den Betrieben und Gewerkschaften, in den Schulen und Schülermitverwaltungen, in den Jugendzentren und verschiedenen Initiativgruppen. Das drückte sich in der großen Teilnehmerzahl und der Einheit der Massendemonstration in Frankfurt aus.

Mehr als 25 000 Demonstranten in Frankfurt?
Die KVZ-Leserin A.J. aus Bensberg bei Köln schreibt uns, daß sie und andere Teilnehmer an der Frankfurter Demonstration überhaupt nicht einverstanden sind mit der Teilnehmerzahl, die die KVZ angibt. Die Zahlenangabe der KVZ ist eine Schätzung und beruht auf verschiedenen Zählungen. Es kann gut sein, daß die Demonstration mehr als 25 000 Teilnehmer umfaßte. Die Genossin geht von 33 000 bis 38 000 aus. Auch der Polizeifunk nannte solche Zahlen. Die Genossin schreibt: "... der Anblick der zusammengekommenen Genossen sowie die versteckten linken Fäuste hinter den halboffenen Fenstern (einige hingen rote Tücher und Pullover zu den Fenstern heraus) gab mir Kraft und Mut, der mir eine solidarische Richtung mit den Kommunisten gab."
Daran ändern unterschiedliche Schätzungen über die Teilnehmerzahl nichts. Besser ist es, wenn die KVZ von ihren Lesern kritisiert wird, daß sie den Erfolg untertrieben hat, als umgekehrt.
Red.

Die Demonstration in Frankfurt hat Auswirkungen bis in die SPD hinein

Örtlich konnten viele Sozialdemokraten und Jungsozialisten für die Teilnahme an der Frankfurter Demonstration gewonnen werden. Einen wirklichen Einbruch in die Reihen der Sozialdemokratie rief jedoch erst der Erfolg der Frankfurter Demonstration selbst hervor. Bereits vor der Demonstration hatten Frankfurter Sozialdemokraten wie ein Mitglied des Juso-Unterbezirksvorstandes festgestellt: "Unsere Mitglieder demonstrieren doch alle mit, auch wenn wir nicht aufrufen." Nach der Demonstration überschlugen sich verschiedene Spitzenorganisation der Frankfurter Sozialdemokraten dabei, den Erfolg der Demonstration zu verdauen und die Kritik ihrer Mitglieder aufzufangen. Ein Sprecher der SPD-Fraktion des hessischen Landtages bezeichnete die Demonstration als "vorbildlich demokratisch" (Frankfurter Rundschau vom 18. September). Der Unterbezirksvorstand Frankfurt der SPD mahnte sogar, in der Solidaritätsarbeit nicht nachzulassen und sie "über den einen Tag hinaus" entschlossen fortzusetzen (Frankfurter Rundschau vom 19. September). Der "Vorwärts" ist auf einmal voll von Artikeln über Chile und sogar die SPD-Bundestagsfraktion faßte am 18. September, also 7 Tage nach dem Jahrestag des Putsches und 4 Tage nach der Massendemonstration in Frankfurt, einen Beschluß auf Überprüfung der Kredite der Bundesregierung an die Junta. Sie stellte fest, die chilenische Junta treffe mit Recht die Verachtung der Welt.

Dies sind Auswirkungen der breiten Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Widerstand und Nachwirkungen der Frankfurter Demonstration. Nur unverbesserliche Sektierer werden diese Auswirkungen für schlecht halten. Sie sind gut. Nur unverbesserliche Optimisten werden freilich diese schönen Worte bereits für Taten nehmen. Das sind sie nicht. Sie sind aber eine Widerspiegelung der Stärke der Massenbewegung. Als solche nehmen wir sie ernst. Die Massen werden die Taten der Sozialdemokratie an ihren Worten messen. Deshalb fördern solche großen Worte keine Illusionen, sondern tragen zu ihrer Beseitigung bei.

Die DKP versucht verlorenes Terrain wiederzugewinnen

Die DKP hatte zum Jahrestag des Putsches in Chile eigentlich nicht viel vor. Seit Monaten hatte sie bloß noch ihr UZ-Pressefest im Kopf. Erst als sich die Solidaritätsbewegung entfaltete, als die DKP unter den Druck der Politik der Aktionseinheit kam, leitete sie einige örtliche Aktivitäten ein. Diese waren durch und durch von Halbherzigkeit und Trübseligkeit geprägt und blieben überall hinter den Aktivitäten der Chile-Komitees und des KBW zurück, so z.B. in Bremen, München und Westberlin. Nach der Frankfurter Demonstration tat die DKP zweierlei: Sie spielte die Stärke der Frankfurter Demonstration herunter (die UZ vom 16. September sprach von 16 000 Teilnehmern) und

Fortsetzung nächste Seite

Die Chile-Demonstration

Ergebnis einer richtigen Politik der Aktionseinheit

Fortsetzung

log das Blaue vom Himmel herab über ihre eigenen Aktivitäten (UZ: 80 000 hätten sich an Veranstaltungen und Demonstrationen des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees und der DKP beteiligt). Gleichzeitig wärmt sie die längst widerlegte Behauptung auf, die chilenischen Organisationen hätten sich von der Frankfurter Demonstration distanziert (UZ vom 20. September). Ist es da nicht erstaunlich, daß alle chilenischen Organisationen mit Ausnahme der revisionistischen Kommunistischen Partei Chiles auf der Frankfurter Demonstration durch Sprecher oder Grußadressen vertreten waren? Das freilich berichtet die UZ ihren Lesern nicht. Es ist jedoch eine alte Volksweisheit, und diese gilt auch noch heute: Lügen haben kurze Beine. Selbst die Mitglieder der DKP werden schließlich die Lügen ihrer Führung nicht mehr glauben.

Sektierertum und Marxismus-Leninismus sind wie Wasser und Feuer

In Westdeutschland gibt es heute wenigstens 6 Organisationen, die sich als marxistisch-leninistisch bezeichnen. Solange einfach irgendwelche Reden geschwungen werden, ist es sicherlich schwierig zu unterschieden: Wer hat recht und wer hat unrecht, wer will die proletarische Revolution und die Einheit der Massen, wer will sie nicht. Sowie es um Taten geht und praktische Politik, kann man diese Fragen schnell entscheiden. Kann sich eine Organisation unter den Massen bewegen, kann sie die Massen für gerechte Ziele in Bewegung setzen, oder kann sie das nicht? Dient eine Organisation dem Zusammenschluß der Massen oder schadet sie ihm? So lauten dann die Fragen. Schnell stellt sich heraus, daß keineswegs alles marxistisch-leninistisch ist, was sich so nennt. Können Leute Marxisten-Leninisten sein, die zu Hause hocken und hoffen: Hoffentlich läuft die Demonstration schief, hoffentlich finden wir nachträglich eine Rechtfertigung für unsere Spaltereien – während Zehntausende für gerechte Forderungen und Ziele auf die Straße gehen? Nein, das können nicht nur keine Marxisten-Leninisten sein, das sind direkt schädliche und massenfeindliche Elemente. Können Leute Marxisten-Leninisten sein, die, sowie sie Massen in Bewegung sehen, nur einen Gedanken kennen: Wie kann ich sie spalten? Nein, das sind keine Marxisten-Leninisten. Im besten Fall sind sie Sektierer.

Die Demonstration in Frankfurt hat gezeigt, wer wo steht und wer wo hinwill

Eine Massendemonstration wie die in Frankfurt ist eine ausgezeichnete Sache. Sie nützt der Arbeiterklasse und dem Volk in Chile und sie nützt der Arbeiterklasse und der revolutionären Bewegung hier in Westdeutschland. Sie schadet der chilenischen Junta und ihren Hintermännern, sie schadet der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat in Westdeutschland. Nach einer solchen Massenaktion findet sich sich jeder leichter zurecht als zuvor: Hat man sich jahrelang gefragt: Worin besteht eigentlich der Unterschied zwischen den verschiedenen Organisationen, die sich alle als marxistisch-leninistisch nennen und revolutionär – bei der Untersuchung des Handelns dieser Organisationen zeigt sich schnell: Der Unterschied ist der zwischen Marxisten-Leninisten und solchen, die sich so nennen. Die Auseinandersetzungen werden durchschaubar und überschaubar. Das ist gut und bringt die revolutionäre Bewegung ebenfalls voran.

Die große Vietnam-Demonstration in Bonn vom Januar 1973 war ein solcher Schritt. Die Chile-Demonstration von Frankfurt war ein weiterer Schritt. Wenn man die beiden Demonstrationen vergleicht und das Verhalten der verschiedenen Organisationen, dann hat sich wenig geändert. Die Organisationen, die damals gespalten haben, spalten auch heute noch. Die Organisationen, die damals für die Einheit eingetreten sind, tun das weiterhin. Geändert hat sich, daß die Einheit der Massen vorangeschritten ist und die Spalter mehr isoliert sind als je. Das ist nicht erstaunlich. In Frankfurt aber hat es jeder gesehen.

Joscha Schmierer
Sekretär
des Zentalen Komitee des KBW

„Kein einziger Helm war auf dem Platz."

Auszug aus einem Interview mit einem Bauarbeiter und einer Arbeiterin einer Textilfabrik über die Feier der Junta:

Frage: Companero, was hältst du von der Kundgebung gestern, zum 11. September?

"Bueno, zu dem Festakt, den die Gorillas gestern veranstalteten, kann ich folgendes sagen: Unsere Kollegen aus den Fabriken oder, wie ich erfahren habe, auch aus dem öffentlichen Bauministerium, wurden gestern verpflichtet teilzunehmen. Man übergab die Arbeitsausweise (um an die Arbeitsplätze zu kommen) den Kollegen erst auf der Kundgebung selbst, so daß sie gezwungen waren, teilzunehmen, wenn sie am nächsten Morgen zur Arbeit wollten. . .Im Fernsehen sahen wir einige Genossen – wir schauten nur zu, um zu sehen, ob sie mit ihren Arbeitshelmen gekommen waren. Um zu sehen, ob es war wie bei den Kundgebungen für unsere Regierung unter Genosse Allende, wo wir alle in Arbeitsanzügen und unseren Arbeitshelmen auf die Straße gingen. "Das war nicht Eitelkeit oder irgend eine Nebensache, das war um zu zeigen, daß die Arbeiterklasse präsent war, für die Regierung des Genossen Allende. Nun, und gestern: Gestern, am Elften, am Jahrestag zahlloser Morde der faschistischen Junta, da sahen wir keinen einzigen Helm auf dem Platz!

Frage: Wie war es in Eurer Poblacion: gab es viele, die zur Kundgebung gegangen sind?

"Hier kamen etwa 20 Lastwagen an, um Leute mitzunehmen. Sie fuhren alle leer wieder weg. Sie stellten überall Busse an die wichtigsten Kreuzungen. Von den 10 Bussen, die normalerweise den Verkehr zur Innenstadt machen, liefen 3. Sie fuhren los mit 6 Leuten oder so. Die haben gedacht, sie könnten uns wie Schafe dorthinkarren, aber da haben sie sich geirrt. Die einzigen, die in den Lastwagen fuhren, waren die Fahrer selbst. Das war der größte Reinfall für sie, den man sich vorstellen kann.

Frage: Genossin, du sagtest, daß hier viele in Schwarz gegangen sind?

"Ja, an diesem Tag, gestern, zogen wir alle, die politisches Bewußtsein haben und gegen die Faschisten sind, hier bei uns in der Poblacion, Trauerkleidung an. Vor allem wir Genossen Frauen. Hier der Genosse, der eben gesprochen hat, kann z. B. bestätigen, daß man mich gestern den ganzen Tag lang nur in Schwarz sah, nicht wahr, companero? (er bestätigt). Für uns war es ein trauriger Tag, ein bitterer Tag, an dem diese. . . unseren Präsidenten ermordet haben, und nicht nur ihn, sondern Tausende von uns. Viele von uns weinten gestern. Zu wissen, wie diese Faschisten den Tod unserer Genossen mit Champagner feiern und wir, wir haben kaum was zu essen. . daß wir aber unser Bewußtsein, daß wir für unser Chile kämpfen, für ein neues Chile, auch wenn es uns im Augenblick so schlecht dran sind. Und wir sind schlechter dran als schlecht. Meinen Mann haben sie von der Arbeit mit zur Kundgebung genommen, er mußte hin, wenn nicht, wäre er auf der Stelle entlassen worden. Sie nahmen ihm seinen Arbeitsausweis ab und gaben ihn erst auf der Kundgebung zurück. – Viele von uns Frauen sagten: daß es heute regnet, wußten wir, es sind die Tränen unserer gefallenen Genossen. . .aber für uns hieß dieser Tag die Verpflichtung, neuen Mut und neue Kraft zu sammeln und mit neuem Kampfgeist voranzugehen. Und deswegen, Genosse, bitte ich dich, sag' allen Arbeitern, allen Frauen, allen Studenten, sag' allen draußen in den anderen Ländern, daß wir bereit sind!

Und daß wir Ihre Unterstützung, ihre Hilfe – nicht nur in Geld, sondern in hartem Druck aller arbeitenden Menschen dieser Welt – brauchen, um gemeinsam gegen diese Ungerechtigkeit, diese faschistische Junta zu kämpfen. Und wir werden siegen!

Soldaten auf der Chile-Demonstration

Mellrichstadt. An der Chile-Demonstration nahmen 3 Soldaten in Uniform teil. Dieses Auftreten war vorher von uns im Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden diskutiert und beschlossen worden. Die meisten Soldaten aus Wiesbaden kamen allerdings an diesem Wochenende nicht aus der Kaserne, da in der folgenden Woche die Heeresübung "Schneller Wechsel" stattfand.

Warum wir diesen Beschluß faßten, läßt sich in zwei Punkten benennen. Erstens: Es gibt wohl keine schärfere Form des Protestes gegen eine faschistische Militärjunta, die die Soldaten gegen das Volk einsetzt, als den, als Angehöriger einer bürgerlichen Armee gegen dieses volksfeindliche Regime zu demonstrieren und sich klar auf die Seite des Volkes zu stellen. Zweitens: Jedermann weiß, daß Bundeswehr-Soldaten nicht das Recht haben, sich als Soldaten politisch zu betätigen. Wenn wir uns in Uniform auf die Seite des Volkes stellen, so zeigen wir zum einen der Bevölkerung, daß wir auf der Seite des Volkes im Kampf gegen seine Unterdrücker stehen, und zum zweiten, daß wir dazu das Recht brauchen, uns frei politisch als Soldat betätigen zu können.

Inwieweit unsere Einschätzung richtig war, läßt sich jetzt nach der Demonstration durch unsere Erfahrungen darstellen. Die in Frankfurt eingesetzten Polizisten zunächst einmal sprachen sich zu einem großen Teil klar für das chilenische Volk aus, indem sie z.B. ein Chile-Plakat an einen Wasserwerfer klebten. Die Polizisten befinden sich in einer ähnlich entrechteten Lage wie wir Soldaten. Als sie uns in Uniform das Transparent "Für die Errichtung der bewaffneten Volksmacht in Chile" tragen sahen, lachten uns einige aufmunternd zu, andere lächelten und wußten nicht, wie sie sich dazu verhalten sollten. Ein junger Polizist ballte die Faust, als wir vorbeizogen, und meinte: "Gut so! Macht weiter so!" Nur einige ältere Polizeioffiziere hatten nichts Eiligeres zu tun, als über Funk die Anweisung zu erteilen, uns weiter zu überwachen.

Sehr viele Soldaten, die bei der Demonstration in Zivil mitgingen, kamen zu uns und diskutierten mit uns über dieses Auftreten. Die Meisten unterstützten es, in Uniform auf der Demonstration mitzugehen und erklärten, sie hätten den Fehler gemacht, ihr Auftreten vor der Demonstration nicht zu diskutieren. Wir tauschten Adressen aus und werden uns künftig untereinander auch im nationalen Rahmen darüber absprechen. Verwunderlich war für uns das Auftreten des KJV, der Jugendorganisation der Gruppe "KPD". Ihre Mitglieder erklärten uns gegenüber, daß im KJV beschlossen worden sei, nicht in Uniform an der Demonstration teilzunehmen, da dies zu gefährlich sei. Die Mitglieder selber aber stimmten unserer Einschätzung zu und kritisierten den Beschluß ihrer Organisation.

Am beispielhaftesten für die Richtigkeit unseres Auftretens war aber die Reaktion der Bevölkerung selbst. In der Stadt, gerade aber später in den Arbeitervierteln Frankfurts, klatschten die Leute am Straßenrand und unterstützten unser Auftreten. Viele **reihten sich in den Demonstrationszug ein. Einige ballten am Fenster die Faust und riefen die Parolen mit, als** wir vorbeikamen. Diese Reaktionen zeigten nur deutlich, daß das Volk zum einen den Kampf gegen die chilenische Militärjunta entschlossen unterstützt, und zum anderen sich auch gerade hinter den Kampf der Soldaten für freie politische Betätigung stellt.



Aus Frankfurt können alle Soldaten nur lernen. Es hat sich gezeigt, daß unsere Arbeit noch nicht grundlegend auf die Militärresolution ausgerichtet ist, sondern noch sehr große Unklarheiten in der politischen Arbeit in und außerhalb der Kaserne bestehen. Der entscheidende Punkt unserer Arbeit, für den wir die Soldaten gewinnen müssen, ist der, daß sie ihre Fähigkeiten niemals gegen das Volk, sondern immer für das Volk einsetzen. In Frankfurt hat sich gezeigt, daß selbst die Polizisten wohl den Genossen in den Kasernen voraus sind: Sie haben sich im Dienst, in Uniform, gegen ihren Dienst gewehrt und auf die Seite des Volkes gestellt, indem sie das Chile-Plakat an den Wasserwerfer geklebt haben. Davon können wir nur lernen. Künftig müssen wir gerade bei solchen Demonstrationen, wo es um den Einsatz einer bürgerlichen Armee gegen ein Volk geht, oder wo es um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes geht, klar zu erkennen geben, daß wir auf der Seite des Volkes kämpfen. Die beste Möglichkeit, das auszudrücken, ist unsere Teilnahme an einer solchen Demonstration in Uniform. Ein solches Auftreten muß künftig zwischen allen Soldatengruppen diskutiert und vorbereitet werden!

Panzergrenadiere Ha. und We.
Hainberg-Kaserne
Mellrichstadt

Ahlen (Westf.). 18 von 20 Soldaten eines Zuges der 5. Kompanie des Jägerbataillons 451 haben den Aufruf der Chile-Komitees für die Frankfurter Demonstration vom 14.9. unterschrieben (das Dokument liegt der Redaktion vor). In einer begleitenden Korrespondenz heißt es:

Bei den Gesprächen stellte sich heraus, daß viele Kameraden mehr aus humanitären Gründen unterschrieben als bewußte Hilfe für das chilenische Volk zu leisten, um damit den Aufbau des Sozialismus zu unterstützen. Doch sie kamen stets auf die Bedeutung der Armee in der BRD zu sprechen.

Die Arbeit unter den Massen

Voraussetzung für jede erfolgreiche politische Aktion

Mindestens 25 000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten (nach Polizeiberichten 33 000) haben an der Chile-Demonstration in Frankfurt teilgenommen.

Voraussetzung dafür war eine breite Entfaltung der politischen Arbeit in den Fabriken, Gewerkschaften, Schulen, Universitäten und Stadtteilen in zahlreichen Städten der Bundesrepublik. Dafür bringen wir einige Beispiele.

Westberlin: Bei Fritz Werner Werkzeugmaschinenbau haben einige Kollegen eine Sammlung "Ein Stundenlohn für Chile" durchgeführt. Dabei haben sie 415 DM für den chilenischen Widerstand gesammelt.

Das Georg-von-Rauch-Haus, die Initiativgruppe Jugendzentrum Kreuzberg und die Stadtteilzelle Kreuzberg des KBW haben im Freien ein Solidaritätsfest mit Chile-Ständen, Basaren, Plakatverkauf und mit politischen Liedern veranstaltet. Ungefähr tausend Besucher kamen. 5 500 DM für den chilenischen Widerstand kamen herein.

Bremen: Lehrlinge im Ausbesserungswerk der Deutschen Bundesbahn haben 400 DM für den chilenischen Widerstand gespendet. Sie hatten die Prämie für neugewonnene Gewerkschaftsmitglieder gesammelt. **Die Betriebszelle schreibt dazu:**

"Auch bei uns sind die Aktivitäten der Chile-Solidarität nicht spurlos vorbeigegangen. Zuerst bekamen wir den Aufruf der Chile-Komitees. Diesen Aufruf diskutierten wir zunächst einmal innerhalb der Jugendvertretung und beschlossen dann einstimmig, uns damit zu solidarisieren und fertigten eine Solidaritätserklärung an, wo wir unsere volle Unterstützung versicherten. Auf dieser Sitzung der Jugendvertretung faßten wir dann auch noch einen Ergänzungsbeschluß zur Organisierung dieser Chile-Solidarität, wo zwei Kollegen (nicht aus der Jugendvertretung) die Fahrt nach Frankfurt organisierten. Weiterhin wurde eine Spendensammlung durchgeführt, die 400 DM einbrachte; dieser relativ hohe Betrag kam in erster Linie durch Kopfgeld zustande, das wir als Jugendvertreter bekommen, wenn wir jemanden für die Gewerkschaft organisieren (pro Mann 10 DM). Wir organisierten 39 Kollegen, die sich in einer Abstimmung einstimmig für das Spenden der Kopfgelder für die Chile-Solidarität aussprachen.

Insgesamt brach eine große Debatte um die Chile-Solidarität und die Lehren aus Chile unter den Lehrlingen aus. Die Debatte ist noch längst nicht abgeschlossen und wird in den nächsten Monaten noch bei uns im Betrieb vorherrschen, die dann auch sicherlich in praktische Aktivitäten zur Unterstützung des chilenischen Volkes in seinem Kampf führen wird (wie z.B. weitere Spendensammlung, Medikamentensammlungen und das Verbreiten der Lehren aus Chile).

C.D.O.,
Betriebszelle Bundesbahn"

Freiburg: Bei Herder, Druckbetrieb, 500 Beschäftigte, wurde eine Sammlung "Ein Stundenlohn für Chile" durchgeführt. Es kamen 170 DM zusammen.

Bei einer Veranstaltung der IG Chemie wurden nach längerer Debatte über den Verwendungszweck des Geldes 85 Mark gesammelt.

An der Gewerbeschule I führte eine Klasse von 26 Bauzeichner-Lehrlingen einen erfolgreichen Kampf für einen Dia-Vortrag während der Schulzeit. Allerdings mußten sie in eine zeit. Allerdings mußten sie in eine nahegelegene Kneipe ausweichen. Eine Sammlung wurde durchgeführt. 24 der 26 Bauzeichner-Lehrlinge hatten für den Dia-Vortrag gestimmt. Eine Delegation war zum Rektor geschickt worden.

Wolfsburg: Jugendvertretung und Jugendvertrauenskörper bei VW unterstützten den Aufruf. Die Jugendbetriebsgruppe der ÖTV bei den Stadtwerken solidarisierte sich mit dem Aufruf zur Frankfurter Demonstration, ebenfalls die Jugendbetriebsgruppe des Krankenhauses, im Krankenhaus eine Veranstaltung durchführte (25 Teilnehmer).

Die Schülermitverwaltung im THG-Gymnasium führte einen erfolgreichen Kampf für eine Schulveranstaltung während der Schulzeit, an der 400 Schüler teilnahmen.

Aus zahlreichen Städten ließen sich ähnliche Beispiel anführen. Sie beweisen, daß sich eine Massenaktion auf zahlreiche Initiativen und Aktivitäten unter den Massen stützen muß. Dann wird sie auch erfolgreich sein.

Veranstaltungen mit Vertretern von Befreiungsbewegungen

Ende September fanden in mehreren Städten Veranstaltungen zum Befreiungskampf im südlichen Afrika statt. In Heidelberg, Freiburg und Bremen sprach Rex Chiwara, der Repräsentant der Afrikanischen Nationalen Union von Zimbabwe (ZANU) vor etwa jeweils 250 bis 350 Zuhörern. Zimbabwe heißt Rhodesien in der Sprache der weißen Siedler, die mit brutaler Gewalt ihre rassistische Herrschaft über das Volk von Zimbabwe zu sichern versuchen.

Rex Chiwara berichtete von den Erfolgen seines Volkes im Kampf gegen die Herrschaft der weißen Kolonialisten. Er zeigte, daß es um die Zukunft dieser Herrschaft schlecht steht. Er erläuterte den Zuhörern, vor welchen Problemen sein Volk im Kampf steht, welche Art der Unterstützung es benötigt. Wir werden in der nächsten KVZ ausführlich von dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe berichten.

In Mannheim fand eine weitere Veranstaltung statt. Anläßlich des Jahrestages der Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und zur Solidarität mit dem Befreiungskampf der afrikanischen Völker fand am 27.9. eine Veranstaltung statt, auf der Manuel Giavita, ein Vertreter der MPLA, sprach.

Er berichtete unter anderem, daß die UNTA, die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter in Angola, die auch von der MPLA unterstützt wird, inzwischen in den Weltgewerkschaftsbund aufgenommen wurde – aber gegen die Stimmen des DGB!

Jeder Kollege ist aufgefordert, in den Gewerkschaften für eine Änderung dieser gegenüber dem Volk von Angola feindlichen Haltung einzutreten.

"Der Exorzist" - Zwei Berichte:
Aus den verrotteten Verhältnissen klingende Münze gemacht

In der Bundesrepublik läuft derzeit in über 40 Städten der amerikanische Film "Der Exorzist". In einigen Großstädten läuft er in zwei oder mehr Kinos. Die Filmtheater haben extra für diesen Film die Preise erhöht. Eins muß man den Produzenten des Films lassen: Sie haben es geschafft, daß man über ihr Produkt spricht. Für die Werbung in Westdeutschland haben sie aber auch allein 800 000 DM angelegt. Der Film selbst hat 14 Millionen Dollar gekostet. Der ganze Aufwand aber soll sich lohnen: Man rechnet auf der ganzen Welt mit Einspielergebnissen von 220 Millionen Dollar.

Wenn man bedenkt, welche Massen von Geld in der Filmwirtschaft eingesetzt werden können, mit dem einzigen Zweck, diese Geldmenge um ein Vielfaches zu erhöhen, wenn man gleichzeitig bedenkt, daß in der kapitalistischen Gesellschaft oft die einfachsten und alltäglichsten Probleme angeblich wegen Geldmangels nicht gelöst werden können, kann man ermessen, welch ungeheure parasitäre Apparate sich in der Epoche des sterbenden Kapitalismus gebildet haben.

Wie steht es nun mit dem Film selbst?

Schaurige Meldungen eilten ihm voraus. Es sei der "Terrorfilm des Jahrhunderts". Zuschauer seien bei Vorführungen zu Schaden gekommen, Herzschläge und Fehlgeburten hätten sich eingestellt. Wenn man den Film gesehen hat, kann man dies alles getrost der Werbekampagne zuschreiben. Das was schrecklich sein soll, ist eher lustig oder langweilig. Der Film ist dennoch nicht ohne Wirkung.

Die Geschichte des Films ist schnell erzählt. Ein zwölfjähriges Mädchen wird vom Teufel befallen. Unter seiner Einwirkung verändert es sich äußerlich wie innerlich: sie verfault allmählich, erhält ein abstoßendes Äußeres und ergeht sich in ordinären Beschimpfungen. Weder ärztliche Untersuchungen in modernsten Kliniken noch der Psychiater können ihr helfen. Am Ende versuchen sich zwei Jesuitenpatres als Teufelsaustreiber; Der ältere stirbt an Herzschlag, der Jüngere rettet das Mädchen, indem er sich dem Dämon als Opfer anbietet ("Nimm mich!") und stürzt sich dann zu Tode.

Der gesamte Inhalt des Films ist aber so schnell wiederum nicht erzählt. Abgesehen von der Teufelsgeschichte gibt der Film nämlich in den Details eine durchaus realistische Schilderung der Erscheinungen der heutigen amerikanischen bürgerlichen Gesellschaft, wohl um auch den Teufelsbefall realistisch erscheinen zu lassen. Das Mädchen, die zwölfjährige Regan, stammt aus gutem Hause, ihre Mutter ist eine reiche Schauspielerin und hält sich Hauspersonal, eine Köchin und einen Butler. Dagegen zeigt der Film die äußerst ärmlichen Verhältnisse, aus denen der eine Priester, ein jüngerer als Psychiater ausgebildeter Jesuit, stammt. Seine Mutter, eine Griechin, lebt in den Slums der Stadt und stirbt schließlich in einem Irrenhaus, in erschreckenden Verhältnissen. Und dies, das wird offen gesagt, weil zu wenig Geld da ist. Kein Wunder also, daß die Schauspielerin bei einem ihrer Filme in einer Demonstration auftreten muß, kein Wunder auch, daß einmal so nebenbei als Hintergrunddekoration ein Zusammenstoß von Menschen mit einer Polizeistreife gezeigt wird. Die Welt ist nicht in Ordnung.

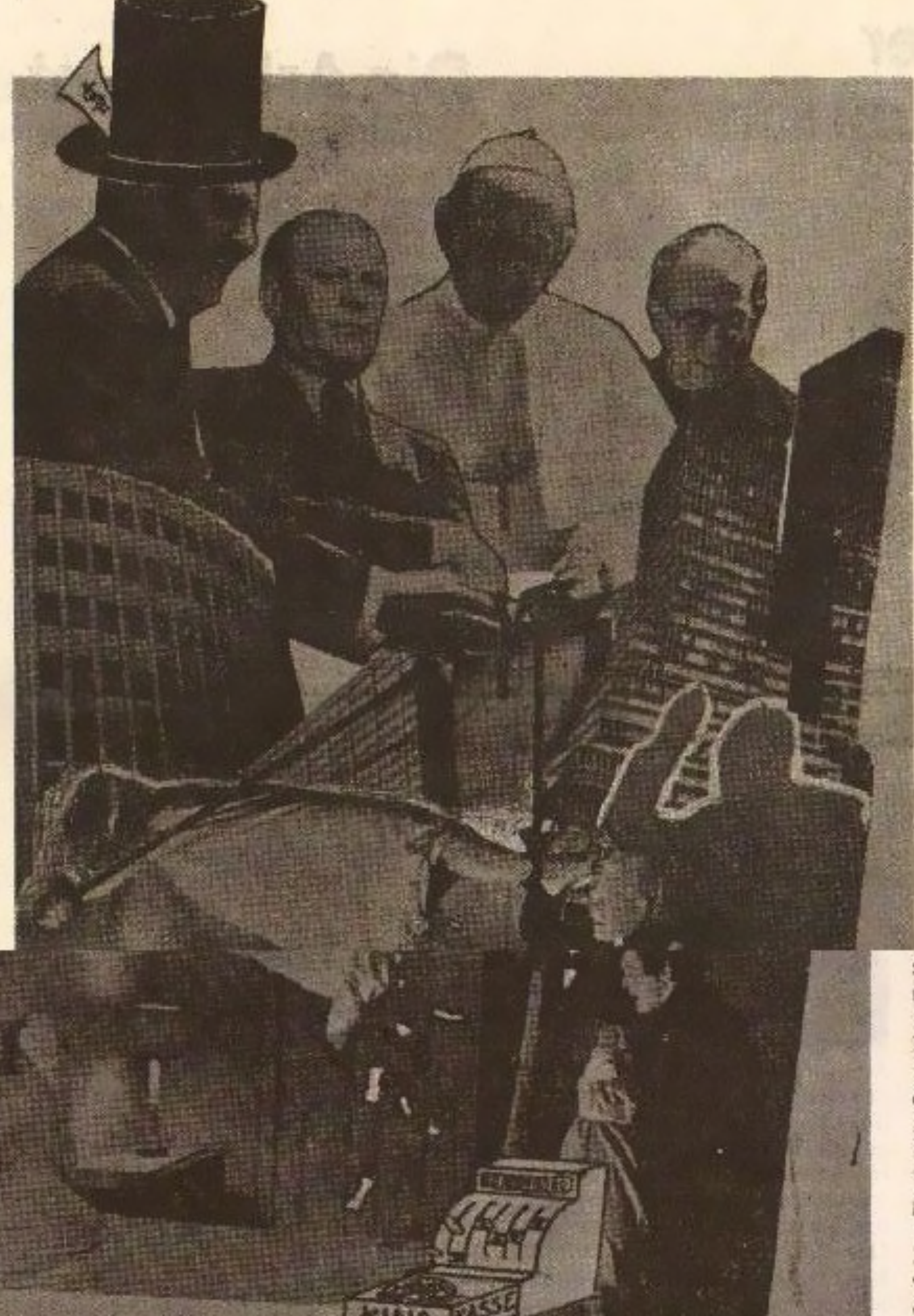
Auch in dem begüterten Haus der kleinen Regan stimmt nicht alles. Der Vater lebt von der Mutter getrennt in Europa, die Mutter hat ein sich anbahnendes Verhältnis mit dem Regisseur, der sich im übrigen auf einer der öden Parties im Haus restlos betrinkt. Auch die Vergangenheit wird kurz beschworen. In einer Szene gerät der Regisseur mit dem Butler aneinander. Der Butler heißt "Karl" und ist Deutscher. Als er von dem offensichtlich jüdischen Regisseur als alter Nazi bezeichnet wird, greift er ihn tätlich an. Eine unerhörte Tat für einen Butler.

– Als der Teufel Regan befallen hat und sich die ersten Symptome einstellen, kümmert sich selbstverständlich die moderne medizinische Wissenschaft um sie. Und bevor der Teufel so richtig in Regan ist, ist sie schon in der Hölle: nämlich in einer supermodern ausgestatteten Klinik mit arrogant-dümmlichen Ärzten. Hier spielt auch die einzig wirklich schreckliche Szene des Films: als nämlich dem Mädchen allein zum Zwecke der Diagnose eine Kanüle in die Halsschlagader eingeführt wird. Wenn diese modernen Kliniken so unmenschlich sind, liegt das heute freilich nicht am Teufel, sondern an der Menschenfeindlichkeit der bürgerlichen Medizin, die nur für Geld da ist oder dafür, wieder arbeitsfähige Menschen zusammenzuflicken. Der Film bringt das alles allerdings nur nebenbei. Er konzentriert sich auf den Teufel. Nur diese Teufelei ist neben der wirklichen, in der Welt vorhandene, nämlich der Ausbeuterordnung, einigermaßen lächerlich.

Das Mädchen spuckt grüne Erbsensuppe, dreht ihren Kopf um 360 Grad, tobt im Bett herum und stößt gurgelnde Laute und wilde Schreie aus. Dann kriegt sie grün unterlaufene Augen, und einmal schwebt sie in der Luft. Man schaut immer darauf, wie hat der Regisseur das eigentlich gemacht. Und man muß sagen: mit viel Aufwand, aber mit wenig Verstand.

Höhepunkt des Schrecklichen sollen die obszönen Flüche der kleinen Regan sein. Man stelle sich vor, eine Zwölfjährige begrüßt den Arzt mit: "Fick mich, fick mich!" Oder sie nennt den ehrwürdigen alten Priester einen "verwichsten alten Schwanzschlecker". Oder sie onaniert mitten in ihrem Blut mit einem Kruzifix und schreit: "Laß Jesus dich ficken!" Ist das nicht schrecklich? – Im Ernst, der Film entlarvt die ganze sexuelle Verklemmtheit seiner Produzenten und einer Gesellschaft, die von der Ware und vom Geld bestimmt wird, nicht aber von Freiheit und Liebe. Den Teufel, der im Film als altertümliche Statue erscheint, stellt man mit einem riesigen Penis dar. Der Teufel hat's hauptsächlich mit der Sexualität und die Sexualität ist vom Teufel. Das war überhaupt immer sein Wesen in der christlichen Tradition, denn der Teufel ist ja nicht nur schrecklich, sondern auch anziehend, oder vielmehr ist er die verballhornte, mit schrecklichen Strafen bedrohte Darstellung des Anziehenden, wenn es der herrschenden Gesellschaftsordnung nicht in den Kram paßte. Papst Paul will, so hört man, auf den Glauben an den Leibhaftigen nicht verzichten.

Der Film lockt auch nur mit der überall öffentlich propagierten sexuellen Verklemmtheit. Er ist keineswegs "perfide und perfekt", wie der "Spiegel" schreibt, sondern der Film wie die sich an ihn anschließende Kampagne zeigen ein bißchen die Verrottetheit der herrschenden Ideologie, und die Verrottetheit der herrschenden Verhältnisse. Es ist Zeit, mit ihnen Schluß zu machen. –W.D.–



Das Lumpenpack der Bourgeoisie zieht aus den Sumpfniederungen ihrer verrotteten Kultur ein fettes Geschäft an Land.

DAS VOLK LÄSST SICH NICHT FÜR DUMM VERKAUFEN

Die Schlange vor der Kinokasse war nur sehr klein, jeder bekam eine Karte. Die Gespräche der Wartenden drehten sich um die vielen Nachrichten von US-Bürgern, die an dem Film irre geworden waren. Diese Nachrichten hatten die Besucher neugierig gemacht, sie wollten mal sehen, ob "der Exorzist" wirklich so schlimm ist, wie Radio, Fernsehen und Presse seit Wochen behaupten.

Er war es nicht.

Der Regisseur meint zwar: "Es gibt drei Gründe, einen Film zu drehen: die Leute zum Lachen oder zum Weinen zu bringen oder sie zu erschrecken", und letzteres hatte er im Sinn, als er die Geschichte verfilmte von Regan, dem kleinen Mädchen aus der High Society, das plötzlich vom Teufel in Besitz genommen wird und das erst wieder geheilt wird, als zwei mutige Patres unter Einsatz ihres eigenen Lebens mit Gottes Hilfe eine Teufelsaustreibung an ihr vornehmen; und nicht nur er, auch zahlreiche Kritiker sind überzeugt: "Regan schockiert die Zuschauer nicht nur durch die scheußlichen Entstellungen, sondern durch das obszöne Vokabular". Der Kommentar der Zuschauer bei den entsprechenden Stellen hingegen war: "So eine Plakafarbenverschwendung", und als Regan scheinbar Gift und Galle spucken sollte: "Wie kann man nur soviel Spinat auf einmal essen." Regans obszöne Flüche und ihr Pinkeln auf einen kostbaren Teppich inmitten einer feinen Gesellschaft wurden mit Lachen quittiert, denn dies zeigte wenig Ehrfurcht vor hoher Geistlichkeit und hoher Gesellschaft, einen eher sympathischen als schockierenden Zug Regans.

Die tatsächliche Wirkung des Films war also ganz anders, als die Berichterstattung sie versucht hatte zu erzeugen. Die Zuschauer rutschten hin und wieder ungemütlich auf ihrem Stuhl hin und her und saßen ihre Zeit ab in Erwartung eines großen Gags – doch der blieb aus. Am Ende hatte man Geld und Freizeit verloren, ohne dafür etwas geboten zu bekommen; es gab keine Hysterie und keine Grübelei über den tieferen Sinn des Films, sondern nur die Frage: Wieso so viel Reklame für diesen Mist?

Das ist auch die einzige Frage, über die es sich lohnt, nachzudenken. Blatty, dessen Buch die Vorlage zum "Exorzisten" liefert, meint dazu, der Film komme gerade richtig in einer Zeit, in der "die jungen Leute sich mitten in einer Wende vom extremen Materialismus zum Mystizismus befinden", und ins gleiche Horn stoßen auch die meisten Kommentatoren. Ihnen zufolge kommt der Film einem Bedürfnis nach Übersinnlichem nach, das entsteht durch eine Welt, die man sich nicht mehr erklären kann, der man ohnmächtig ausgeliefert ist; ihre Erscheinungen sind: Korruption, Inflation, Arbeitslosigkeit und Kriege. Solche Kommentare aber nehmen die Wunschträume der Bourgeoisie für die Wirklichkeit. Sie versucht zwar, alle Krisenerscheinungen des Kapitalismus mit unbeeinflußbaren Mächten zu erklären, und ihre Ideologen scheuen keinen Aufwand und keine Kosten, um das Volk in entsprechender Weise zu bearbeiten. Das Volk selbst aber stützt sich bei der Beurteilung von Arbeitslosigkeit usw. auf seine eigenen Erfahrungen, und diese lehren, daß all das nicht Teufels-, sondern Menschenwerk ist und daß es nichts nützt, von einem Gott hier Abhilfe zu erhoffen, daß man sich im Gegenteil selbst helfen muß. Deshalb gehen die ideologischen Absichten des Films ins Leere. Er ist nicht "Hollywoods bisher spektakulärste Attacke auf Nerven und Gefühle seiner Zuschauer", sondern eine Attacke auf den Geldbeutel, denn das ist das einzige, worüber die Filmemacher sich die Hände reiben können: Der Film wird auch hier eine Menge Geld einspielen, nicht, weil er gefällt, sondern weil eine aufwendige Werbung das verspricht. –S.S., Heidelberg–

T. LEARY'S PHILOSOPHIE DER HASCH-KULTUR
Werbung für den Rauschgiftring

Religion ist Opium für das Volk, schrieb Karl Marx vor über hundert Jahren. Doch wo die Religion Einfluß verliert, vor allem unter der Jugend, hat sich der Drogengenuß selbst in den letzten fünf Jahren stark verbreitet. Über die Religion gelingt es der herrschenden Klasse immer weniger, die fromme Duldung des sozialen Elends und die Ergebung in die herrschenden Verhältnisse als gottgewollt zu erreichen. Von der herrschenden Klasse offiziell geächtet, bietet dagegen der Drogengenuß die Flucht aus den elenden Lebensverhältnissen an, nicht durch die Verklärung der herrschenden Verhältnisse, sondern durch vorübergehenden Eintritt in die Schein- und Traumwelt, die die Drogen in Körper und Gehirn erzeugen. Der Kaufpreis für diese Fahrt in die andere Welt ist teuer, das Ende des Trips in die Drogentraumwelt ist immer wieder das gleiche soziale Elend und ganz am Ende der körperliche und geistige Ruin, die absolute Kampfunfähigkeit. Das Geschäft mit den Drogen beruht darauf, die totale körperliche und geistige Abhängigkeit systematisch zu erzeugen. Bevor der Drogengenuß selbst diese Wirkung erzeugt, muß der Wunsch danach zum Kauf der Droge zwingen. Daß nicht der Wunsch nach Abhängigkeit von der Droge, sondern allein der Wunsch nach Befreiung aus dem sozialen Elend den Anstoß geben kann, ist einleuchtend. Professor Timothy Leary, verkrachter Psychologie-Dozent der Harvard University, der Eliteuniversität der US-Bourgeoisie, hat das Verdienst, den Drogengenuß als Weg der Befreiung breit propagiert zu haben. Er hat mehrere Bücher geschrieben, in denen er die Wirkung der Drogen als "Bewußtseinserweiterung" preist, als Weg, "die Welt mit den Augen Gottes zu sehen", und als reale und mythische "Erfahrungen" im Drogengenuß verheißt. Seine Darstellung der Stadien der "Bewußtseinserweiterung" beim Drogengenuß, die man natürlich nicht sofort erreicht, haben die wichtige Aufgabe, Drogenanfänger, die vom ersten Genuß enttäuscht sind, bei der Stange zu halten, bis sie die höheren "Bewußtseinszustände" durch mehr und häufigeren Drogengenuß erreichen.

Es ist inzwischen erwiesen, daß Timothy Leary, der sich selbst als "Hohepriester" bezeichnete und sich mit Gandhi, Sokrates und Jesus verglich, Public-Relation-Agent, Werbemanager einer der größten amerikanischen Rauschgiftringe gewesen ist. Seine von ihm geleitete "Bruderschaft der ewigen Liebe" war einer der größten bekanntgewordenen Rauschgiftproduktions- und -verteileapparate, seine "Philosophie" eine umfassende Werbe-Strategie für den Drogenkauf. Immer wieder erklärte er, daß die "Bruderschaft" keinen Profit mache, und daß das Rauschgift "für Freunde von Freunden in Privatwohnungen und kleinen Laboratorien" produziert werde. Der Haschisch-Umsatz betrug wöchentlich 4,3 Millionen Dollar in den USA. Die Umsätze in LSD, Kokain und anderen Rauschmitteln in den USA und in anderen Ländern vermutlich ein Vielfaches dieser Summe.

Wie ein Hearing des amerikanischen Senats und Nachforschungen der New Yorker Wochenzeitung "Village Voice" aufdeckten, war die Produktion und der Handel mit Rauschgift, die über diese "Bruderschaft" abgewickelt wurden, fest in den Händen von Angehörigen der US-Finanzoligarchie. Der Millionär William Mellon Hitchcock, Mitglied einer der reichsten Familien der USA, die unter anderen Großunternehmen die Gulf Oil Corporation kontrolliert, war offensichtlich der Großkapitalist dieses Unternehmens, mit dem er mit niedrigen Kosten und geringen Investitionen riesige Profite machte. Daß dieser Hitchcock Nr. 1 im weltweiten Drogengeschäft ist, wird nie erwiesen werden, denn die Staatsanwaltschaft hat zugesichert, ihn nicht unter Anklage zu stellen, wenn er weitere Aussagen macht.

Timothy Leary, der "Prophet und Philosoph" der Hasch- und Drogenkultur, ist Nr. 1 im Werbemanagement des internationalen Rauschgiftgeschäfts. Er hat es jahrelang verstanden, die Drogen, insbesondere Haschisch und LSD, in den Schlagzeilen zu halten. Als Leary verhaftet wurde, hat er es noch verstanden, viele Literaten und Künstler, unter anderem den PEN-Club, zu Protesten zu bewegen, die davon ausgingen, daß hier eine Gesinnung, eine Philosophie verfolgt werde. Gegen Strafnachlaß hat er nun versichert, nie mehr Werbung für Drogen zu machen.

Die Bourgeoisie geht gegen Rauschgift vor, weil sie diesen Religionsersatz unter ihrer Kontrolle halten muß, denn er ist eine zweischneidige Waffe der Bourgeoisie, um ihren Einfluß unter der Jugend aufrechtzuerhalten. Er hält die Drogenabhängigen zwar von der Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse ab, indem er sie absolut kampfunfähig macht, andererseits kann es der Bourgeoisie aber nicht recht sein, wenn immer mehr Jugendliche dabei zugrunde gehen. Denn ruinierte Jugendliche werden weder kräftige, gut ausbeutbare Arbeiter, noch brauchbare Soldaten. In Vietnam z.B. wurde der Drogengenuß bei den GI's bewußt gefördert, damit man die Soldaten überhaupt in den Kampf bekam; insgesamt aber hat er dazu beigetragen, den moralischen Verschleiß vehement zu fördern. Was die Bourgeoisie auch unternimmt, alles geht ihr schief, denn sie wird mit ihren Schwierigkeiten nicht fertig, die Jugend für ihre Ziele zu gewinnen. Wir Kommunisten kämpfen gegen das Drogenwesen, um diesen von vorneherein ausweglosen Fluchtweg aus den miserablen Verhältnissen abzuschneiden und um die Jugend für den bewußten Aufstand gegen diese Verhältnisse zu gewinnen.

– bb –